

Die **Gemeindekasse**

Fachzeitschrift für das kommunale Finanzwesen

Herausgeber

Bernd Buckenhofer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayer. Städtetages

Dr. Johann Pentenrieder, Wirtschaftsprüfer

Monika Wager, Revisionsdirektorin a.D. im Bayer. Kommunalen Prüfungsverband

Monika Weigl, Ministerialrätin im Bayer. Staatsministerium des Innern,
für Bau und Verkehr

Dr. Dieter Zöllner, Vors. Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof

Inhaltsverzeichnis
zum Jahrgang 2015

DIE GEMEINDEKASSE Bayern (GKBay)

ISSN 0341-2245

Redaktion: Franz Königsperger, Assessor (verantwortlich, Verlagsanschrift). Alle Urheber- und Verlagsrechte, ausdrücklich auch Auswertung für Datenträger, Vervielfältigung jeder Art oder Nachdruck von Beiträgen, auch auszugsweise, bleiben vorbehalten; es bedarf in jedem Einzelfall der vorherigen Zustimmung des Verlages. Mit der Annahme des Beitrags zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag alle ausschließlichen Verlagsrechte für die Zeit des Bestehens des Urheberrechts. Diese umfassen insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und die Befugnis zur Einspeicherung des Beitrags in eine Datenbank, verbunden mit dem Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung (online oder offline) zu gewerblichen Zwecken ohne zusätzliche Vergütung. Das ausschließliche Recht an einer elektronischen Version des Beitrags erwirbt der Verlag ohne zeitliche Begrenzung.

Verlag: Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, Levelingstr. 6a, 81673 München;

Telefon (089) 436 000-20, Telefax (089) 436 15 64; Internet: www.boorberg.de; E-Mail: mail@boorberg.de.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Roland Schulz, Richard Boorberg Verlag, Scharnstraße 2, 70563 Stuttgart;

Telefon (0711) 73 85-0, Telefax (0711) 73 85 100; Internet: www.boorberg.de; E-Mail: anzeigen@boorberg.de.

Anzeigenpreisliste Nr. 8 vom 1.1.2009 ist gültig.

Belichtung und Druck: Humbach & Nemazal Offsetdruck GmbH, Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen.

Erscheinungsweise: am 1. und 15. jeden Monats. Bezugspreis: € 325,20 jährlich einschließlich Versandkosten.

Die Berechnung des Abonnements erfolgt jährlich im Voraus. Bestellungen nur über den Verlag. Eine Abbestellung kann frühestens zum Vierteljahresende gültig werden, wenn sie spätestens 6 Wochen vorher dem Verlag vorliegt.

Jahresinhaltsverzeichnis

FSt vor der Randnummer = „FUNDSTELLE“, GK = „GEMEINDEKASSE“

I. Alphabetisches Stichwortverzeichnis

Die Zahlen bedeuten **Randnummer** und Seite

II. Verzeichnis der Entscheidungen ab S. 43

A

Abgaben

- Haftung des Erwerbers eines Handelsgeschäfts (§ 25 HGB) GK **69**, 176

Abgabenordnung

- Änderung des Anwendungserlasses zur Abgabenordnung (AEAO) durch BMF-Schreiben; insbesondere: Bekanntgabe und Nichtigkeit des Verwaltungsaktes GK **198**, 176

Abschleppen von Kraftfahrzeugen

- In der Regel keine Wartezeit vor dem Abschleppen eines unberechtigt abgestellten Fahrzeugs; hier: Taxenstand FSt **144**, 433
- Bei Abschleppmaßnahmen unterliegt die Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes auch der revisionsrechtlichen Überprüfung FSt **144**, 433
- Eine Mindestwartezeit von 30 Minuten vor Einleitung einer Abschleppmaßnahme ist nicht zu fordern bei gegen das Zeichen 229 abgestellten Fahrzeugen FSt **144**, 438

Abwasseranlagen

- Niederschlagswassergebühr; keine Privilegierung landwirtschaftlicher Grundstücke GK **188**, 463
- Bek. des StMUV vom 6.7.2015 – Vollzug des Wasserrechts; Analysen- und Messverfahren für Abwasser GK **197**, 480

Anschluss- und Benutzungszwang

- Anspruch auf Befreiung aus Vertrauensschutzgründen wegen des Erwerbs einer privaten Kleinkläranlage FSt **1**, 41
- Das Vorhandensein einer wasserrechtlichen Genehmigung für eine private Kleinkläranlage ist nicht Voraussetzung für die Annahme von Vertrauensschutz FSt **1**, 2

- Eine Pflicht des Bürgers, einen abgeschlossenen Kaufvertrag wieder aufzulösen oder rückabzuwickeln, kann nicht ohne Weiteres angenommen werden FSt **1**, 3

Anwärterbezüge

- Die Rückforderung von Anwärterbezügen bei Entlassung auf eigenen Antrag erfolgt anteilig nach geleisteten vollen Dienstjahren GK **214**, 514
- Die Gewährung der Bezüge für Anwärter, die im Rahmen ihres Vorbereitungsdienstes ein Studium ableisten, kann von einer „befristeten“ Betriebstreue abhängig gemacht werden GK **214**, 515
- Die Berechnung der Rückforderung zeitanteilig nach vollen geleisteten Dienstjahren ist rechters und verletzt nicht den Gleichbehandlungsgrundsatz (Art. 3 Abs. 1 GG) GK **214**, 516

Arbeitgeber

- Neufassung der Arbeitskämpfrichtlinien der VKA FSt **149**, 451
- Unterlassene Pauschalbesteuerung bei geringfügiger Beschäftigung FSt **205**, 640
- Entgeltkürzung bei Arbeitskämpfen GK **153**, 398

Arbeitnehmer

- Anspruch einer Krankenschwester, aus gesundheitlichen Gründen nicht für Nachtschichten eingeteilt zu werden FSt **32**, 86
- Grundlagen des Beschäftigungsanspruchs eines Arbeitnehmers FSt **32**, 87
- Kann eine Krankenschwester aus gesundheitlichen Gründen keine Nachtschichten mehr leisten, ist sie deshalb nicht arbeitsunfähig krank FSt **32**, 88
- Anspruch auf Beschäftigung, ohne für Nachtdienste eingeteilt zu werden FSt **32**, 89

- Zahlungsanspruch wegen Nichtannahme der eingeschränkt angebotenen Arbeitsleistung
FSt 32, 91
- Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf FSt 85, 248
- Mindestlohngesetz – MiLoG FSt 111, 326
- Arbeitnehmerüberlassung; neues Merkblatt; geänderte Verwaltungspraxis FSt 122, 368
- Arbeitsrechtliche Haftung eines Bediensteten, der ein Vergabeverfahren pflichtwidrig nicht durchführt FSt 136, 404
- Schadensersatz wegen Verletzung arbeitsrechtlicher Pflichten FSt 136, 404
- Deliktische Haftung und Haftungsprivilegierung von Arbeitnehmern FSt 136, 405
- Mitverschulden des Arbeitgebers FSt 136, 408
- Eine Haftungsminde rung zugunsten des Arbeitnehmers scheidet auch im Falle grob fahrlässiger Pflichtverletzung nicht grundsätzlich aus
FSt 136, 409
- Die Schadenshöhe, die sich aus einer unterlassenen Ausschreibung ergibt, ist der Unterschiedsbetrag zwischen tatsächlicher Vergütung und Wettbewerbspreis FSt 136, 410
- Nichtbestehen einer Prüfung; hier: Landwirt FSt 148, 447
- Verstoß gegen das strikte Gebot der Nichtöffentlichkeit einer Prüfung FSt 148, 447
- Eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen einen Prüfer macht diesen nicht ohne Weiteres befangen FSt 148, 448
- Geringfügige Beschäftigungen; Beschäftigungsverhältnisse in der Gleitzone; Arbeitnehmer mit mehreren versicherungspflichtigen Beschäftigungen FSt 157, 480
- Eingruppierung der Leiterin einer Kindertagesstätte FSt 158, 480
- Neuregelung der kurzfristigen Beschäftigung (§ 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV) FSt 162, 489
- Befristungskontrollklage und Arbeitnehmerüberlassung/Personalgestaltung FSt 193, 600
- (Un-)Zulässigkeit der Frage nach der Gewerkschaftszugehörigkeit FSt 231, 730
- Unterlassung weiterer Veröffentlichung einer Videoaufnahme eines Arbeitnehmers – Einwilligung des Arbeitnehmers FSt 245, 770
- Änderung bei der Mindestlohndokumentation FSt 277, 879
- Sachbezugswerte für freie oder verbilligte Mahlzeiten sowie Bewertung der Personalunterkünfte ab 1.1.2015 GK 6, 11
- Der Anspruch des Beschäftigten auf ein Jubiläumsgeld „bei Vollendung“ einer bestimmten Beschäftigungszeit setzt nicht voraus, dass das Arbeitsverhältnis über diesen Zeitpunkt hinaus fortbesteht GK 18, 42

- Die Vollendung einer bestimmten Beschäftigungszeit als Voraussetzung für Jubiläumsgeld muss in einem bestehenden Arbeitsverhältnis erreicht werden GK 18, 42
- Bei Fälligkeit des Jubiläumsgeldanspruches muss kein Arbeitsverhältnis mehr bestehen GK 18, 43
- Tarifabschluss 2014 im öffentlichen Dienst – Erhöhung der tariflichen Entgelte ab 1.3.2015 GK 46, 101
- Verlängerung bzw. Neufassung verschiedener Richtlinien der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) GK 54, 131
- Verlängerung der Geltungsdauer der IT-Richtlinie GK 54, 131
- Verlängerung der Geltungsdauer der Fachärzte-ÖGD-Richtlinie GK 54, 131
- Lohnfortzahlung: Arbeitsunfähigkeit und Vorsorgekur GK 63, 152
- Ergänzende Fürsorgeleistung (Ballungsraumzulage); Änderung der Grenzbeträge ab 1.1.2014 für Beschäftigte und Auszubildende GK 73, 185
- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für kommunale Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ab 1.3.2015
GK 88, 226
- Tarifverdienste 2014 – Entwicklung der Indizes GK 122, 310
- Arbeitsmarktzulage – Neuer Beschluss des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Bayern e.V. vom 24.3.2015 GK 136, 357
- Ergänzende Fürsorgeleistung (Ballungsraumzulage); Änderung der Grenzbeträge ab 1.3.2015 für Beschäftigte und Auszubildende GK 143, 372
- Ergänzende Fürsorgeleistung (Ballungsraumzulage) für Beschäftigte und Auszubildende; Dynamisierung der Zulage ab 1.3.2015; Grenzbeträge ab 1.3.2016 GK 204, 498
- Mindestlohn in der Abfallwirtschaft GK 206, 500

Arbeitsbefreiung

- Bei Übernahme kommunaler Ehrenämter weiterhin übertarifliche Arbeitsbefreiung über § 29 TVöD hinaus möglich FSt 137, 411

Arbeitsschutz

- Neufassung der Betriebssicherheitsverordnung und Änderung der Gefahrstoffverordnung FSt 86, 252

Arbeitsvertrag

- Beendigung des Arbeitsverhältnisses bei teilweiser Erwerbsminderung FSt 172, 533

Arbeitszeit

- Keine Vermutung für Vollzeitarbeitsverhältnis bei fehlender Vereinbarung über die Dauer der Arbeitszeit in einem Abrufarbeitsverhältnis
FSt **94**, 280
- Zulässigkeit der Befristung einer Arbeitszeitverringerung
FSt **279**, 880
- Teilzeitarbeit wegen Kinderbetreuung – Verteilung der reduzierten Arbeitszeit
FSt **283**, 884
- § 11 Abs. 1 TVöD-B gibt einen Anspruch auf Verringerung, aber nicht auf eine bestimmte Verteilung der Arbeitszeit
FSt **283**, 885
- Eine Änderung des Arbeitsvertrages hinsichtlich der Zeitverteilung der Arbeitsleistung kann auch nicht aus § 106 Satz 1 GewO hergeleitet werden
FSt **283**, 886

Arbeitszeugnis

- Beweislast für zutreffende Beurteilung des Arbeitnehmers im Arbeitszeugnis
FSt **280**, 880

Architekten

- Besondere Überwachungspflicht des Architekten bei der Ausführung eines Wärmedämmverbundsystems
FSt **105**, 310
- Der Leistungsinhalt eines Architektenvertrags muss bestimmt, mindestens bestimmbar sein, hilfreich kann ein Leistungsbestimmungsrecht des Auftraggebers sein
FSt **235**, 736
- Wird die Leistungsphase 1 des § 15 Abs. 2 HOAI 2002 in Auftrag gegeben, ist der Leistungsinhalt hinreichend bestimmt
FSt **235**, 738
- Ein Architektenvertrag mit unbestimmtem Inhalt ist nicht unwirksam, wenn dem Auftraggeber ein Leistungsbestimmungsrecht eingeräumt ist
FSt **235**, 739

Archiv-CD-ROM

- Archiv-CD-ROM „FStGK“ für „Fundstelle“ und „Gemeindekasse“ – Ausgabe 2014
FSt **56**, 160
- Archiv-CD-ROM „FStGK“ für „Fundstelle“ und „Gemeindekasse“ – Ausgabe 2014
GK **42**, 95

Archive, Archivierung

- Aufbewahrung und Archivierung von elektronischen Kontoauszügen
GK **2**, 3

Ärzte

- Tarifabschluss für Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern zum 1.12.2014 und 1.12.2015
GK **129**, 329

- Änderung des Tabellenentgelts
GK **129**, 330
- Einsatzzuschlag im Rettungsdienst
GK **129**, 333
- Besitzstandszulage für kinderbezogene Entgeltbestandteile
GK **129**, 333
- Erhöhung des Bereitschaftsdienstentgelts
GK **129**, 333
- Bemessungsgrundlage für die Entgeltfortzahlung
GK **129**, 334
- Erholungsurlaub
GK **129**, 334

Aufwandsentschädigungen

- Aufwandsentschädigung für Fraktionsvorsitzende; Gleichbehandlungsgebot; Differenzierung nach Fraktionsstärke
FSt **171**, 521
- Nicht Art. 20a GO, sondern Art. 56 Abs. 2 GO bietet eine Rechtsgrundlage für Entschädigungszahlungen an die Vorsitzenden von Stadt- oder Gemeinderatsfraktionen
FSt **171**, 522
- Zuwendungen an die Ratsfraktionen – auch an deren Vorsitzende – sind auf der Grundlage von Art. 56 Abs. 2 GO grundsätzlich zulässig
FSt **171**, 523
- Bei großen Fraktionen in kreisfreien Städten kann der für die Fraktionsführung erforderliche hohe Zeitaufwand eine Gesamtentschädigung in Höhe des annähernd Dreifachen der Grundentschädigung rechtfertigen
FSt **171**, 524
- Die Gemeinden haben einen weiten Einschätzungsspielraum in der Frage, welche Zusatzbelastung mit dem Amt eines (stellvertretenden) Fraktionsvorsitzenden tatsächlich verbunden ist
FSt **171**, 525
- Für die Fraktionsförderung auf kommunaler Ebene ist der wahlrechtliche Grundsatz der streng formalen Gleichbehandlung nicht unmittelbar anwendbar
FSt **171**, 526
- Der mit zunehmender Zahl von Fraktionsmitgliedern tendenziell wachsende Leitungs- und Koordinierungsbedarf rechtfertigt zwar keine mit der Fraktionsgröße proportional ansteigende Entschädigung der Vorsitzenden, jedoch eine größenabhängige Staffelung
FSt **171**, 528
- Bei der Förderung von Ratsfraktionen muss weder ein Ausgleich für „Sonderlasten“ kleinerer Fraktionen noch ein „Oppositionszuschlag“ gewährt werden
FSt **171**, 529
- Bei der rechtlichen Beurteilung der Vorsitzendenentschädigungen müssen anderweitige Leistungen an die Fraktionen (z.B. Personalkostenersatzungen) unberücksichtigt bleiben, wenn sie ohne satzungsrechtliche Grundlage gewährt werden
FSt **171**, 530

- Die rückwirkende Kürzung eines Entschädigungsanspruchs verstößt gegen den rechtsstaatlichen Vertrauensschutz und ist daher unzulässig
FSt 171, 531

Auskünfte

- Regelungsgehalt einer Lohnsteueranrufungsauskunft
GK 39, 88
- Die Lohnsteueranrufungsauskunft nach § 42e EStG trifft eine Regelung dahingehend, wie die Finanzbehörde den vom Antragsteller dargestellten Sachverhalt gegenwärtig beurteilt
GK 39, 88
- Die Auskunft des Finanzamts unterliegt keiner umfassenden gerichtlichen Kontrolle, sondern nur einer Evidenzkontrolle
GK 39, 89
- Die Lohnsteueranrufungsauskunft dient vornehmlich der Vermeidung des Haftungsrisikos des Arbeitgebers
GK 39, 90
- Keine Kostenfreiheit für behördliche Auskünfte, die von einem Notar eingeholt werden
GK 106, 267

Ausländer, Asylbewerber

- Änderungen im Asylrecht zum 1.1./1.3.2015
FSt 138, 412
- Steigende Fluchtbewegungen
FSt 138, 413
- BVerfG erklärt § 3 AsylbLG 2012 für verfassungswidrig
FSt 138, 413
- Wesentliche Neuerungen im Asylrecht
FSt 138, 414
- Verordnung zur Änderung der AZRG-Durchführungsverordnung vom 27.11.2014
GK 31, 71
- Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Sozialgerichtsgesetzes vom 10.12.2014
GK 31, 71
- Umsatzsteuerrechtliche Behandlung der Unterbringung von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern
GK 80, 208

Ausschreibungen

- „Mehrjährige Leitungserfahrung“ als Anforderungsprofil bei einer Stellenausschreibung, Verschwiegenheitspflicht im Bewerbungsverfahren
FSt 4, 8
- Bei einer Stellenausschreibung ist ein sachgemäßes Anforderungsprofil zu wählen, welches die anschließende Auswahlentscheidung zwischen Bewerbern bestimmt
FSt 4, 9
- Auslegung des Anforderungsmerkmals „mehrjährige Leitungserfahrung“
FSt 4, 10
- Eine Verletzung der Verschwiegenheitspflicht ist nur bei Hinzutreten weiterer Umstände zugleich auch eine Verletzung des Grundsatzes der Bestenauslese oder des Gebots der Chancengleichheit im Bewerbungsverfahren
FSt 4, 12

- Sachgerechtes Anforderungsprofil bei einer Stellenausschreibung im öffentlichen Dienst; hier (Fach-) Hochschulabschluss
FSt 72, 208
- Der Spielraum für die Festlegung des Anforderungsprofils ist durch den Leistungsgrundsatz (Art. 33 Abs. 2 GG) begrenzt
FSt 72, 209

Ausschüsse

- Ausschussbesetzung im Gemeinderat: Zum Spielraum bei der Bestimmung der Anzahl der Mitglieder gemeindlicher Ausschüsse
FSt 229, 721
- Maßgeblich für die Zusammensetzung der Ausschüsse eines Stadtrats ist das Zahlenverhältnis der auf die verschiedenen Wahlvorschläge hin gewählten Stadtratsmitglieder, also die Zahl der Sitze der Parteien und Wählergruppen im Plenum, nicht die von ihnen bei der Stadtratswahl erreichte Stimmenzahl
FSt 229, 721
- Zulässige Verfahren zur Berechnung der Verteilung von Ausschusssitzen
FSt 229, 723
- Keine unzulässige Überaufindung bei 12, 13 oder 14 Ausschusssitzen
FSt 229, 724
- Organisationsermessen des Stadtrats
FSt 229, 725

Außerordentliche Kündigung

- Personenbedingte Kündigung wegen strafbaren außerdienstlichen Verhaltens
FSt 73, 211
- Ausscheiden einer verhaltensbedingten Kündigung bei fehlendem Bezug zum Arbeitsverhältnis
FSt 73, 212
- Außerdienstliche Straftaten können eine personenbedingte Kündigung rechtfertigen
FSt 73, 213
- Außerordentliche Kündigung nur, wenn eine Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses bis zum Ablauf der Kündigungsfrist nicht zumutbar ist
FSt 73, 215

Auszubildende

- Ausbildungsberuf „Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement“; zuständige Stellen und dienstbegleitende Unterweisung
FSt 17, 47
- Ergänzende Fürsorgeleistung (Ballungsraumzulage); Änderung der Grenzbeträge ab 1.1.2014 für Beschäftigte und Auszubildende
GK 143, 185
- Ergänzende Fürsorgeleistung (Ballungsraumzulage); Änderung der Grenzbeträge ab 1.3.2015 für Beschäftigte und Auszubildende
GK 143, 372
- Ergänzende Fürsorgeleistung (Ballungsraumzulage) für Beschäftigte und Auszubildende; Dynamisierung der Zulage ab 1.3.2015; Grenzbeträge ab 1.3.2016
GK 204, 498

B

Bauaufträge

- Charakterisierung eines Vertrags über die Vermietung eines erst zu errichtenden Gebäudes als öffentlicher Bauauftrag GK 82, 213

Baugenehmigung

- Einvernehmensfiktion bei Einvernehmensverweigerung durch einen unzuständigen Bürgermeister FSt 21, 55
- Die Verweigerung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 BauGB durch den hierfür weder zuständigen noch ermächtigten ersten Bürgermeister ist (schwebend) unwirksam und hindert nicht den Eintritt der Fiktionswirkung des § 36 Abs. 2 Satz 2 BauGB FSt 21, 56
- Ein nach Eintritt der Fiktionswirkung des § 36 Abs. 2 Satz 2 BauGB gefasster Beschluss des zuständigen Gemeinderats oder Bauausschusses, mit dem der Verweigerung des gemeindlichen Einvernehmens durch den ersten Bürgermeister nachträglich zugestimmt wird, beseitigt das als erteilt geltende Einvernehmen nicht FSt 21, 59
- Versagung trotz erteilten Einvernehmens FSt 103, 303
- Auf Entscheidungen über bauaufsichtliche Maßnahmen findet § 36 Abs. 1 Satz 1 BauGB keine Anwendung FSt 103, 303
- Die Bauaufsichtsbehörde ist durch die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nicht gehindert, die beantragte Baugenehmigung zu versagen FSt 103, 304
- Der Schutzzweck des Abstandsflächenrechts erfasst auch den sog. Wohnfrieden FSt 256, 813

Bauhöfe

- Richtlinien für die Anlage von Meistereien (RAM) – 2014 GK 83, 215

Baukosten

- Ansprüche wegen Bauzeitverlängerung erfordern einen nachvollziehbaren Soll-Ist-Vergleich, selbst verursachte Verzögerungen sowie Nachträge sind zu berücksichtigen FSt 23, 62

Bauleistung

- Prüfungspflichten von Planern und Baufirmen bei unterirdisch verlegten Versorgungsleitungen FSt 176, 544

Bauleitplanung

- Bebauungsplänen in festgesetzten Überschwemmungsgebieten FSt 141, 425

- § 78 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WHG erfasst nur solche Flächen in festgesetzten Überschwemmungsgebieten, die erstmalig einer Bebauung zugeführt werden sollen, während bloße Umplanungen, etwa die Änderung der Gebietsart eines bereits bestehenden Baugebiets, nicht hierunter fallen FSt 141, 425
- Im Fall bloßer Nachverdichtungen sind die Belange des Hochwasserschutzes im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung sowie der für die Vorhabenzulassung erforderlichen hochwasserschutzrechtlichen Abweichungsentscheidungen zu berücksichtigen FSt 141, 427

Baumaßnahmen

- Standardleistungsbuch für das Bauwesen des gemeinsamen Ausschusses Elektronik im Bauwesen (GAEB) – STL-Bau Version 2014/04 FSt 91, 269
- Unanwendbarkeit einer Stoffpreisgleitklausel FSt 166, 508
- Stoffpreisgleitklauseln, die eine überraschende Regelung enthalten, werden nicht Bestandteil des Vertrages FSt 166, 509
- Keine ergänzende Vertragsauslegung bei unterschiedlichen Gestaltungsmöglichkeiten anstelle der unwirksamen Klausel FSt 166, 510
- Standardleistungsbuch für das Bauwesen des gemeinsamen Ausschusses Elektronik im Bauwesen (GAEB) – STL-Bau Version 2014-10 FSt 258, 819
- Keine Mängelbeseitigung, wenn Minderung oder Schadensersatz verlangt wird; Rechtsfolgen, wenn ein vereinbarter deutschsprachiger Bauleiter nicht anwesend ist FSt 270, 856
- Verlangt der Auftraggeber wegen eines Mangels Minderung oder Schadensersatz, kann er keine Mängelbeseitigung mehr verlangen FSt 270, 856
- Rechtsfolgen, wenn ein vereinbarter deutschsprachiger Bauleiter nicht anwesend ist FSt 270, 857

Bauordnung

- Bek des StMI vom 26.11.2014 – Vollzug des Art. 3 Abs. 2 Satz 1 der Bayerischen Bauordnung (BayBO); Liste der als Technische Baubestimmungen eingeführten technischen Regeln GK 51, 120

Bauplanungsrecht

- Gesetz über Maßnahmen im Bauplanungsrecht zur Erleichterung der Unterbringung von Flüchtlingen FSt 74, 216
- Unbefristete Änderungen des BauGB FSt 74, 216
- Befristete Änderungen des BauGB FSt 74, 217

Baupreisindex

- Baupreisindizes im August 2014 GK 12, 23

Bauvertrag

- Einer Abweichung vom Bauvertrag wird nicht durch unterlassenen Widerspruch zugestimmt FSt 90, 268
- Unwirksame Gewährleistungsbürgschaft von 8 %, deren Höhe sich aus Vertrags- und Gewährleistungsregelungen zusammensetzt FSt 209, 659
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fahrzeug-Rückhaltesysteme (ZTV FRS 13) GK 48, 116
- Anspruchsgrundlagen und Darlegungslast des Auftragnehmers, der Mehrvergütungen wegen Verlängerung der Bauzeit geltend macht GK 145, 379
- Anspruch aus § 2 Nr. 5 VOB/B GK 145, 379
- § 6 Nr. 6 VOB/B und § 642 BGB setzen Behinderungsanzeigen und konkrete Darstellungen der behaupteten Bauablaufstörungen voraus GK 145, 379
- Vom Auftragnehmer selbst verursachte Verzögerungen sind zu berücksichtigen GK 145, 380

Bauvorschrift, örtliche

- Gemeindeweiter Ausschluss aufgeständerter Solaranlagen FSt 126, 389
- Art. 81 Abs. 1 Nr. 1 BayBO ist mit höher-rangigem Recht vereinbar FSt 126, 389
- Art. 81 Abs. 1 Nr. 1 BayBO ermächtigt die Gemeinden zu positiver Gestaltungspflege auch in Bezug auf die Erhaltung und Gestaltung von Ortsbildern FSt 126, 390
- Das verfassungsrechtliche Differenzierungsgebot verbietet mit Blick auf eine vorhandene (nahezu) einheitliche Dachlandschaft nicht generell einen (fast) gemeindeweiten Ausschluss bestimmter Anlagen(gestaltungen) FSt 126, 391

Beamtenbesoldung

- Familienzuschlag bei geschiedenen Eltern mit Kind GK 28, 69
- Erhöhung der Dienstbezüge der Beamten zum 1.3.2015 GK 189, 465
- Tabelle der Grundgehaltssätze für Beamte – gültig ab 1.3.2015 GK 190, 468
- Tabelle der Strukturzulagen, Stellenzulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen – gültig ab 1.3.2015 GK 191, 469
- Tabelle der Familienzuschläge – gültig ab 1.3.2015 GK 192, 470

- Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 GK 192, 471
- Anrechnungsbetrag nach Art. 35 Abs. 2 BayBesG GK 192, 471
- Tabelle der Mehrarbeitsvergütungen – gültig ab 1.3.2015 GK 193, 471
- Tabelle der Anwärtergrundbeträge – gültig ab 1.3.2015 GK 194, 472

Bebauungsplan

- Kein Anspruch auf Gebietsbewahrung bei Abweichungen von den Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung und zur Gestaltung FSt 6, 19
- Allgemeine Grundlagen des Gebietsbewahrungsanspruchs FSt 6, 19
- Keine Ausdehnung des Gebietsbewahrungsanspruchs auf Abweichungen von Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung FSt 6, 20
- Ebenfalls keine Ausdehnung des Gebietsbewahrungsanspruchs auf Abweichung von gestalterischen Festsetzungen FSt 6, 21
- Einwendungen bei mehrfacher öffentlicher Auslegung eines Bebauungsplanentwurfs FSt 34, 96
- Im Falle mehrfacher öffentlicher Auslegung eines Bebauungsplanentwurfs muss ein Antragsteller jedenfalls dann innerhalb der Auslegungsdauer einer weiteren öffentlichen Auslegung Einwendungen erheben, wenn die Umplanung deshalb erfolgte, um den Eigentümerinteressen des Antragstellers angemessen Rechnung zu tragen FSt 34, 96
- Es gibt Fallgestaltungen, in denen ausnahmsweise keine Obliegenheit besteht, dass ein Antragsteller im Rahmen einer nochmaligen öffentlichen Auslegung Einwendungen erhebt FSt 34, 97
- Kein satzungsmäßiger kompletter Ausschluss von Mobilfunkanlagen im reinen Wohngebiet FSt 62, 183
- Es kann offenbleiben, ob ein Bebauungsplan, der eine Standortplanung für Mobilfunkanlagen vorsieht, erforderlich i.S. des § 1 Abs. 3 BauGB ist FSt 62, 183
- Wird der Betreiber von Mobilfunkanlagen in einem Bebauungsplan auf Alternativstandorte verwiesen, die sich zwar im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, für die aber aus denkmalschutzrechtlichen Gründen erkennbar keine Genehmigungsfähigkeit besteht, ist dies abwägungsfehlerhaft FSt 62, 184
- Erhebliche Mehrkosten des Mobilfunkbetreibers für einen denkmalschutzverträglichen Bau einer Mobilfunkanlage in einem Baudenkmal müssen im Einzelfall in die Abwägung eingestellt werden FSt 62, 186

- Mobilfunkanlagen können unter dem Gesichtspunkt des Ortsbildschutzes im Einzelfall ausgeschlossen werden, wenn das Ortsbild schützenswert ist FSt **62**, 186
- Arten verfügbarer umweltbezogener Informationen in der Bekanntmachung der erneuten Auslegung FSt **87**, 258
- Wird in der Bekanntmachung der erneuten Auslegung eines geänderten oder ergänzten Entwurfs eines Bebauungsplans bestimmt, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden können, braucht in der Bekanntmachung nur auf die Arten umweltbezogener Informationen hingewiesen zu werden, die zu diesen Teilen verfügbar sind FSt **87**, 258
- Für den von den Änderungen oder Ergänzungen nicht betroffenen Teil des Plangebiets ist der Zweck des Offenlegungsverfahrens schon mit der erstmaligen Auslegung erfüllt; einer Erinnerung der Öffentlichkeit an ein laufendes Planungsverfahren bedarf es nicht FSt **87**, 259
- Festsetzungen für Waldflächen und Bepflanzungsvorgaben FSt **113**, 332
- Die Festsetzung einer Fläche als „Laubmischwald“ findet in § 9 Abs. 1 Nr. 18 Buchst. b BauGB keine Rechtsgrundlage FSt **113**, 332
- Auf Flächen für die Landwirtschaft oder Wald nach § 9 Abs. 1 Nr. 18 BauGB können wegen der Sperrwirkung des § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB keine landschaftspflegerischen Maßnahmen festgesetzt werden FSt **113**, 335
- Beschleunigtes Verfahren ohne Umweltprüfung FSt **151**, 457
- Für Bebauungspläne der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB gelten keine besonderen Anforderungen an die städtebauliche Erforderlichkeit nach § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB FSt **151**, 457
- Straßenplanung und faktisches Vogelschutzgebiet FSt **165**, 501
- Das strenge Schutzregime für faktische Vogelschutzgebiete bezweckt auch, eine an ornithologisch-fachlichen Kriterien ausgerichtete Gebietsausweisung und -abgrenzung offen zu halten und nicht durch vorangehende beeinträchtigende Planungen unrealistisch werden zu lassen FSt **165**, 506
- Anforderungen an die Bekanntmachung der Arten verfügbarer Umweltinformationen FSt **174**, 536
- Bestandssichernde Festsetzung von Wohnhäusern in einem Wochenendhausgebiet; Präklusion im Normenkontrollverfahren FSt **199**, 618
- Die Präklusion nach § 47 Abs. 2a VwGO setzt voraus, dass die ortsübliche Bekanntmachung nach § 3 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1 BauGB sowohl hinsichtlich Ort und Dauer der Auslegung als auch bezüglich der Angaben, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, ordnungsgemäß erfolgt ist FSt **199**, 618
- Mobilfunkmast widerspricht einer Höhenbeschränkung für bauliche Anlagen FSt **221**, 690
- Erforderlichkeit eines Änderungsbebauungsplans für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung FSt **221**, 690
- Unzulässige Negativplanung FSt **221**, 691
- Gemeinden können zum Schutz des Ortsbilds in bestimmten Gebieten durch Bebauungsplan eine Höhenbeschränkung für bauliche Anlagen einführen und damit auch Mobilfunkanlagen ausschließen FSt **221**, 691
- Erhaltungsfestsetzung und Ersatzpflanzung FSt **234**, 733
- Zu den Pflichten, die sich aus einer auf § 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchst. b BauGB gestützten Erhaltungsfestsetzung ergeben, können im Fall des Verlusts des geschützten Grüns auch Ersatzpflanzungen gehören FSt **234**, 733
- § 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchst. b BauGB bewirkt keinen Automatismus von Erhalt und Ersatz FSt **234**, 735
- Welche Maßnahmen im Fall des Verlusts des Grünguts erforderlich sind, kann nur nach den Umständen des Einzelfalls bestimmt werden FSt **234**, 735
- Festsetzung eines Löschwasserbeckens mit Umgebung als Freibad FSt **285**, 889
- Ein Freibad ist keine Sportanlage im Sinne der Sportanlagenlärmschutzverordnung, sondern eine Freizeitanlage im Sinne der Freizeitlärmschutzrichtlinie, wenn es nicht dem Vereinssport, Schulsport oder vergleichbar organisiertem Freizeitsport dient FSt **285**, 890
- Abwägungsergebnis rechtmäßig, trotz Überschreitung der nach der Freizeitlärmschutzrichtlinie geltenden Immissionsrichtwerte FSt **285**, 891
- Bei der immissionschutzrechtlichen Bewertung eines Freibads nach der Freizeitlärmschutzrichtlinie ist auch von Bedeutung, dass der von Kindern und Jugendlichen verursachte Lärm nach der Verkehrsauffassung weniger störend ist als sonstiger Lärm FSt **285**, 893

Befristung von Arbeitsverträgen

- Befristeter Arbeitsvertrag mit Betriebsratsmitglied FSt **42**, 120
- Rechtsmissbrauch bei sachgrundlos befristeten Arbeitsverträgen FSt **54**, 159

- Tarifvertragliche Höchstdauer einer Befristung – Rechtsmissbrauch FSt 146, 440
- Schriftform und Beweislast bei der Befristung eines Arbeitsverhältnisses FSt 160, 485

Behörden

- Schwerpunktsetzung von Aufgaben bei den Regierungen FSt 43, 121
- Unterlassungsanspruch gegen den Behördenleiter wegen dienstlicher Äußerungen FSt 70, 201
- Äußerungen eines Amtsträgers, die dieser in amtlicher Eigenschaft tätigt, sind in der Regel der Anstellungskörperschaft und nicht dem Amtsträger persönlich zuzurechnen FSt 70, 201
- Der Unterlassungsanspruch gegen Äußerungen setzt in analoger Anwendung des § 1004 Abs. 1 BGB eine konkrete Wiederholungsgefahr voraus; ob eine solche anzunehmen ist, richtet sich nach den gesamten Umständen des Einzelfalls FSt 70, 202

Beihilfe

- Abführung von Rentenversicherungsbeiträgen für Pflegepersonen ab 2015 GK 74, 187
- Bek des StMFLH vom 7.8.2015 – Siebte Änderung der Bekanntmachung zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung (BayBhV) GK 224, 528

Beihilfen

- Kohäsionspolitik: EU-Kommission genehmigt alle deutschen Förderprogramme GK 186, 459

Beihilfevorschriften

- Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung (BayBhV); Auswirkungen auf die Beihilfe durch das erste Pflegestärkungsgesetz (PSG I) FSt 99, 289

Beiträge

- Festsetzungsfrist bei Beiträgen; Neuregelung mit Höchstfrist von 20 Jahren verfassungsrechtlich unbedenklich GK 164, 415
- Rückwirkend wirksames Satzungsrecht GK 164, 416
- Die neue zwanzigjährige Ausschlussfrist ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden GK 164, 417
- Bei Ergänzungsbeiträgen kommt es für den Beginn der Ausschlussfrist auf die tatsächliche Fertigstellung der betreffenden Geschossflächen an GK 164, 418
- Bedenken, ob die Übergangsregelung in Art. 19 Abs. 2 KAG mit dem Gleichheitssatz vereinbar ist GK 164, 419

Bekanntmachung

- Verwendung von Gemeindetafeln für Anschläge der Gemeinde im fachplanungsrechtlichen Anhörungsverfahren FSt 14, 41
- Gesetzliche Voraussetzung dafür, dass Gemeindetafeln als zulässige Bekanntmachungsart gelten, ist es, dass die Gemeinde über kein eigenes Amtsblatt (etc.) verfügt FSt 14, 41
- Die Bekanntmachungsarten stehen sich als gleichwertig gegenüber FSt 14, 41
- Auch keine Unzumutbarkeit der Bekanntmachungsart Anschlagtafeln im Hinblick auf die räumliche Struktur einer Gemeinde, wie etwa Streubebauung FSt 14, 42
- Zu den Regelungen in der Geschäftsordnung FSt 14, 43

Bestattungswesen

- Höchstbreite von Grabsteinen FSt 139, 417

Betriebe gewerblicher Art

- Ermittlung des Einkommens eines Betriebs gewerblicher Art (BgA) bei Zahlung von Sonderumlagen GK 81, 211
- Auslegungsfragen zu § 20 Abs. 1 Nr. 10 EStG bei Betrieben gewerblicher Art als Schuldner der Kapitalerträge GK 108, 280
- Sondervergütungen als kapitalertragsteuerepflichtiger Teil des Gewinns eines Betriebs gewerblicher Art (BgA) GK 234, 543

Betriebsübergang

- Betriebsteilübergang trotz anderslautender Regelung im Betreibervertrag FSt 82, 240

Beurteilung

- Vorgabe von Richtwerten und Bildung einer Rangfolgeliste FSt 195, 604
- Der einem Dienstherrn zukommende Beurteilungsspielraum wird durch die Vorschriften des Laufbahnrechts bestimmt und begrenzt FSt 195, 604
- Richtiger Beurteiler bei Ruhestandseintritt des Vorgesetzten; inhaltliche Anforderungen an Beurteilungsbeiträge FSt 242, 760

Bezirksumlagen

- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2014 GK 37, 79
- Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise GK 37, 80
- Entwicklung des Umlagesolls der Bezirke GK 37, 81
- Entwicklung der Bezirksumlagesätze GK 37, 82

Bodenschutz

- Bodenschutzrechtliche Untersuchungsanordnungen bei lange zurückliegender Bodenkontamination FSt 168, 514
- Keine Verjährung bodenschutzrechtlicher Gefahrenabwehrbefugnisse FSt 168, 515
- Keine Unverhältnismäßigkeit wegen einer langen verstrichenen Zeit FSt 168, 516
- Bei der Störerauswahl ist die Effektivität der Gefahrenabwehr überragend wichtig FSt 168, 517

Brücken

- Richtlinie für die Nachrechnung von Straßenbrücken im Bestand (Nachrechnungsrichtlinie) – Ausgabe 05/2011 – 1. Ergänzung – Ausgabe 04/2015 GK 221, 525

Brückenbau

- Nochmals: Bauwerksprüfung nach DIN 1076 – RI-EBW-PRÜF, Ausgabe 3/2013; Einführung in Bayern FSt 77, 228

Bürgermeister

- Auskunftsbegehren einzelner Gemeinderatsmitglieder gegenüber dem Bürgermeister; keine Pflicht zur rechtlichen Vorabbewertung von Beratungsgegenständen FSt 83, 241
- Es entspricht der in Bayern herrschenden Auffassung, dass dem einzelnen Gemeinderatsmitglied kein (ungeschriebener) Rechtsanspruch auf Auskunft gegenüber dem Bürgermeister als Leiter der Gemeindeverwaltung zusteht FSt 83, 242
- Ein etwaiges Auskunftsrecht im Vorfeld von Ratssitzungen könnte sich nur auf sachbezogene Informationen zu bestimmten Tagesordnungspunkten und nicht auf zurückliegende Wortmeldungen von Mandatsträgern beziehen FSt 83, 242
- Ein Bürgermeister ist nicht verpflichtet, den anderen Ratsmitgliedern schon vor Sitzungsbeginn seine (Rechts-) Meinung zu bestimmten Beschlussvorschlägen offenzulegen FSt 83, 243
- Das einzelne Ratsmitglied kann nicht verlangen, dass die Abstimmung über einen Tagesordnungspunkt vertagt wird; Voraussetzung dafür ist vielmehr ein entsprechender Mehrheitsbeschluss FSt 83, 244
- Eilbefugnis eines Bürgermeisters gemäß Art. 37 Abs. 3 Satz 1 GO für einen Antrag auf Zurückstellung eines Bauvorhabens nach § 15 Abs. 3 BauGB FSt 159, 481

- Ein Antrag auf Zurückstellung eines Bauvorhabens nach § 15 Abs. 3 BauGB ist keine laufende Angelegenheit i.S. des Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO FSt 159, 482
- Ein Antrag auf Zurückstellung eines Bauvorhabens nach § 15 Abs. 3 BauGB kann in die Organkompetenz des ersten Bürgermeisters nach Art. 37 Abs. 3 Satz 1 GO fallen FSt 159, 482

D

Datenschutz

- Gesetzliche Regelung der elektronischen Personalakte FSt 161, 487
- Datenschutz beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement FSt 184, 576
- Weitergabe privater Kommunikationsdaten von Behördenmitarbeitern an Versicherungen? FSt 185, 579
- Information des Dienstherrn über eine Kur FSt 196, 612
- Medienbildung, insbesondere Einsatz von passwortgeschützten Lernplattformen im Unterricht FSt 202, 627
- Erstellung und Verwendung von Schülerfotos FSt 211, 662
- Einstellungsuntersuchung von Beamtenbewerbern FSt 218, 686
- Speicherung von Beschäftigtenbeschwerden beim Personalrat FSt 219, 688
- Fahrtkostenerstattung im Rahmen der Schulfahrtkostenfreiheit FSt 224, 700
- Informationsaustausch über Schülerinnen und Schüler zwischen Schule und Mittagsbetreuung FSt 237, 743
- Ausgabe von Audioguides gegen Hinterlegung von Ausweisdokumenten bei staatlichen Museen FSt 238, 745
- Öffentliche Schulen FSt 271, 858
- Videoaufzeichnung an Schulen FSt 271, 858
- Schulhomepage FSt 271, 859
- Passwortgeschützter Bereich der Schulhomepage FSt 271, 859
- Schulischer Jahresbericht FSt 271, 860
- Weitergabe von Schülerdaten zu Werbezwecken FSt 271, 860
- Videoüberwachung in kommunalen Schwimmbädern FSt 281, 881
- Videoüberwachung bei öffentlichen Stellen FSt 288, 900
- Defizite bei der Bestellung behördlicher Datenschutzbeauftragter FSt 288, 901

- Unzureichende Prüfung der gesetzlichen Zulässigkeitsvoraussetzungen FSt **288**, 902

Dienstreisen

- Dienstreise-Kaskoversicherung des Arbeitgebers für Kraftfahrzeuge des Arbeitnehmers und steuerfreier Fahrtkostenersatz GK **233**, 543

Dienstwohnungsvorschriften

- Bek des StMFLH vom 10.11.2014 – Vollzug der Verordnung über die Dienstwohnungen der Beamten (Dienstwohnungsvollzugsbekanntmachung – VollzBekDWV) GK **21**, 48

Dorferneuerung

- Bek des StMELF vom 22.12.2014 – Dorferneuerungsrichtlinien zum Vollzug des Bayerischen Dorfentwicklungsprogramms (DorfR) GK **67**, 168

E

Ehrenamtlich Tätige

- Steuerfreie Einnahmen aus ehrenamtlicher Tätigkeit GK **135**, 352
- Begünstigte Tätigkeiten i.S. des § 3 Nr. 26a EStG GK **135**, 353
- Nebenberuflichkeit GK **135**, 353
- Auftraggeber/Arbeitgeber GK **135**, 353
- Förderung gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke GK **135**, 354
- Nach § 3 Nr. 12, 26a oder 26b EStG begünstigte Tätigkeiten GK **135**, 354
- Verschiedenartige Tätigkeiten GK **135**, 355
- Höchstbetrag GK **135**, 355
- Ehrenamtlicher Vorstand GK **135**, 355
- Werbungskosten- oder Betriebsausgabenabzug GK **135**, 356
- Freigrenze des § 22 Nr. 3 EStG GK **135**, 356
- Lohnsteuer-Verfahren GK **135**, 357
- Rückspende GK **135**, 357

Einbürgerung

- Einbürgerung auch bei verschuldetem Nichterwerb von Sprachkenntnissen FSt **262**, 829

Eingruppierung

- Eingruppierung der Leiterin einer Kindertagesstätte FSt **158**, 480

Eisenbahnkreuzungsgesetz

- Mitwirkungspflichten der Kreuzungsbeteiligten; Übertragung von Planungs- und Verwaltungsleistungen; Abgrenzung von Verwaltungs- und Baukosten FSt **36**, 103

- Verfahren bei der Baudurchführung und Abrechnung von Maßnahmen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz – EKrG FSt **115**, 338
- Muster über Vereinbarungen über Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen gemäß §§ 5, 11, 12, 13 des EKrG FSt **191**, 596
- Erhöhung der Sicherheit an Bahnübergängen. Freihaltung der Sichtflächen an nicht technisch gesicherten Bahnübergängen GK **50**, 119
- Aufforderung durch DB Netz AG, Berlin GK **50**, 119

Elterngeld, Elternzeit

- ElterngeldPlus und flexible Elternzeit; Änderungen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) FSt **125**, 386

Energieversorgung

- „Windhundprinzip“ unter konkurrierenden Windkraftanlagen? FSt **33**, 92
- 10H-Regelung für Windkraftanlagen in Art.82 BayBO FSt **48**, 133
- Inhalt der Ermächtigung in § 249 Abs. 3 BauGB FSt **48**, 134
- 10H-Regelung in Art. 82 Abs. 1 bis 5 BayBO FSt **48**, 135
- Windkraftanlage und Abstandsflächen; vorläufiger Rechtsschutz FSt **88**, 261
- Eine Abweichung von Abstandsflächenvorschriften erfordert die Beteiligung des Nachbarn FSt **88**, 263
- Atypische Sachlage bei Abstandsflächen an Windkraftanlagen FSt **88**, 263
- Transport öffentlicher Belange ins drittschützende Abstandsflächenrecht? FSt **88**, 264
- Keine Zurückstellung eines Bauvorhabens bei völlig offener Planungsabsicht der Gemeinde (10 H-Regelung) FSt **102**, 301
- Windkraftanlage und Zuschläge nach der TA Lärm FSt **154**, 467
- Verbot der Impuls- und Tonhaltigkeit von Schallemissionen; tieffrequenter Lärm FSt **154**, 467
- Psychische Belastungen durch Windkraftanlagen: Gerichtsverfahren kann wissenschaftlichen Diskurs nicht ersetzen FSt **154**, 469
- Die Faustformel für eine optisch bedrängende Wirkung von Windkraftanlagen FSt **154**, 470
- Vorläufige Sicherungsanordnung des Verwaltungsgerichts zur Verhinderung weiterer Bauarbeiten an der Kabeltrasse für eine Windkraftanlage FSt **178**, 550
- Keine konstitutive Begründung einer Genehmigungspflicht genehmigungsfreier Vorhaben dadurch, dass sie „genehmigt“ werden FSt **178**, 552

- Eine Kabeltrasse für eine Windkraftanlage kann der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungspflicht unterliegen FSt 178, 553
- Bayerns 10H-Regelung für Windkraftanlagen in Art. 82 BayBO auf dem Prüfstand FSt 188, 588
- Keine offensichtliche Genehmigungsunfähigkeit einer Windkraftanlage bei Nichteinhaltung der „10H-Regelung“ FSt 188, 588
- Die drei Grundvoraussetzungen einer rechtmäßigen Zurückstellung nach § 15 Abs. 3 BauGB FSt 188, 590
- Bek des StMI vom 16.2.2015 – Muster für Konzessionsverträge zwischen Gemeinden und Elektrizitätsversorgungsunternehmen (Musterkonzessionsvertrag Strom) GK 84, 216
- Eine nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 KAV unzulässige Nebenleistung führt im Regelfall nicht zur Nichtigkeit des Konzessionsvertrages GK 144, 373
- (Un-)Zulässigkeit einer Energiekonzessionsklausel GK 144, 373
- (Un-)Zulässigkeit der Unterstützung der Gemeinde bei der Eigenenergieerzeugung GK 144, 375
- § 3 Abs. 2 Nr. 1 KAV ist eine Bestimmung des Preisrechts GK 144, 376
- Schutzzweck von § 3 Abs. 1 Nr. 1 KAV GK 144, 377
- Gesamtnichtigkeit eines Konzessionsvertrages nach § 139 BGB; hier nicht festgestellt GK 144, 377
- Gesamtnichtigkeit eines Konzessionsvertrages zum Schutz der Mitbewerber GK 144, 378

Energiewirtschaft

- Übereignungsanspruch nach § 46 Abs. 2 Satz 2 EnWG a.F. bei gemischt genutzten Mittelspannungsleitungen GK 64, 154
- Zur Ermessensausübung bei der Verfolgung von Verstößen gegen das EnWG GK 64, 155
- § 46 Abs. 2 EnWG a.F. enthält einen Übereignungsanspruch GK 64, 156
- Der Übereignungsanspruch erfasst gemischt genutzte Leitungen GK 64, 157
- Die Anordnung der Überlassung gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung ist rechtmäßig GK 64, 158
- Die Regulierungsbehörde muss die Wirksamkeit des neuen Konzessionsvertrages prüfen GK 64, 160
- Zu den Anforderungen an die Transparenz des Verfahrens und der Heilung von Fehlern GK 64, 161

- Zu möglichen Hinderungsgründen der Ausübung von Abwehrensprüchen GK 64, 163
- Verordnung zur Einführung von Ausschreibungen der finanziellen Förderung für Freiflächenanlagen sowie zur Änderung weiterer Verordnungen zur Förderung der erneuerbaren Energien GK 67, 168
- Verordnung zur Änderung der Systemstabilitätsverordnung GK 84, 216
- Bekanntgabe der vorzeitigen Beendigung eines Konzessionsvertrages; § 46 Abs. 3 Satz 3 EnWG GK 110, 283
- Die Systematik von § 46 Abs. 3 Satz 3 EnWG verlangt die öffentliche Bekanntmachung der vorzeitigen Beendigung eines Konzessionsvertrages im Bundesanzeiger GK 110, 283
- Auch der Zweck von § 46 Abs. 3 Satz 3 EnWG spricht für eine öffentliche Bekanntmachung im Bundesanzeiger GK 110, 284
- Ein Verstoß gegen die Bekanntmachungsvorschrift des § 46 Abs. 3 Satz 3 EnWG führt i.d.R. zur Nichtigkeit des Konzessionsvertrages GK 110, 285
- Gesetz zur Teilumsetzung der Energieeffizienzrichtlinie und zur Verschiebung des Außerkrafttretens des § 47g Absatz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 15.4.2015 GK 113, 288

Enteignung

- Zur Rechtswegfrage im Enteignungsrecht für einen Erstattungsstreit über Aufwendungen, wenn über die Entschädigung selbst nicht gestritten wird (sog. isolierter Erstattungsstreit) FSt 93, 276
- Die Literatur zum BayEG vertritt die Auffassung, der Verwaltungsrechtsweg sei bei isolierten Erstattungsstreitigkeiten gegeben FSt 93, 276
- Anwendung verwaltungsverfahrenrechtlicher Erstattungsregelungen FSt 93, 277
- Historische Gründe der Zuordnung zum ordentlichen Rechtsweg FSt 93, 277
- Art. 93 BV als Garantie des Verwaltungsrechtswegs – eine bayerische Besonderheit FSt 93, 278
- Abweichende Rechtsprechung für Landesenteignungsrecht nicht einschlägig FSt 93, 279

Entwässerung

- Herstellungsbeitrag für die Entwässerungseinrichtung: Ermittlung des Geschossflächenbeitrags bei Festsetzung von Grundflächenzahl und maximaler Wandhöhe im Bebauungsplan GK 133, 346

- Ein nicht bestandskräftiger und aufgrund nichtiger Satzung rechtswidriger Bescheid kann durch wirksame neue Satzung rechtmäßig werden GK 133, 347

Erhaltungssatzung

- Keine Erhaltung einer Blockrandbebauung nur wegen ihrer lärmabschirmenden Wirkung FSt 269, 849

Ersatzvornahme

- Zahlungspflicht für Kosten der Ersatzvornahme bei Beauftragung eines Dritten FSt 243, 761

Erschließung

- Gesicherte Erschließung eines Hinterliegergrundstücks über einen Wohnweg im unbeplanten Innenbereich nach § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB und Art. 4 Abs. 2 Nr. 2 BayBO (2008) FSt 208, 651
- Eine ausdrückliche Bedingung in einer Baugenehmigung, eine „Grunddienstbarkeit“ zugunsten der Bauaufsichtsbehörde zu stellen, ist rechtsfehlerhaft FSt 208, 652
- § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB verlangt neben einer vorhandenen Grunddienstbarkeit zugunsten des jeweiligen Eigentümers des Baugrundstücks keine weitere dingliche Sicherung zugunsten der öffentlichen Hand FSt 208, 652
- Art. 4 Abs. 2 Nr. 2 BayBO verlangt keine „Doppelsicherung“ FSt 208, 654
- Als rechtliche Sicherung genügt eine Verpflichtungserklärung gegenüber der Bauaufsichtsbehörde, die Grunddienstbarkeit über das Geh- und Fahrrecht nur mit Zustimmung der Bauaufsichtsbehörde zu löschen und die Verpflichtung an etwaige Rechtsnachfolger weiterzugeben FSt 208, 657

Erschließungsbeitrag

- Abschnittsbildung an der Grenze eines Bebauungsplangebietes GK 4, 8
- Zur Bekanntmachung eines Bebauungsplans in einem gemeindlichen Amtsblatt GK 4, 8
- Eine Abschnittsbildung an der Grenze eines Bebauungsplangebietes ist auch dann wirksam, wenn sich der Bebauungsplan als insgesamt unwirksam herausstellen sollte GK 4, 9
- Natürliche Betrachtungsweise einer Erschließungsanlage bei unterschiedlicher Erschließungsfunktion GK 25, 60
- Maßgeblich für die Einordnung als selbständige Erschließungsanlage ist, inwieweit sich die Straße als augenfällig eigenständiges Element des Straßennetzes darstellt GK 25, 61

- Bestimmungsgemäße Erschließungsfunktion einer zum Anbau bestimmten Straße; Relevanz der straßenrechtlichen Widmung GK 25, 61
- Bildung von Abrechnungsabschnitten i.S. von § 130 Abs. 2 Satz 2 BauGB als Alternative (hier: verneint wegen zu geringer Länge der Abschnitte) GK 25, 62
- Tiefenbegrenzung als Abgrenzung zum Außenbereich, Anwendbarkeit im zentralen Innenbereich und Verhältnis zur Klarstellungssatzung GK 79, 201
- Die Tiefenbegrenzungsregelung dient der Ermittlung der erschlossenen Grundstücksflächen GK 79, 202
- Die Tiefenbegrenzungsregelung begründet eine Vermutung dafür, dass im unbeplanten Innenbereich alle Grundstücke bis zur festgesetzten Tiefengrenze erschlossen sind GK 79, 202
- Die Tiefenbegrenzung findet auch im sog. zentralen Innenbereich Anwendung GK 79, 203
- Grundstücke, die nur teilweise im Außenbereich liegen, sind nicht auch mit der in den Außenbereich hineinragenden Fläche bis zur satzungsrechtlichen Tiefenbegrenzung bei der Verteilung des Erschließungsaufwandes (§ 131 Abs. 1 Satz 1 BauGB) zu berücksichtigen GK 79, 204
- Der Gleichheitssatz wird durch die Anwendung der Tiefenbegrenzungsregelung nicht verletzt GK 79, 206
- Eine hinter der Tiefenbegrenzung zurückbleibende Klarstellungssatzung geht der Tiefenbegrenzung als speziellere Regelung vor GK 79, 207
- Nochmals: Erschlossensein von Hinterliegergrundstücken GK 96, 242
- Ein Grundstück ist erschlossen, wenn ihm die Anlage in erschließungsbeitragsrechtlich relevanter Weise die Zugänglichkeit vermittelt GK 96, 242
- Ein Hinterliegergrundstück ist erschlossen, wenn eine rechtlich gesicherte Zufahrt zu der Anlage besteht oder die Eigentümer der übrigen Grundstücke schutzwürdig die Einbeziehung des Grundstücks erwarten können GK 96, 243
- (Keine) Unterscheidung zwischen sog. gefangenen und nicht gefangenen Hinterliegergrundstücken GK 96, 244
- Nur eine beitragsrechtlich relevante bauliche, gewerbliche oder damit vergleichbare Nutzung kann die schutzwürdige Erwartungshaltung der übrigen Beitragspflichtigen begründen GK 96, 245

- Missbrauchsfällen mit dem alleinigen Ziel der Vermeidung oder Verminderung einer Erschließungsbeitragspflicht wird durch § 42 AO Rechnung getragen GK 96, 247
- Gewerbezuschlag für kulturelle Nutzung GK 141, 367
- Beitragsfähigkeit von Kosten eines externen Büros für die Berechnung und Erstellung von Beitragsbescheiden GK 151, 389
- Auf die Beitragspflichtigen darf nur derjenige Aufwand umgelegt werden, der zum „Erschließungsaufwand“ im Sinne des § 128 Abs. 1 BauGB gehört GK 151, 389
- Rechtsanwaltskosten, die für die Berechnung von Erschließungsbeiträgen und die Erstellung der Heranziehungsbescheide entstanden sind, zählen nicht zu den Kosten im Sinne des § 128 Abs. 1 BauGB GK 151, 390
- Der Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit verpflichtet die Gemeinde, ihre Aufgaben grundsätzlich durch eigene Verwaltungseinrichtungen, also mit eigenem Personal, eigenen Sachmitteln und eigener Organisation wahrzunehmen GK 151, 391
- Lärmschutzwand zum Schutz vor Straßenlärm GK 152, 392
- Eine Lärmschutzwand kann nur dann nach § 127 Abs. 2 Nr. 5 BauGB beitragsfähig sein, wenn sie von der Gemeinde in Erfüllung ihrer Erschließungsaufgabe hergestellt worden ist GK 152, 392
- Zu den Wirksamkeitsvoraussetzungen einer Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für eine Lärmschutzwand GK 152, 393
- Eine Lärmschutzwand zum Schutz eines Wohngebiets vor Straßenlärm hält sich im Rahmen des Erforderlichen (§ 129 Abs. 1 Satz 1 BauGB), wenn sie auf die Einhaltung der schalltechnischen Orientierungswerte für die städtebauliche Planung nach DIN 18005 ausgerichtet ist GK 152, 396
- Endgültige Herstellung und Öffentlichkeit als Voraussetzungen für das Entstehen der sachlichen Beitragspflichten GK 152, 397
- Erhebung von Vorausleistungen für Grundstücke im Umlegungsgebiet GK 187, 460
- Im Umlegungsverfahren „untergehende“ Grundstücke können nicht Anknüpfungspunkt für eine Vorausleistungspflicht sein GK 187, 461
- Auch ein sog. Abfindungsgrundstück ist kein geeigneter Anknüpfungspunkt für eine Vorausleistungserhebung GK 187, 461

- Die erforderliche hinreichende Bestimmbarkeit der zur Berechnung der Vorausleistung einzubeziehenden Grundstücksflächen ist gegeben, wenn sich das Umlegungsverfahren bereits in einem fortgeschrittenen Stadium befindet GK 187, 462
- Satzungsrechtliche Bestimmungen zum Vollgeschossmaßstab und zur Tiefenbegrenzung; planeretzende Abwägungsentscheidung GK 201, 487
- Eine satzungsrechtliche Verteilungsregelung, die in unbeplanten Gebieten bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken auf die Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse abstellt, entspricht den Anforderungen des § 131 Abs. 2 und Abs. 3 BauGB an eine vorteilsgerechte Beitragsbemessung GK 201, 487
- Eine satzungsrechtliche Tiefenbegrenzung muss an Kriterien für eine möglichst realitätsnahe Abgrenzung der bevorteilten von den nicht mehr bevorteilten Flächen ausgerichtet werden und auf einer sorgfältigen Ermittlung der örtlichen Bebauungsverhältnisse beruhen GK 201, 489
- Die Unwirksamkeit einer Tiefenbegrenzungsregelung führt nicht zur Unwirksamkeit der Satzung insgesamt GK 201, 490
- Ein planüberschreitender Ausbau, der zu Mehrkosten für die Beitragspflichtigen führt, kann erschließungsbeitragsrechtlich nur dann unschädlich sein, wenn die Gemeinde entscheidet, die Mehrkosten nicht umzulegen GK 201, 491
- Eine planeretzende Abwägungsentscheidung zur Herstellung einer Erschließungsanlage (§ 125 Abs. 2 BauGB) fällt in die Zuständigkeit des Gemeinderats; dieser kann die Zuständigkeit auf einen beschließenden Ausschuss oder den ersten Bürgermeister übertragen GK 201, 493

Erschwernisausgleich

- Tarifabschluss 2014 im öffentlichen Dienst: Dynamisierung der Erschwerniszuschläge GK 7, 13

Europäische Union

- Kohäsionspolitik: EU-Kommission genehmigt alle deutschen Förderprogramme GK 186, 459

F

Fahrerlaubnis

- Entzug der Fahrerlaubnis: Verdacht auf Alkoholabhängigkeit FS 27, 75

- Die Verpflichtung, den Führerschein abzuliefern, ist nach erfolgter Fahrerlaubnisentziehung kraft Gesetzes sofort vollziehbar
FSt 27, 75
- Im einstweiligen Rechtsschutzverfahren gegen die Entziehung einer Fahrerlaubnis kommt ein ausdrücklicher Ausspruch des Gerichts, dem Antragsteller den Führerschein vorläufig wieder auszuhändigen, wegen anzunehmender Rechtsstreue der Behörde i.d.R. nicht in Betracht
FSt 27, 75
- Eine Erhöhung der sog. Gamma-GT-Werte muss nicht zwingend auf einen Alkoholmissbrauch hindeuten
FSt 27, 76
- Die in einem Entlassungsbericht eines Bezirksklinikums gestellte Diagnose „Alkoholabhängigkeit“ muss plausibel und belastbar sein, um einer Fahrerlaubnisentziehung wegen Alkoholabhängigkeit zugrunde gelegt werden zu können
FSt 27, 77
- Entzug der Fahrerlaubnis: Ausreichende Anhaltspunkte für das Bestehen einer Alkoholabhängigkeit
FSt 41, 117
- Wenn ein Fahrerlaubnisinhaber ein zu Recht gefordertes Fahreignungsgutachten nicht vorlegt, darf die Behörde von seiner Fahrungsunfähigkeit ausgehen
FSt 41, 117
- Mischkonsum von Alkohol und Cannabis
FSt 53, 150
- Nach der in der Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) getroffenen Regelung verliert ein Fahrerlaubnisinhaber im Regelfall seine Fahreignung, wenn er – wenn auch nur gelegentlich – Cannabis konsumiert und gleichzeitig Alkohol zu sich nimmt
FSt 53, 151
- Es kommt nicht darauf an, dass Mischkonsumenten möglicherweise nicht stärker dazu neigen, unter Rauschmitteleinfluss am Straßenverkehr teilzunehmen, als bloße Cannabiskonsumenten
FSt 53, 153
- Für die Annahme von Mischkonsum ist die Angabe ausreichend, in der Vergangenheit gelegentlich illegale Drogen mit Alkohol kombiniert zu haben
FSt 53, 155
- Für die Wiedererlangung der Fahreignung nach Aufgabe des Mischkonsums ist regelmäßig ein einjähriger Abstinenzzeitraum zu fordern
FSt 53, 158
- Eine Erklärung der Begutachtungsstelle gegenüber dem Betroffenen, eine Begutachtung sei wegen mangelnder Abstinenz von vornherein nicht aussichtsreich, rechtfertigt kein Fernbleiben von der Untersuchung
FSt 53, 158
- Bindungswirkung eines Strafverfahrens im Verfahren auf (Neu-)Erteilung einer Fahrerlaubnis
FSt 264, 837

- Grundsätzlich muss sich der Betroffene vor (Neu-) Erteilung der Fahrerlaubnis einer Begutachtung unterziehen
FSt 264, 837
- Die Fahrerlaubnisbehörde ist berechtigt, den Abschluss eines strafgerichtlichen Verfahrens abzuwarten
FSt 264, 838
- Eine Untätigkeitsklage auf (Neu-)Erteilung einer Fahrerlaubnis ist dann nicht begründet, wenn die Behörde aufgrund des Vorrangs der strafgerichtlichen Beurteilung der Fahreignung die Entscheidung des Strafgerichts abwartet
FSt 264, 838
- Bestehen Zweifel an der Fahreignung eines Betroffenen aufgrund eines Sachverhalts, der Gegenstand eines noch nicht abgeschlossenen strafrechtlichen Verfahrens ist, kann über seinen Antrag auf (Neu-)Erteilung einer Fahrerlaubnis erst nach Abschluss des Strafverfahrens entschieden werden
FSt 264, 839

Familienzuschlag

- Familienzuschlag bei geschiedenen Eltern mit Kind
GK 28, 69

Feiertagsgesetz

- Untersagung der Durchführung eines Rockkonzerts am Totensonntag und Ablehnung einer entsprechenden Befreiung nach dem Bayerischen Feiertagsgesetz
FSt 204, 635
- Beim Schutz der sog. stillen Tage hat der bayerische Gesetzgeber den Wandel der Anschauungen und religiösen Überzeugungen in der Gesellschaft ausreichend berücksichtigt
FSt 204, 636
- Dass Sportveranstaltungen an sog. stillen Tagen gegenüber anderen Veranstaltungen „privilegiert“ sind, liegt in ihrem gegenüber sonstigen Unterhaltungsveranstaltungen unterschiedlichen Charakter begründet
FSt 204, 637

Feuerwehr

- Schadensberechnung bei Beschädigung eines subventionierten Feuerwehrfahrzeugs
FSt 230, 728
- Entschädigungen nach §§ 11 und 13 der Ausführungsverordnung zum Bayerischen Feuerwehrgesetz ab 1.3.2015 und 1.3.2016
GK 216, 518
- Monatliche Entschädigungen nach § 11 Abs. 1 AVBayFwG
GK 216, 519
- Stundensätze nach § 11 Abs. 5 AVBayFwG
GK 216, 519
- Monatliche Rahmensätze nach § 13 Abs. 1 AV-BayFwG
GK 216, 519

Finanzausgleich

- Zweite Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2013 vom 10.11.2014 GK 21, 48
- Erste Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2015 vom 27.3.2015 GK 94, 240

Finanzausgleich 2015

- Finanzausgleich 2015 FSt 123, 369
- Ausgangslage FSt 123, 369
- Finanzausgleichsvolumen 2015 FSt 123, 370
- Allgemeiner Steuerverbund, Schlüsselzuweisungen FSt 123, 370
- Grunderwerbsteuerverbund nach Art. 8 FAG FSt 123, 372
- Einkommensteuerersatz nach Art. 1b FAG FSt 123, 372
- Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund FSt 123, 373
- Bedarfszuweisungen (Art. 11 FAG) FSt 123, 377
- Kommunaler Hochbau (Art. 10 FAG) FSt 123, 377
- Krankenhausfinanzierung FSt 123, 380
- Investitionszuschüsse nach Art. 12 FAG FSt 123, 381
- Zuweisungen zu den Aufwendungen für die Schülerbeförderung FSt 123, 382
- Ausgleich nach Art. 15 FAG an die Bezirke FSt 123, 382
- Belastungsausgleich nach Art. 5 AGSG FSt 123, 382
- Finanzausgleich 2015: Tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Finanzausgleichsleistungen FSt 124, 382

Finanzen, öffentliche

- Die vorläufigen Steuerkraftzahlen 2015 GK 16, 28
- Ermittlung der Steuerkraftzahlen 2015 GK 16, 28
- Deutlicher Anstieg der Steuerkraft GK 16, 28
- Regionale Entwicklung GK 16, 29
- Steuerschätzung November 2014 GK 17, 35
- Erwartetes Steueraufkommen 2014 mit 2019 in Mrd. € GK 17, 36
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden GK 17, 37
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen GK 17, 39
- Statistisches Bundesamt: Erstmals Zahlen zu integrierten Schulden in Kommunen GK 23, 51
- Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht: Meldepflicht von Kommunen nach der Europäischen Derivate-Verordnung „EMIR“ GK 32, 73

- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2013 GK 68, 169
- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) und der Verbände mit kommunalen Aufgaben am 31.12.2013 im Vergleich zum Schuldenstand des Bundes GK 68, 169
- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr 2013 GK 68, 170
- Vierzehnte Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung Gemeindefinanzreformgesetz vom 20.4.2015 GK 131, 336
- Steuerschätzung Mai 2015 GK 132, 337
- Erwartetes Steueraufkommen 2015 mit 2019 in Mrd. € GK 132, 339
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden GK 132, 340
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen GK 132, 342
- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2013 GK 140, 361
- Die Gemeindefinanzen in Bayern im Jahr 2014; Ergebnis der vierteljährlichen Kassenstatistik GK 226, 530
- Moderates Wirtschaftswachstum im Jahr 2014 GK 226, 530
- 2014 wiederum positiver Finanzierungssaldo GK 226, 531
- Weiterer Anstieg bei den kommunalen Steuereinnahmen GK 226, 531
- Deutliche Zunahmen beim Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer und bei der Gewerbesteuer GK 226, 531
- Steuereinnahmen – Übersicht GK 226, 532
- Leichter Anstieg bei den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb GK 226, 532
- Höhere Zuweisungen sowie gestiegene Bezirks- und Kreisumlage GK 226, 532
- Personalausgaben weiter gestiegen GK 226, 533
- Höhere Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke GK 226, 533
- Solidarumlage ab 2008 entfallen – Staat übernimmt Netto-Solidarumlage GK 226, 533
- Erneute Zunahme der Ausgaben für soziale Leistungen GK 226, 534
- Anstieg bei den Bauausgaben GK 226, 534
- Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2013 und 2014 GK 227, 535
- Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2013 und 2014 GK 228, 536
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2014 nach Gemeindegrößeklassen GK 229, 537

- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern
2014 nach Gemeindegrößenklassen GK 230, 538

Fischerei

- Bek des StMELF vom 23.3.2015 – Änderung
der Fischereiabgaberrichtlinie GK 123, 312

Fremdenverkehrsbeitrag

- Ein Steuerberater kann von Behörden im
Widerspruchsverfahren in Angelegenheiten des
Fremdenverkehrsbeitrags als Bevollmächtigter
zurückgewiesen werden, weil ihm insoweit
Rechtsdienstleistungen nicht erlaubt sind
GK 62, 145
- Der Steuerberater kann die Zurückweisung als
Vertreter im Widerspruchsverfahren entweder
im Einzelfall mit Anfechtungsklage oder bei
genereller Zurückweisung mit einer Feststel-
lungsklage angreifen GK 62, 145
- § 80 Abs. 5 Abgabenordnung (AO) kann in
entsprechender Anwendung Rechtsgrundlage
für die Zurückweisung des Steuerberaters als
Vertreter im Widerspruchsverfahren sein
GK 62, 146
- Durch die geschäftsmäßige Vertretung in
Widerspruchsverfahren gegen einen Fremden-
verkehrsbeitrag verstößt der Steuerberater
gegen § 3 RDG GK 62, 147
- Keine eingeschränkte (teilweise) Vertretungs-
befugnis des Steuerberaters im Widerspruchs-
verfahren, wenn allein die Höhe der Frem-
denverkehrsbeiträge, insbesondere der zu-
grunde zu legende Vorteilssatz, streitig ist
GK 62, 151

G

Gaststätten

- Widerruf einer Gaststättenerlaubnis wegen
Hygienemängeln FSt 11, 37
- Zum Widerruf nach jahrelangen wiederholten
Beanstandungen FSt 11, 37
- Ein „Großputz“ nur wegen einer erwarteten
Nachkontrolle ist zu wenig FSt 11, 38
- Zur Bedeutung des Verbrauchsdatums FSt 11, 38
- Sofortvollzug derartiger Eingriffe in die
Berufsausübung nur zum Schutz wichtiger
Gemeinschaftsgüter FSt 11, 39

Gasversorgung

- Neue Musterkonzessionsverträge Strom und
Gas GK 99, 257

- Kündigung eines Gaslieferungsvertrages durch
den Vermieter und Weiterbezug von Gas durch
den Mieter; Schadensersatz des Vermieters
GK 100, 258
- Zur konkludenten Kündigung und zum Neu-
abschluss eines Gaslieferungsvertrages bei
Weiterbezug von Gas GK 100, 258
- Schadensersatzanspruch wegen Mitverschul-
dens bei unterlassener Sperrung der Gaszufuhr
GK 100, 259
- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für
das Jahr 2015 GK 109, 280
- Neuer Leitfaden für die Vergabe von Wege-
rechten für Strom- und Gasnetze GK 154, 399

Gebühren

- Keine Kostenfreiheit für behördliche Aus-
künfte, die von einem Notar eingeholt werden
GK 106, 267

GEMA

- Musiknutzung: Neue GEMA-Tarife ab 1.1.2015
FSt 142, 428

Gemeindebeamte

- Beamtenrechtliches Streikverbot beansprucht
weiterhin Geltung; Gesetzgeber muss die Kollis-
sion mit der Europäischen Menschenrechts-
konvention auflösen FSt 3, 7
- Betriebliches Eingliederungsmanagement/
Dienstunfähigkeit bei Beamten FSt 29, 80
- Voraussetzungen einer rechtmäßigen Auffor-
derung an einen Beamten, sich amtsärztlich
untersuchen zu lassen FSt 59, 169
- Bei einer Untersuchungsaufforderung müssen
die Zweifel an der Dienstfähigkeit und Art
und Umfang der Untersuchung ausreichend
begründet werden FSt 59, 170
- Privatärztliche Stellungnahmen sind durch den
Dienstherrn vor einer Untersuchungsaufforde-
rung zu prüfen FSt 59, 171
- Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes,
des Bayerischen Besoldungsgesetzes, des Lei-
stungslaufbahngesetzes und des Bayerischen
Beamtenversorgungsgesetzes FSt 121, 364
- Datenschutz beim besonderen Auswahlverfah-
ren für die Einstellung eines Beamten
FSt 173, 535
- Besetzung einer Beamtenstelle: Anforderungs-
profil; dienstliche Beurteilung; systematisierte
Personalauswahlgespräche FSt 207, 644
- Gesetz zur weiteren Verbesserung der Arbeits-
bedingungen und der Vereinbarkeit von Fami-
lie und Beruf im öffentlichen Dienst in Bayern
FSt 253, 801

- Aufhebung des Verbots, Altersteilzeit im Blockmodell und Antragsruhestand zu kombinieren FSt 253, 802
- Weitere Flexibilisierung der Freistellungsmöglichkeit gemäß Art. 88 Abs. 4 BayBG FSt 253, 803
- Weitere familienpolitische Beurlaubung nach Art. 89 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 2 BayBG FSt 253, 803
- Übergangsregelung für Beamte, die sich bereits in der Freistellungsphase der Altersteilzeit befinden FSt 253, 803
- Berücksichtigung von Pflegezeiten im Rahmen der beruflichen Entwicklung (Änderung des LfBG) FSt 253, 803
- Fiktive Laufbahnnachzeichnung, insbesondere bei familienpolitischer Beurlaubung FSt 253, 804
- Anrechnung und Berücksichtigung der Dienstzeiten FSt 253, 805
- Besoldung bei begrenzter Dienstfähigkeit (Änderung des BayBesG) FSt 253, 805
- Bek des StMFLH vom 10.11.2014 – Vollzug der Verordnung über die Dienstwohnungen der Beamten (Dienstwohnungsvollzugsbekanntmachung – VollzBekDWV) GK 21, 48
- Urlaubsanspruch/Urlaubsabgeltungsanspruch bei Tod des Beamten GK 27, 67
- Bek des StMFLH vom 22.7.2015 – Vierte Änderung der Verwaltungsvorschriften zum Beamtenrecht GK 184, 456
- Ergänzende Fürsorgeleistung (Ballungsraumzulage); Änderungen für Beamte ab 1.3.2015 GK 205, 499

Gemeinden

- Dienstvereinbarung – Schriftform und Bekanntgabe FSt 13, 40
- Befassungs- und Beschlusskompetenz mit dem internationalen Freihandelsabkommen TTIP FSt 182, 573

Gemeingebrauch

- Benutzung eines öffentlichen Feld- und Waldwegs zu Freizeit- und Erholungszwecken in geringem Umfang als Gemeingebrauch FSt 156, 477

Gemeinnützigkeit

- Billigkeitsmaßnahmen bei vorübergehender Unterbringung von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern GK 45, 99

Gewerbeordnung

- Widerruf einer Makler- und Bauträgererlaubnis wegen einer strafrechtlichen Verurteilung FSt 155, 471

- Mindestanforderungen an die Nachholung einer unterbliebenen Anhörung durch Schriftwechsel FSt 155, 472
- Anknüpfung des Widerrufstatbestands allein an ein Strafurteil FSt 155, 473
- Eine Unzuverlässigkeitsvermutung in einem Strafbefehl steht der in einem Strafurteil gleich FSt 155, 474
- Bei der Prüfung der Unzuverlässigkeit nach § 34c Abs. 2 Nr. 1 Halbsatz 2 GewO ist auch eine Bewährungsstrafe eine Strafe im strafrechtlichen Sinn FSt 155, 475

Gewerberecht

- Gewerberechtliche Unzuverlässigkeit wegen wirtschaftlicher Leistungsunfähigkeit oder -unwilligkeit FSt 292, 916

Gewerbesteuer

- Befreiung gemeinnütziger Förderkörperschaften von der Körperschaft- und Gewerbesteuer GK 202, 494
- Kein Billigkeitserlass wegen Folgen der Mindestbesteuerung nach § 10a GewStG GK 210, 505

Gewerbesteuerumlage

- Verordnung zur Festsetzung der Erhöhungszahl für die Gewerbesteuerumlage nach § 6 Absatz 5 des Gemeindefinanzreformgesetzes im Jahr 2015 vom 9.3.2015 GK 94, 240
- Gewerbesteuerumlage 2015 GK 125, 314

Gewerbesteuerzerlegung

- Zerlegung des Gewerbesteuer (GewSt)-Messbetrags, wenn keine Arbeitslöhne i.S. des § 29 GewStG gezahlt werden GK 116, 293
- Anwendung des § 33 Abs. 1 GewStG, wenn keine Arbeitslöhne gezahlt werden GK 116, 295
- Ansatz eines praktisch sinnvollen Zerlegungsmaßstabs GK 116, 296
- Anwendung des § 33 Abs. 2 GewStG GK 116, 296

Gewerbeuntersagung

- Unzuverlässigkeit eines Bewachungsunternehmers wegen außergewerblicher Teilnahme an Provokationen als Mitglied eines Rockerclubs FSt 92, 270
- Erfordernis einer spezifischen Zuverlässigkeit für das Bewachungsgewerbe nach § 34a Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 GewO FSt 92, 271
- Gewerberechtliche Unzuverlässigkeit auf Grund außergewerblichen Verhaltens FSt 92, 272
- Privates Fehlverhalten als Mitglied und Funktionsträger eines Rockerclubs FSt 92, 273

- Gewerbeuntersagung und Insolvenzverfahren
FSt 107, 313
- Insolvenz unterbricht nicht den wegen einer Gewerbeuntersagung geführten Verwaltungsprozess
FSt 107, 314
- Voraussetzungen einer Gewerbeuntersagung
FSt 107, 314
- Zwei zusätzliche Voraussetzungen bei erweiterter Gewerbeuntersagung
FSt 107, 315

Glücksspiele

- Pokerturnier als Glücksspiel
FSt 69, 200

Grundsicherung

- Gemeinsame Einrichtung nach §§ 44b ff. SGB II; Neuregelung der Zuweisung von Personal in der Grundsicherung für Arbeitsuchende
FSt 18, 49
- Änderung der Regelbedarfe ab 1.1.2015
FSt 19, 51
- Keine Erstattungsfähigkeit von Kosten, die für Mitarbeiter eines Jobcenters für Gerichtsverfahren in ihrem Aufgabenkreis geltend gemacht werden
FSt 61, 180
- Allgemeines zur Tragung von Verfahrenskosten in Unterhaltsrechtsstreitigkeiten
FSt 61, 180
- Keine Entschädigung für vorgerichtlichen Personal- und Zeitaufwand
FSt 61, 181
- Keine Entschädigung für Verdienstaufschlag und Zeitversäumnis bei Teilnahme am Gerichtsverfahren
FSt 61, 181
- BVerfG zu Optionskommunen
FSt 170, 520
- Keine Leistung für erwerbslose Zuwanderer aus anderen EU-Staaten
FSt 197, 614
- Aufwendungen für einen Kabelanschluss
FSt 198, 616
- Aufwendungen für einen Kabelanschluss als Kosten der Unterkunft
FSt 198, 617
- Aufwendungen für einen Kabelanschluss als Teil der Regelleistung
FSt 198, 617
- Anspruch auf Erst- und Wiederausstattung einer Wohnung
FSt 268, 845
- Bewilligung der Erstausrüstung einer Wohnung
FSt 268, 845
- Voraussetzungen, unter denen eine erneute Ausstattung einer Erstausrüstung gleichsteht
FSt 268, 846
- Zum Vorliegen außergewöhnlicher, von außen einwirkender Umstände, die eine erneute Wohnungsausstattung rechtfertigen
FSt 268, 847
- Mietvertraglich geschuldete Wohnungs-Rückbaukosten können Teil der Umzugskosten sein
FSt 284, 887

- Verordnung zur Festlegung der Höhe der Sonderentlastung von Kommunen mit besonderen Herausforderungen aus dem Zuzug aus anderen EU-Mitgliedstaaten über die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung für das Jahr 2014 (Sonderbundesbeteiligungs-Festlegungsverordnung 2014 – SBBFestV 2014) vom 9.12.2014
GK 31, 71
- Verordnung zur Festlegung der der Revision unterliegenden Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung für das Jahr 2015 (Bundesbeteiligungs-Festlegungsverordnung 2015 – BBFestV 2015) vom 23.7.2015
GK 197, 480

Grundsteuer

- Erlass bei Ertragsminderung, Vertretenmüssen bei Vermietung an gewerblichen Zwischenmieter zu nicht marktgerechtem Mietzins
GK 70, 177
- Ein Steuerpflichtiger hat eine Ertragsminderung nicht zu vertreten, wenn sie auf Umständen außerhalb seines Einflussbereichs beruht
GK 70, 178
- Es ist durch Auslegung zu ermitteln, welche Umstände ein Steuerpflichtiger zu vertreten hat
GK 70, 179
- Ist die Ertragsminderung leerstandsbedingt, hat sie der Steuerpflichtige nicht zu vertreten, wenn er sich nachhaltig um eine Vermietung zu marktgerechtem Mietzins bemüht
GK 70, 179
- Der Anspruch auf Erlass steht allein dem Steuerschuldner zu
GK 70, 180
- Wer eine Ertragsminderung durch Vertragsgestaltung mit fester Laufzeit, nicht marktgerechtem Mietzins, keinem Kündigungsrecht und fehlender Partizipation bei Weitervermietungs-gewinnen selbst herbeiführt, hat diese zu vertreten
GK 70, 180
- Die Grundstückseigentümerin kann sich Bemühungen der Hauptmieterin zur Untervermietung nicht zurechnen lassen
GK 70, 181
- Ein Grundsteuererlass kann auch im Falle eines – hier nicht vorliegenden – strukturellen Leerstands in Betracht kommen, wenn der Steuerschuldner die Ertragsminderung nicht zu vertreten hat
GK 70, 182
- Grundsteuer in der Zwangsverwaltung – Abgrenzung laufender Beträge der öffentlichen Lasten von Rückständen
GK 105, 265
- Unzutreffende Bezeichnung des Steuerschuldners; Doppelzahlung; Erstattungsanspruch
GK 117, 297

- Lässt sich bei einem Abgabenbescheid mit unzutreffender Schuldnerbezeichnung durch Auslegung nach dem objektiven Erklärungsgehalt des Bescheids bestimmen, wer Inhabers des Bescheids ist, so kann sich die Behörde nicht darauf berufen, dass sie den eigenen Bescheid anders verstanden hat GK 117, 298
- Eine Behörde kann sich nicht darauf berufen, dass der Bescheidsempfänger einer erkennbaren Falschbezeichnung jahrelang nicht entgegengetreten ist GK 117, 299
- Der Insolvenzverwalter einer Tochtergesellschaft des Steuerpflichtigen ist für Zahlungen an diesen nicht empfangszuständig GK 117, 300
- Wer eine Abgabe für denselben Veranlagungszeitraum zweimal leistet, hat gegenüber dem Steuergläubiger einen Erstattungsanspruch GK 117, 300

Grundstückskaufvertrag

- Umfang einer Vollmacht einer Stadt als Käuferin zur Vertretung des privaten Verkäufers bei der Messungsanerkennung FSt 31, 83
- Zum Anwendungsbereich des § 181 BGB (Insichgeschäft) bei Doppelvertretung FSt 31, 85
- Mängelbeseitigungspflicht des Grundstücksverkäufers; Unverhältnismäßigkeit der Mängelbeseitigungskosten FSt 110, 323
- Stellen sich die zur Mängelbeseitigung erforderlichen Kosten als unverhältnismäßig dar, so kann der Käufer von dem Verkäufer nur Ersatz des mangelbedingten Minderwerts der Sache verlangen FSt 110, 324
- Anhaltspunkt für die Unverhältnismäßigkeit von Mängelbeseitigungskosten ist, wenn diese entweder den Verkehrswert des Grundstücks in mangelfreiem Zustand oder 200 % des mangelbedingten Minderwerts überstiegen FSt 110, 325

H

Haushaltswesen

- Konsolidierter Jahresabschluss nach Art. 102a GO, Art. 88a LKrO und Art. 84a BezO – Grundsätzliches; Bestandteile und erstmalige Aufstellung GK 1, 1
- Konsolidierter Jahresabschluss nach Art. 102a GO, Art. 88a LKrO und Art. 84a BezO – Informationsrecht der Kommune und Mitwirkungspflicht der nachgeordneten Aufgabenträger; Abgrenzung des Konsolidierungskreises GK 15, 25

- Informationsrecht der Kommunen und Mitwirkungspflicht der nachgeordneten Aufgabenträger GK 15, 25
- Abgrenzung des Konsolidierungskreises GK 15, 26
- Konsolidierter Jahresabschluss nach Art. 102a GO, Art. 88a LKrO und Art. 84a BezO – Schritte zur Erstellung des konsolidierten Jahresabschlusses; Aufstellungsfrist und weitere Behandlung GK 22, 49
- Reform des kommunalen Haushaltsrechts; Hinweise des StMI zur doppelten kommunalen Buchführung GK 149, 385
- Konsolidierter Jahresabschluss GK 149, 385
- Ersatzbewertung von bebauten Grundstücken und Infrastrukturvermögen im Zuge der Eröffnungsbilanz GK 149, 385

HOAI

- § 6 Abs. 2 HOAI 2009 ist unwirksam FSt 49, 139
- § 6 Abs. 2 HOAI 2009 ist von der gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage in Art. 10 §§ 1 und 2 MRVG nicht gedeckt FSt 49, 140
- Eine Baukostenvereinbarung der Parteien ist wirksam, wenn sie sicherstellt, dass das Honorar im Rahmen der Mindest- und Höchstsätze liegt FSt 49, 143
- Die Überwachung von Mängelbeseitigungsleistungen im Rahmen einer Ersatzvornahme ist keine besonders zu vergütende Leistung des Architekten FSt 127, 392
- Auskunft über die Höhe der anrechenbaren Kosten, Mindestsatzunterschreitung, Bindung an die Honorarvereinbarung FSt 152, 460
- Der lediglich mit Teilleistungen beauftragte Architekt kann vom Auftraggeber Auskunft über die Höhe der anrechenbaren Kosten verlangen FSt 152, 461
- Eine Honorarvereinbarung unter den Mindestsätzen der HOAI ist unwirksam, der Architekt kann auf eine Mindestsatzabrechnung nicht wirksam verzichten FSt 152, 461
- Ausnahmsweise Bindung des Architekten an eine unwirksame Honorarvereinbarung FSt 152, 462
- Der Auftraggeber muss die Bieter auf Minderungsmöglichkeiten beim Honorar hinweisen FSt 153, 463
- Welche Fassung der Honorarordnung ist bei stufenweiser Beauftragung anzuwenden? FSt 200, 622
- Zustandekommen des Vertrages bei stufenweiser Auftragserteilung FSt 200, 623

- Entscheidend für den Vertragsabschluss der jeweiligen Stufe ist der Zeitpunkt der Beauftragung der Leistungen, nicht der Zeitpunkt einer vorab getroffenen Honorarvereinbarung
FSt 200, 624
- Bei stufenweiser Beauftragung ist eine im Ausgangsvertrag getroffene Honorarvereinbarung darauf zu überprüfen, ob sie die Mindestsätze der neuen HOAI einhält
FSt 200, 625

Hochwasserschutz

- Widerspruch zwischen einer Hochwasserschutzplanung und einem Bebauungsplan
FSt 10, 34
- Zu den möglichen Rechtsfolgen eines Verfahrens mangels im Planfeststellungsverfahren
FSt 10, 34
- Bestimmtheitsmangel infolge Fehlens des Grundstücksverzeichnisses, der auch nicht der Präklusion unterliegt
FSt 10, 35
- Zur Annahme einer überörtlichen Planung durch Bebauungsplan
FSt 10, 35
- Zur Annahme einer nur örtlichen Planung durch Bebauungsplan
FSt 10, 36
- Kostenvorschüsse auf Gewässerausbaubeiträge für Hochwasserschutzmaßnahmen
FSt 140, 421
- Bedenken gegen die Anwendung der Übergangsvorschrift des Art. 81 BayWG 2010 als Zuständigkeitsregelung
FSt 140, 422
- Die Regelung über die sachliche Zuständigkeit der Gemeinde enthält zugleich eine Regelung der Anspruchsgrundlage
FSt 140, 423
- Materielle Bedenken wegen eines fehlenden Abgabetatbestands
FSt 140, 424

Hunde

- Anordnungen zur Hundehaltung bei konkreter Gefahr nach Beißvorfall mit einem anderen Hund
FSt 250, 783

Hundesteuer

- Eine Kampfhundesteuer, die einem faktischen Verbot der Haltung solcher Hunde gleichkommt („erdrosselnde Wirkung“), kann nicht auf die Steuerkompetenz der Gemeinde für örtliche Aufwandsteuern gestützt werden
GK 85, 217
- Eine Gemeinde darf für sogenannte Kampfhunde einen erhöhten Steuersatz festsetzen
GK 85, 218
- Eine Gemeinde darf auch diejenigen Hunde höher besteuern, für die ein sogenanntes Negativattest (§ 1 Abs. 1 und 2 KampfhundeVO) vorliegt
GK 85, 218

- Ein Steuersatz in der Höhe von 2.000 € für Kampfhunde ist unzulässig; er ist ersichtlich darauf angelegt, die Haltung von jeder Art von Kampfhunden praktisch unmöglich zu machen („erdrosselnde Wirkung“)
GK 85, 219

I

Immissionsschutz

- Geflügelmast kontra Schweinemast – Bedeutung der Geruchsimmissionsrichtlinie
FSt 39, 111
 - Die Geruchsimmissionsrichtlinie (GIRL) enthält in Verbindung mit den hierzu ergangenen Auslegungshinweisen keine verbindlichen starren Grenzwerte
FSt 39, 112
 - Die Geruchsimmissionsrichtlinie selbst ermöglicht Ausnahmen
FSt 39, 113
 - Die „Schicksalsgemeinschaft“ geruchsemittierender Betriebe
FSt 39, 114
 - Immissionsschutz an einem Pflegeheim (hier: beim Bau einer U-Bahn)
FSt 116, 339
 - Zum Baulärmschutz an einem Pflegeheim
FSt 116, 340
 - Zur Korrektur der Rechtsprechung des VGH zu den „Eingreifwerten“
FSt 116, 341
 - Zur Berücksichtigung der Vorbelastung beim Baulärmschutz
FSt 116, 342
 - Das Gewicht einer Lärmvorbelastung kann nicht allein normativ oder rechnerisch beurteilt werden, sondern nur in wertender Betrachtung
FSt 116, 343
 - Zum Vergleich von Schienenverkehrs- und Straßenverkehrslärm einerseits und Baulärm andererseits
FSt 116, 344
 - Befürchtete Kommunikationsstörungen erfordern keine gesonderte Betrachtung
FSt 116, 345
 - Bauschuttrecyclinganlage: Anordnung einer Sicherheitsleistung für die Zeit nach der Betriebseinstellung
FSt 225, 702
 - § 17 Abs. 4a Satz 1 BImSchG (Gestellung einer Sicherheit) dient der Vermeidung von Vermögensnachteilen der öffentlichen Hand
FSt 225, 702
 - Zur Belassung des Materials am Ort als weniger belastende Maßnahme
FSt 225, 703
- ## Innenbereich
- Einfügen eines Bauvorhabens nach dem Maß der baulichen Nutzung: Verhältnis des Gebäudes zur umliegenden Freifläche
FSt 63, 187

J

Jahresrechnungsstatistik

- Die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 2013 für Bayern GK 171, 433
- Verhaltenes Wirtschaftswachstum im Jahr 2013 GK 171, 433
- Kommunale Einnahmen und Ausgaben gestiegen GK 171, 433
- Zuführungen vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt insgesamt wieder gestiegen GK 171, 434
- Tilgung höher als die Neuaufnahme von Krediten GK 171, 435
- Anstieg bei den kommunalen Investitionen GK 171, 435
- Kreisangehörige Gemeinden erneut Spitzenreiter bei den Bauausgaben GK 171, 436
- Personalausgaben wiederum gestiegen GK 171, 436
- Umlagebelastung gewachsen GK 171, 437
- Solidarumlage ab 2008 entfallen, dafür anderweitige Mitfinanzierung der Deutschen Einheit GK 171, 438
- Sozialausgaben leicht gestiegen GK 171, 438
- Zunahme bei den kommunalen Steuereinnahmen GK 171, 439
- Deutlicher Anstieg bei der Gewerbesteuer GK 171, 440
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und Grundsteuereinnahmen moderat höher GK 171, 440
- Die Ist-Einnahmen des Gesamthaushalts im Haushaltsjahr 2013 nach Aufgabenbereichen GK 172, 441
- Die Ist-Ausgaben des Gesamthaushalts im Haushaltsjahr 2013 nach Aufgabenbereichen GK 173, 442
- Die Ist-Einnahmen des Verwaltungshaushalts im Haushaltsjahr 2013 nach Arten GK 174, 443
- Die Ist-Ausgaben des Verwaltungshaushalts im Haushaltsjahr 2013 nach Arten GK 175, 444
- Personalausgaben im Haushaltsjahr 2013 nach Einzelplänen bzw. Gruppen und Untergruppen GK 176, 446
- Die Ist-Einnahmen des Vermögenshaushalts im Haushaltsjahr 2013 nach Arten GK 177, 447
- Die Ist-Ausgaben des Vermögenshaushalts im Haushaltsjahr 2013 nach Arten GK 178, 448
- Die Ausgaben für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2013 gegliedert nach Aufgabebereichen GK 179, 449
- Steuereinnahmen, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen im Haushaltsjahr 2013 GK 180, 450

Jubiläumswendung

- Der Anspruch des Beschäftigten auf ein Jubiläumsgeld „bei Vollendung“ einer bestimmten Beschäftigungszeit setzt nicht voraus, dass das Arbeitsverhältnis über diesen Zeitpunkt hinaus fortbesteht GK 18, 42
- Die Vollendung einer bestimmten Beschäftigungszeit als Voraussetzung für Jubiläumsgeld muss in einem bestehenden Arbeitsverhältnis erreicht werden GK 18, 42
- Bei Fälligkeit des Jubiläumsgeldanspruches muss kein Arbeitsverhältnis mehr bestehen GK 18, 43

Jugendamt

- Unterhaltsrechtliche Informationspflichten des Jugendamtes bei Unterbringung eines Kindes in einer Pflegefamilie FSt 95, 280

Jugendhilfe

- Inobhutnahme minderjähriger Asylbewerber, die unbegleitet nach Deutschland eingereist sind FSt 187, 584
- Die Verpflichtung des Jugendamtes, unbegleitete Minderjährige nach § 42 Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 SGB VIII in Obhut zu nehmen, gilt ausnahmslos FSt 187, 584
- Keine Gefährdungsabschätzung vor Inobhutnahme, Pflicht zur Bestellung eines Vormunds FSt 187, 586
- Altersfeststellung bei Inobhutnahme, Umgang mit Zweifeln beim Alter FSt 187, 587
- Pflegegeld für Enkelkinder FSt 233, 732

K

Kanalisation

- Verordnung zur Änderung der Abwasserverordnung, des Abwasserabgabengesetzes und der Rohrfernleitungsverordnung FSt 38, 106
- Keine Verpflichtung der Gemeinde, einen Kanalschlussinhaber auf die Gefahr von Rückstauschäden hinzuweisen FSt 58, 168
- Keine gesetzliche Grundlage für eine in einer Entwässerungssatzung geregelte Kostentragungspflicht des Grundstückseigentümers für von der Gemeinde veranlasste Abwasseruntersuchungen; Betretungsrecht FSt 147, 441
- Kosten für (anlassunabhängige) Abwasseruntersuchungen FSt 266, 841
- Anforderungen an die Erhebung eines Verbesserungsbeitrags GK 44, 97
- Der Verbesserungsbeitrag beruht auf dem Grundsatz der Einmaligkeit der Beitrags-erhebung GK 44, 97

- Werden nicht nur Aufwendungen für den Verbesserungsaufwand, sondern auch für weiter entstandenen Herstellungsaufwand aufgenommen, ist die sogenannte Differenzrechnung nicht möglich GK 44, 98
- Herstellungsaufwand und Verbesserungsaufwand müssen dieselben Flächen betreffen GK 44, 99
- Herstellungsbeitrag für die Entwässerungseinrichtung: Anwendung des Vollgeschossmaßstabs grundsätzlich zulässig; von Art. 2 Abs. 2 BayBO abweichender Gebäudebegriff in Art. 5 Abs. 2 Satz 5 KAG nicht veranlasst GK 127, 320
- Der Vollgeschosßmaßstab ist grundsätzlich zulässig; er verstößt nicht gegen den Gleichheitssatz und bewegt sich innerhalb des Ermessens, das dem Satzungsgeber eingeräumt ist GK 127, 321
- Durch die Beitragshöhe indizierte besondere Härte; hier verneint GK 127, 322
- Der Gebäudebegriff bei der Abzugsregelung in Art. 5 Abs. 2 Satz 5 KAG deckt sich mit dem Gebäudebegriff in Art. 2 Abs. 2 BayBO GK 127, 322
- Für das Vordach eines beitragsfreien Gebäudes ist kein Abzug vorzunehmen GK 127, 323
- Werden auf dem Grundstück Änderungen vorgenommen, die zu einem geringeren Beitrag führen würden, wenn sie schon bei dessen Entstehung vorlägen, kommt es zu keiner Rückerstattung GK 127, 324
- Herstellungsbeitrag für die Entwässerungseinrichtung: Ermittlung des Geschossflächenbeitrags bei Festsetzung von Grundflächenzahl und maximaler Wandhöhe im Bebauungsplan GK 133, 346
- Ein nicht bestandskräftiger und aufgrund nichtiger Satzung rechtswidriger Bescheid kann durch wirksame neue Satzung rechtmäßig werden GK 133, 347
- Ein Beitragsmaßstab, der sich ergibt aus Multiplikation von Grundflächenzahl, Grundstücksfläche und Wandhöhe sowie anschließender Division durch den Faktor 8,0, ist zulässig; auf die tatsächliche Ausnutzung kommt es nicht an GK 133, 348
- Ob Stellplätze errichtet oder Dachgeschossausbauten vorgenommen werden, ist beim Beitragsmaßstab der „zulässigen Geschossfläche“ grundsätzlich unerheblich GK 133, 348
- Der Divisor 8,0 begegnet keinen rechtlichen Bedenken GK 133, 349
- Zur Verletzung des Grundsatzes der Einmaligkeit der Beitragserhebung; hier verneint GK 133, 349

- Niederschlagswassergebühr; keine Privilegierung landwirtschaftlicher Grundstücke GK 188, 463
- Nachträgliches Satzungsrecht zur Nichterhebung eines Grundstücksflächenbeitrags bei fehlendem Einleitungsrecht für Niederschlagswasser rechtfertigt keine Wiederaufnahme des Verfahrens GK 200, 484
- Wird nachträglich in die Satzung aufgenommen, dass für Grundstücke, von denen kein Niederschlagswasser eingeleitet werden darf, der Grundstücksflächenbeitrag nicht erhoben wird, rechtfertigt dies keine Wiederaufnahme nach Art. 51 Abs. 1 Nr. 1 BayVwVG GK 200, 484
- Art. 48 und Art. 51 Abs. 5 BayVwVfG sind bei Herstellungsbeiträgen für eine Entwässerungseinrichtung nicht anwendbar GK 200, 486
- Ein Billigkeitserlass kann nicht auf § 131 AO gestützt werden; bestandskräftige Abgabefestsetzungen können im Billigkeitswege nur ausnahmsweise überprüft werden GK 200, 486

Katastrophenschutz

- Externe Notfallpläne: Änderung des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes FSt 179, 556
- Zwei-Jahres-Frist: Art. 3a Abs. 1 Satz 1 BayKSG n.F. FSt 179, 557
- Übermittlungspflichten: Art. 3a Abs. 1 Satz 2 BayKSG a.F., Art. 3a Abs. 2 BayKSG n.F. FSt 179, 557
- Öffentlichkeitsbeteiligung bei wesentlichen Änderungen externer Notfallpläne: Art. 3a Abs. 5 Satz 1 BayKSG n.F. FSt 179, 558
- Stärkung der Öffentlichkeitsbeteiligung: Art. 3a Abs. 5 Sätze 2, 5 und 6 BayKSG n.F. FSt 179, 559

Kindergärten, Kinderbetreuung

- Eingruppierung der Leiterin einer Kindertagesstätte FSt 158, 480
- Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes vom 17.11.2014 GK 31, 71
- Bek des StMAS vom 18.11.2014 – Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Basiswertes gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 2 BayKiBiG GK 51, 120

Kindergeld

- Hemmung der Festsatzungsverjährung bei unrechtmäßigem Bezug von Kindergeld FSt 119, 360

- Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags vom 16.7.2015
GK 170, 432

Kommunale Unternehmen

- Steuerliche Anerkennung inkongruenter Gewinnausschüttungen
GK 75, 188
- Umsatzsteuerliche Behandlung eines weitergeleiteten Zuschusses zur Errichtung kommunaler Abwasserentsorgungsanlagen
GK 89, 233
- Abgrenzung von steuerbaren Leistungen und nicht steuerbaren Zuschüssen
GK 89, 233
- Ob der Zuschuss einer Pflichtaufgabe oder dem Nutzen der Allgemeinheit dient, ist unerheblich, wenn ein steuerbarer Leistungsaustausch gegeben ist
GK 89, 234
- Selbstständige Kommunalunternehmen des öffentlichen Rechts; dauernde Leistungsfähigkeit der Kommune als Voraussetzung für Gründung und Betrieb
GK 137, 358
- Veröffentlichung der aktuellen Taxonomien zur E-Bilanz
GK 217, 520

Kommunale Wahlbeamte

- Zur Ablehnung des Pflichtehrensolds bei ehrenamtlichen ersten Bürgermeistern wegen Unwürdigkeit
FSt 206, 641
- Anpassung von im KWBG enthaltenen Rahmensätzen, Grenz- und Höchstbeträgen ab 1.3.2015
GK 215, 517
- Rahmensätze der monatlichen Dienstaufwandsentschädigungen für Beamte auf Zeit ab 1.3.2015 (Anlage 2 zu Art. 46 Abs. 1 KWBG)
GK 215, 517
- Monatliche Entschädigungen für die ehrenamtlichen ersten Bürgermeister und Bürgermeisterinnen ab 1.3.2015 (Anlage 3 zu Art. 53 Abs. 2 KWBG)
GK 215, 518
- Jährliche Sonderzahlung nach Art. 55 KWBG
GK 215, 518
- Ehrensold nach Art. 60 Abs. 2 KWBG
GK 215, 518

Konzessionsabgabe

- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für das Jahr 2015
GK 109, 280
- Bekanntgabe der vorzeitigen Beendigung eines Konzessionsvertrages; § 46 Abs. 3 Satz 3 EnWG
GK 110, 283

Körperschaftsteuer

- Anwendungshinweise zur „kleinen Organisationsreform“
GK 55, 132
- Grundsatz für die Anwendung des § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Satz 4 KStG
GK 55, 133

- Änderung des fehlerhaften Datums in § 34 Abs. 10b Satz 2 KStG
GK 55, 133
- Verlustübernahmeregelung in § 17 Satz 2 Nr. 2 KStG; Anpassung von Alt-Gewinnabführungsverträgen, die keinen Verweis auf § 302 Abs. 4 AktG enthalten
GK 55, 134
- Anwendung des § 34 Abs. 10b Satz 4 KStG, wenn der Gewinnabführungsvertrag in seiner bisherigen Fassung bereits dem § 17 KStG a.F. entsprochen hat
GK 55, 135
- Befreiung gemeinnütziger Förderkörperschaften von der Körperschaft- und Gewerbesteuer
GK 202, 494
- Rückwirkende Anwendung des § 8 Abs. 7 KStG bei unzulässiger Zusammenfassung von Tätigkeiten in Eigengesellschaften
GK 213, 511

Krankenhäuser

- Pauschale Fördermittel nach Art. 12 BayKrG für die Jahre 2013 und 2014
FSt 259, 821
- Bek des StMGP vom 17.1.2015 – Sonderveröffentlichung – Vierzigste Fortschreibung des Krankenhausplans des Freistaates Bayern – Stand 1. Januar 2015
GK 77, 192
- GemBek des StMGP und des StMFLH vom 5.5.2015 – 41. Jahreskrankenhausbauprogramm 2015 des Freistaates Bayern
GK 131, 336

Krankenpflegekräfte

- Anspruch einer Krankenschwester, aus gesundheitlichen Gründen nicht für Nachtschichten eingeteilt zu werden
FSt 32, 86

Krankenversicherung

- Gesetz zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versorgungsstärkungsgesetz – GKV-VSG) vom 16.7.2015
GK 170, 432
- Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention (Präventionsgesetz – PräVg) vom 17.7.2015
GK 170, 432

Kreisumlage

- Die Kreisumlagen für das Haushaltsjahr 2014
GK 33, 74
- Umlagekraft der kreisangehörigen Gemeinden
GK 33, 74
- Umlagekraft und Umlagesoll der Landkreise nach Regierungsbezirken in Bayern im Haushaltsjahr 2014
GK 34, 77
- Grenz- und Durchschnittswerte in den Regierungsbezirken in Bayern 2014
GK 35, 78
- Umlagesätze in Bayern im Jahr 2014
GK 36, 79

Kündigung

- Zur Anhörung bei Verdachtskündigung
FSt 47, 131
- Kandidaten für das Amt des Wahlvorstands einer Betriebsratswahl können keine besonderen (Kündigungs-)Schutzvorschriften in Anspruch nehmen
FSt 215, 679
- Ordentliche Kündigung wegen falscher eidesstaatlicher Versicherung; Eingreifen des Sonderkündigungsschutzes nach § 85 SGB IX
FSt 228, 720
- Betriebliches Eingliederungsmanagement (bEM) bei häufigen Kurzerkrankungen vor ordentlicher Kündigung
FSt 232, 731
- Betriebsbedingte Kündigung bei Vergabe von Hausmeister Tätigkeiten an ein Drittunternehmen
FSt 241, 759

L

Landesstraf- und Verordnungsgesetz

- Umgang der Gemeinde mit sog. Rechts(rock)-konzerten und vergleichbaren Veranstaltungen – Leitfaden des StMI
FSt 239, 747
- Informationsgewinnung und Abstimmung mit anderen Stellen
FSt 239, 747
- Sonderfall: Nutzung kommunaler Einrichtungen für ein Rechts(rock)konzert
FSt 239, 755
- Verbot des Haltens von Pferden
FSt 251, 790
- Ein Verbot, Pferde zu halten und die Verpflichtung, die gehaltenen Pferde abzugeben, können grundsätzlich auf Art. 7 Abs. 2 Nr. 3 LStVG gestützt werden
FSt 251, 790
- Ein Verbot des Haltens von Pferden kommt nur dann in Betracht, wenn die Behörde zuvor erfolgversprechende mildere Maßnahmen ergriffen und versucht hat, diese durchzusetzen
FSt 251, 791
- Untersagung des Fütterns von Tauben
FSt 263, 830

Landschaftsbau

- Empfehlungen zu Baumpflanzungen
GK 169, 430

Landschaftspflege

- Änderung der Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien – LNPR
FSt 129, 395

Lärmschutz

- Lärmbeeinträchtigung durch Gastronomie bei Flohmarkt
FSt 212, 667
- Auch der Eigentümer einer vermieteten Wohnung genießt Lärmschutz
FSt 212, 668

- Besondere Bedeutung individueller bauplanungsrechtlicher Festsetzungen für den Schutz Dritter vor Lärm
FSt 212, 668
- Anwendbarkeit der TA Lärm auf Freischankflächen?
FSt 212, 669
- Rechtsfigur der „sehr seltenen Ereignisse“
FSt 212, 670
- Vorläufiger Rechtsschutz: Lärm durch Windkraftanlage unterhalb der Relevanzschwelle; Zusatz- und Vorbelastung?
FSt 260, 822
- Vorläufiger Rechtsschutz gegen die von einer Windkraftanlage ausgehende Gefahr von Eiswurf und Eisfall; Lärmvorbelastung des Immissionsortes
FSt 289, 904
- Lärmvorbelastung nicht relevant, wenn der Immissionsort außerhalb des Einwirkungsbereichs einer zu genehmigenden Anlage liegt
FSt 289, 907
- Lärm durch Bolzplatz
FSt 290, 908
- Störenden Lärm durch eine bestimmungswidrige Nutzung eines Spielplatzes hat dessen Betreiber nur ausnahmsweise zu verantworten
FSt 290, 910

Lichtsignalanlage

- Hinweise für die Lichtsignalsteuerung in Straßennetzen (H LiS), Ausgabe 2014
GK 119, 303

Lohnfortzahlung

- Arbeitsunfähigkeit und Vorsorgekur
GK 63, 152

Lohnsteuer

- Regelungsgehalt einer Lohnsteueranrufungsauskunft
GK 39, 88
- Lohnsteuer-Nachschau
GK 128, 324
- Zweck der LSt-Nachschau
GK 128, 325
- Durchführung der LSt-Nachschau
GK 128, 326
- Recht auf Datenzugriff
GK 128, 327
- Übergang zu einer LSt-Außenprüfung
GK 128, 327

M

Meldewesen

- Änderung des Bundesmeldegesetzes
FSt 78, 231
- Bayerisches Gesetz zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes
FSt 226, 707

Mietrecht

- Novellierung des Mietrechts zur Mietpreisbegrenzung
FSt 164, 497
- Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten
FSt 164, 497

- Verordnungsermächtigung für die Landesregierungen FSt 164, 499
- Weitere Inhalte der Gesetzesnovelle FSt 164, 500
- Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung FSt 164, 500
- Mietpreisbremse für 144 bayerische Kommunen FSt 220, 689
- Während des laufenden Mietverhältnisses darf der Vermieter eine Mietsicherheit wegen streitiger Forderungen gegen den Mieter nicht verwerten GK 20, 47
- Zulässige Bildberichterstattung über das Mieterfest einer Wohnungsbaugenossenschaft in der an ihre Mieter gerichteten Informationsbroschüre GK 121, 306
- Der Vermieter darf keine unnötigen Nebenkosten verursachen, das Aufbringen einer Wärmedämmung schuldet er nicht GK 130, 335
- Kann ein Mieter einem anderen das Rauchen auf dem Balkon verbieten? Welche rechtlichen Möglichkeiten hat der Vermieter? GK 157, 404
- Zum Verhältnis der Mieter untereinander GK 157, 404
- Zu den Möglichkeiten des Vermieters, das Rauchen zu regulieren GK 157, 405
- Umlage von Warmwasserkosten bei hohem Wohnungsleerstand GK 167, 424
- Gesetzliche Grundlagen der Abrechnung für Heizung und Warmwasser GK 167, 425
- Es bleibt auch bei hohen Leerständen grundsätzlich bei der von der Heizkostenverordnung vorgegebenen verbrauchsabhängigen Abrechnung GK 167, 425
- Unzuträglichkeiten in der Abrechnung aufgrund eines hohen Leerstands ist im Einzelfall Rechnung zu tragen GK 167, 426
- Instandsetzung/Modernisierung; Zulässigkeit mehrerer Mieterhöhungen bei trennbaren Modernisierungsmaßnahmen GK 183, 454
- Werden mit einer Modernisierungsmaßnahme fällige Instandsetzungsmaßnahmen erspart, kann der auf die Instandsetzung entfallende Kostenanteil nicht auf den Wohnraummieter umgelegt werden GK 183, 454
- Mehrere Mieterhöhungsverlangen bei trennbaren Modernisierungsmaßnahmen GK 183, 456
- Mietpreisbremseverordnung – Änderung der Wohnungsgebieteverordnung vom 14.7.2015 GK 184, 456
- Die entgeltliche Überlassung einer über eine Internetplattform angebotenen Mietwohnung an Touristen kann die fristlose Kündigung des Mietverhältnisses rechtfertigen GK 196, 478
- Änderung der Rechtsprechung zu Formular Klauseln bei Schönheitsreparaturen GK 207, 501

- § 7 Abs. 1 Satz 3 HeizkostenV ist verfassungskonform GK 237, 551

N

Nachbarschaft

- Mieter ist kein baurechtlicher Nachbar; auch kein Nachbarschutz aus dem Aarhus-Abkommen, dem Umweltrechtsbehelfsgesetz und der UVP-Richtlinie FSt 175, 539
- Der Mieter kann sich wegen der Geltendmachung baurechtlicher Abwehransprüche an den Vermieter halten; daneben stehen ihm eigenständige immissionsschutzrechtliche Ansprüche zu FSt 175, 541

Namensrecht

- „Waldmeister“ als unzulässiger Vorname FSt 68, 198

Naturschutz

- Nochmals: Verordnung über die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft (Bayerische Kompensationsverordnung – Bay-KompV): Vollzugshinweise zur Anwendung der Acker- und Grünlandzahlen sowie zur Produktionsintegrierten Kompensation FSt 131, 398
- Das mit Bußgeld belegte Verbot des Fahrens oder Parkens in freier Natur (Art. 57 Abs. 4 Nr. 3 BayNatSchG) ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden FSt 203, 629
- Zur Einbeziehung des Parkens in die Bußgeldbewehrung FSt 203, 633
- Art. 57 Abs. 4 Nr. 3 BayNatSchG verletzt nicht das Grundrecht auf Eigentum (Art. 103 Abs. 1 BV) FSt 203, 633
- Art. 57 Abs. 4 Nr. 3 BayNatSchG verletzt nicht das Grundrecht auf Handlungsfreiheit (Art. 101 BV) FSt 203, 634

Nebentätigkeit

- Änderung der Bayerischen Nebentätigkeitsverordnung (BayNV) und der Kommunalen Wahlbeamten-Nebentätigkeitsverordnung FSt 98, 287

P

Parkplätze

- Kein Anspruch auf Entfernen von Metallbügeln zur Verhinderung des Parkens auf Straßenbegleitgrün FSt 293, 918

Personalakten

- Recht auf Einsicht in Personalakte bei beendetem Arbeitsverhältnis – nicht durch bevollmächtigten Rechtsanwalt **FSt 12, 40**

Personalkosten

- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für kommunale Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ab 1.3.2015 **GK 88, 226**
- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Büroarbeitsplatzes für „ehemalige Angestellte“ ab 1.3.2015 **GK 88, 229**
- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst ab 1.3.2015 **GK 88, 230**
- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten für „ehemalige Arbeiter“ ab 1.3.2015 **GK 88, 231**
- Arbeitsplatzkosten für Arbeiter und Nicht-Büroarbeitsplätze im Angestelltenbereich **GK 88, 232**
- Durchschnittliche Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Teilzeitkräfte **GK 88, 232**
- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beamte ab dem 1.3.2015 **GK 195, 472**

Personalvertretung

- Befristeter Arbeitsvertrag mit Betriebsratsmitglied **FSt 42, 120**
- Anspruch einer Personalvertretung auf abredegemäße Durchführung einer zwischen ihr und der Dienststelle geschlossenen Dienstvereinbarung bezüglich der Anrechnung von Fehlzeiten wegen Arztbesuchen auf die Arbeitszeit **FSt 60, 172**
- Regelungen zur Ausgestaltung des Entgeltfortzahlungsanspruchs sind keine Arbeitszeitregelungen i.S. des Mitbestimmungstatbestands des Art. 75 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BayPVG; sie können nicht in einer Dienstvereinbarung getroffen werden **FSt 60, 177**
- Regelungen zu Voraussetzungen und Umfang eines Entgeltfortzahlungsanspruchs verstoßen gegen den in Art. 73 Abs. 1 Satz 1 BayPVG normierten Vorrang des Gesetzes oder des Tarifvertrags und sind daher unwirksam **FSt 60, 179**
- Hinzuziehung eines Sachverständigen durch den Betriebsrat **FSt 145, 439**
- Kandidaten für das Amt des Wahlvorstands einer Betriebsratswahl können keine besonderen (Kündigungs-)Schutzvorschriften in Anspruch nehmen **FSt 215, 679**

Pfändung

- Der Pfändungsschutz für sonstige Einkünfte erfasst alle eigenständig erwirtschafteten Einkünfte **GK 114, 289**
- Bezieht ein Altersrentner Einnahmen aus einer selbstständigen Tätigkeit, können diese auf seinen Antrag bis zur Hälfte pfandfrei gestellt werden **GK 161, 409**
- Die Schutzvorschrift des § 850a Nr. 1 ZPO kommt bei Selbstständigen regelmäßig nicht zur Anwendung **GK 161, 409**
- Bei Altersrentnern kann jedoch eine hälftige Pfandfreistellung überobligatorischer Einnahmen in Betracht kommen **GK 161, 411**
- Wertende Entscheidung erforderlich, ob und wie Pfändungsschutzvorschriften anzuwenden sind **GK 161, 411**
- Übertrag von Guthaben auf einem Pfändungsschutzkonto (P-Konto) in den übernächsten Monat **GK 185, 457**
- Nochmals: Allgemeines zum P-Konto **GK 185, 457**
- Die Möglichkeit, Guthaben nach Maßgabe des § 850k Abs. 1 Satz 3 ZPO pfändungsfrei in den Folgemonat zu übertragen, besteht auch für gesperrtes Guthaben i.S. von §§ 835 Abs. 4, 850k Abs. 1 Satz 2 ZPO **GK 185, 458**

Pflegeversicherung

- Stärkung der pflegerischen Versorgung durch erstes Pflegestärkungsgesetz **FSt 101, 298**

Praktikanten

- Verlängerung bzw. Neufassung verschiedener Richtlinien der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) **GK 54, 131**
- Neufassung der Praktikanten-Richtlinien der VKA **GK 54, 132**

Preisindex

- Der Verbraucherpreisindex im September 2014 **GK 13, 23**
- Der Verbraucherpreisindex im Oktober 2014 **GK 30, 70**
- Der Verbraucherpreisindex im November 2014 **GK 49, 118**
- Der Verbraucherpreisindex im gesamten Jahr 2014 und im Dezember 2014 **GK 59, 141**
- Der Verbraucherpreisindex im Januar 2015 **GK 93, 239**
- Der Verbraucherpreisindex im Februar 2015 **GK 103, 263**
- Der Verbraucherpreisindex im März 2015 **GK 111, 286**

- Der Verbraucherpreisindex im April 2015
GK 147, 383
- Der Verbraucherpreisindex im Mai 2015
GK 159, 407
- Der Verbraucherpreisindex im Juni 2015
GK 208, 503
- Der Verbraucherpreisindex im Juli 2015
GK 223, 527
- Der Verbraucherpreisindex im August 2015
GK 238, 551

R

Realsteuern

- Die vorläufigen Realsteuerhebesätze im Haushaltsjahr 2014
GK 24, 52
- Endgültige Realsteuerhebesätze für das Jahr 2014
GK 95, 241

Rechnungswesen

- Leitfaden Elektronische Rechnung in der öffentlichen Verwaltung
GK 52, 121

Reisekosten

- Ergänzendes BMF-Schreiben zur Reform des steuerlichen Reisekostenrechts ab 1.1.2014
GK 71, 183

Rentenversicherung

- Grundsatz der Versicherungspflicht gilt auch bei Zweitbeschäftigung eines Beamten; hier: als ehrenamtlicher Bürgermeister
FSt 5, 14
- Bei der Entscheidung über die Erstreckung der Gewährleistung nach § 5 Abs. 1 Satz 1 SGB VI besteht Ermessen
FSt 5, 14
- Gesetzliche Direktiven, die das Ermessen bei der Entscheidung nach § 5 Abs. 1 Satz 1 SGB VI leiten
FSt 5, 15
- Ablehnung der Gewährleistungserstreckung – insbesondere wegen Fehlens des öffentlichen Interesses
FSt 5, 16
- Versicherungspflicht in der Rentenversicherung bei Zweitbeschäftigung eines Beamten verstößt nicht gegen Art. 3 Abs. 1 und Art. 2 Abs. 1 GG
FSt 5, 17
- Verordnung zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte zum 1. Juli 2015 (Rentenwertbestimmungsverordnung 2015 – RWBestV 2015) vom 12.6.2015
GK 139, 360

Rückforderung

- Widerruf einer Förderung wegen eines „schweren Vergaberechtsverstößes“; Grundsatz der Fachlosvergabe; Beauftragung eines Generalunternehmers
GK 3, 5
- Die Vorschriften zur Losteilung bei öffentlichen Aufträgen dienen nicht nur einer effektiven Verwendung öffentlicher Mittel, sondern auch der Mittelstandsförderung
GK 3, 5
- Um vom Regelfall einer Vergabe nach Fachlosen abweichen zu können, müssen einzelfallbezogene und objektiv nachprüfbare Gründe vorliegen
GK 3, 6
- Ohne eine vorherige zumindest summarische Wirtschaftlichkeitsberechnung kann nicht angenommen werden, dass sich durch die Vergabe an einen Generalunternehmer niedrigere Gesamtkosten erreichen lassen
GK 3, 6
- Beengte Platzverhältnisse können nicht als Grund für die Vergabe des Auftrags an einen Generalunternehmer angegeben werden, wenn dieser zur Auftrags Erfüllung in erheblichem Umfang auf Nachunternehmer angewiesen ist
GK 3, 7

Ruhestand

- Kein Konkurrenzverbot für Ruhestandsbeamte (§ 41 BeamtStG)
FSt 133, 400

Rundfunk

- Verfassungsmäßigkeit des Rundfunkbeitrags
FSt 37, 105

S

Sachbezugswerte

- Sachbezugswerte für freie oder verbilligte Mahlzeiten sowie Bewertung der Personalunterkünfte ab 1.1.2015
GK 6, 11

Schadensersatz

- Schadensersatz und Entschädigung nach § 15 AGG; Form und Frist für die Geltendmachung von Ansprüchen – Anwendbarkeit des § 167 ZPO
FSt 46, 129
- BGH erneut zu Beratungspflichten einer Bank bei Abschluss von Zinssatz-Swap-Verträgen
GK 150, 386

Schlüsselzuweisungen

- Schlüsselzuweisungen für 2015
GK 78, 193
- Gemeindegemeinschaftszuweisungen
GK 78, 195
- Landkreisschlüsselzuweisungen
GK 78, 195

- Gemeinde- und Landkreissschlüsselzuweisungen je Einwohner und regionale Aufteilung
GK 78, 196
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2015 nach Größenklassen
GK 78, 196
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2015 nach Größenklassen
GK 78, 197
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2015 nach Regierungsbezirken
GK 78, 197
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2015 nach Regierungsbezirken
GK 78, 198
- Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und Landkreise für 2015 nach Regierungsbezirken
GK 78, 198
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2015
GK 78, 198

Schuldenstand

- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2013
GK 68, 169
- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) und der Verbände mit kommunalen Aufgaben am 31.12.2013 im Vergleich zum Schuldenstand des Bundes
GK 68, 169
- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr 2013
GK 68, 170

Schulen

- Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen
FSt 223, 697
- Ganztagsangebot an Mittelschulen: Art. 7a Abs. 1 Satz 3 BayEUG n.F.
FSt 223, 697
- Ganztagssprengel: Art. 32 Abs. 4 Satz 2 BayEUG n.F.
FSt 223, 697
- Schülerunterlagen: Art. 85 Abs. 1a BayEUG n.F.
FSt 223, 697
- Ordnungsmaßnahmen: Art. 86 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 BayEUG n.F.
FSt 223, 698
- Genehmigung von Ersatzschulen: Art. 92 Abs. 2 Nr. 2 BayEUG n.F.
FSt 223, 698
- Staatlich anerkannte Ersatzschulen; Stichtag zur Antragsstellung: Art. 100 Abs. 1 BayEUG n.F.
FSt 223, 699
- Umsatzsteuer: Behandlung der entgeltlichen Verpflegung von Lehrern und Schülern durch Schulfördervereine – Auswirkungen des Urteils des BFH vom 12.2.2009
GK 38, 83
- Schulfördervereine, für die eine Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 18 oder Nr. 23 UStG nicht in Betracht kommt
GK 38, 85

Schulfinanzierungsgesetz

- Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes
FSt 186, 581

- Schulaufwand: Aufhebung des Art. 3 Abs. 4 Satz 2 BaySchFG a.F.
FSt 186, 581
- Gastschulbeitragspauschalen: Art. 10 Abs. 3 BaySchFG n.F.
FSt 186, 582

Schwarzarbeit

- Dem Schwarzarbeiter steht weder ein Vergütungs- noch ein bereicherungsrechtlicher Anspruch gegen den Auftraggeber zu
FSt 7, 22
- Ein Verstoß gegen das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz führt zur Nichtigkeit des gesamten Vertrages und damit zum Verlust des Vergütungsanspruchs
FSt 7, 22
- Auch der Besteller erleidet im Fall von Schwarzarbeit erhebliche Nachteile
FSt 7, 26
- Auch aus § 951 BGB, Entschädigung wegen Rechtsverlusts, ergibt sich kein Anspruch des Schwarzarbeiters
FSt 7, 26

Skifahrten

- Zulässigkeit von Schneekanonen in einem Ski- gebiet; wasser- und naturschutzrechtliche Grundlagen
FSt 52, 146
- Befreiung von den Verboten zweier Landschaftsschutzverordnungen
FSt 52, 147
- Belange der Landes- und Regionalplanung
FSt 52, 148
- Behördliche Begründung des überwiegenden öffentlichen Interesses
FSt 52, 148
- Artenschutzrechtliche Ausnahme vom naturschutzrechtlichen Verbotstatbestand
FSt 52, 149
- Wasserrechtliche Beurteilung
FSt 52, 149

Sondernutzungserlaubnis

- Sondernutzungsrecht – Gedenkgottesdienst für Rudolf Heß
FSt 79, 233
- Keine schrankenlose Gewährung der Religionsfreiheit
FSt 79, 233
- Das Regime der Sondernutzungserlaubnis ist mit der Religionsfreiheit vereinbar
FSt 79, 234
- Ob es überhaupt einen Einmangottesdienst als Veranstaltung im Sinne des Sondernutzungsrechts geben kann, ist eine Frage des Einzelfalls
FSt 79, 234

Sozialgesetzbuch

- Fünftes Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (5. SGB IV-ÄndG) vom 15.4.2015
FSt 255, 809
- Beitragsrechtliche Behandlung von einmalig gezahltem Arbeitsentgelt
FSt 255, 809
- Änderungen bei den Melde-, Hinweis- und Aufbewahrungspflichten
FSt 255, 809
- Einführung einer assistierten Ausbildung
FSt 255, 812

Sozialhilfe

- Änderung der Regelbedarfe ab 1.1.2015
FSt **19**, 51
- Keine Rechtsgrundlage für Erhebung von Zinsen bei Gewährung von Sozialhilfe in Form eines Darlehens; Folgen bei geleisteter Zahlung
FSt **150**, 452
- Rücknahme der Zinsverfügung nach § 44 Abs. 2 Satz 2 SGB X und Zinsrückzahlung im Rahmen des Folgenbeseitigungsanspruchs nach § 131 Abs. 1 Satz 1 SGG
FSt **150**, 452
- Weder das Sozialhilferecht noch sonstiges Sozialrecht kodifizieren Zinsansprüche bei Darlehensgewährung
FSt **150**, 453
- Erstattungsanspruch als Folgebeseitigungsanspruch nach § 131 Abs. 1 Satz 1 SGG
FSt **150**, 456
- Mietvertraglich geschuldete Wohnungs-Rückbaukosten können Teil der Umzugskosten sein
FSt **284**, 887

Sozialversicherung

- Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2015 (Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2015) vom 1.12.2014
GK **31**, 71
- Fünftes Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (5. SGB IV-ÄndG) vom 15.4.2015
GK **113**, 288
- Künstlersozialabgabe-Verordnung 2016 vom 1.9.2015
GK **209**, 504

Sparkassen

- Der Abschluss und die Änderung von Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträgen, an denen eine bayerische Sparkasse als herrschendes Unternehmen beteiligt ist, bedürfen keiner Zustimmung des Trägers der Sparkasse
FSt **134**, 401

Spenden

- Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts – Spenden in das zu erhaltende Vermögen
GK **87**, 225
- Steuerliche Anerkennung von sog. Aufwands-spenden
GK **134**, 350

Sperrgebiet

- Trotz Legalisierung der Prostitution besteht die Befugnis der Länder weiter, durch Sperrgebietsverordnungen die Ausübung örtlich zu steuern
FSt **261**, 825
- Für den Erlass einer Sperrgebietsverordnung genügt die abstrakte Gefahr prostitutionsbedingter Beeinträchtigung von Schutzgütern
FSt **261**, 825

- Die Legalisierung der Prostitutionsausübung hindert nicht, sie örtlich zu beschränken
FSt **261**, 826

Spielhallen

- Glücksspielstaatsvertrag: Unzulässige Werbung für das Glücksspiel durch die äußere Gestaltung einer Spielhalle
FSt **26**, 70
- Zur Rechtsgrundlage für die Beseitigungsanordnung und ihre verschiedenen Fallgruppen
FSt **26**, 71
- Zum Tatbestandsmerkmal „zusätzlicher Anreiz für den Spielbetrieb“
FSt **26**, 72
- Auch ein bloßes Firmenlogo kann ein Element unzulässiger werbender Gestaltung sein
FSt **26**, 73
- Beseitigung der unzulässigen Werbung bedeutet nicht zwangsläufig Beseitigung des Werbeträgers
FSt **26**, 74

Staatsangehörigkeit

- Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes
FSt **132**, 399
- Entscheidungen des VGH zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit
FSt **169**, 518

Städtebauförderung

- Mit der Städtebauförderung zu wiederbelebten Bahnhöfen; neue Arbeitshilfe Bahnhöfenkonversion der Obersten Baubehörde
GK **162**, 412

Statistik

- Statistisches Bundesamt: Erstmals Zahlen zu integrierten Schulden in Kommunen
GK **23**, 51
- Die Kreisumlagen für das Haushaltsjahr 2014
GK **33**, 74
- Umlagekraft der kreisangehörigen Gemeinden
GK **33**, 74
- Umlagekraft und Umlagesoll der Landkreise nach Regierungsbezirken in Bayern im Haushaltsjahr 2014
GK **34**, 77
- Grenz- und Durchschnittswerte in den Regierungsbezirken in Bayern 2014
GK **35**, 78
- Umlagesätze in Bayern im Jahr 2014
GK **36**, 79
- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2014
GK **37**, 79
- Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise
GK **37**, 80
- Entwicklung des Umlagesolls der Bezirke
GK **37**, 81
- Entwicklung der Bezirksumlagesätze
GK **37**, 82
- Tarifverdienste 2014 – Entwicklung der Indizes
GK **122**, 310

- Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2013 und 2014
GK 227, 535
- Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2013 und 2014
GK 228, 536
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2014 nach Gemeindegrößeklassen GK 229, 537
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2014 nach Gemeindegrößeklassen GK 230, 538

Steuereinnahmen

- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2013 GK 140, 361
- Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2013 GK 140, 363

Steuerkraftzahlen

- Die vorläufigen Steuerkraftzahlen 2015 GK 16, 28
- Ermittlung der Steuerkraftzahlen 2015 GK 16, 28
- Deutlicher Anstieg der Steuerkraft GK 16, 28
- Regionale Entwicklung GK 16, 29

Steuerrecht

- Übertragung von Vermögen (z.B. Grundstücke) auf Stiftungen; Schenkung nach § 7 Abs. 1 Nr. 8 ErbStG GK 5, 10
- Verordnung zur Änderung steuerlicher Verordnungen und weiterer Vorschriften vom 22.12.2014 GK 43, 95
- Steuerrechtliche Änderungen: Betriebsveranstaltungen; private Nutzung von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten durch ehrenamtlich tätige Personen; Erdgaslieferungen GK 72, 183
- Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) GK 142, 369
- Steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Hilfe für Flüchtlinge GK 211, 506

Straßen

- Richtlinien für die Benutzung der Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes (Nutzungsrichtlinien) FSt 8, 27
- Richtlinien für die Anlage von Straßen; Teil: Entwässerung – RAS-Ew, Ausgabe 2005, Änderung und ergänzende Hinweise FSt 177, 549
- Nochmals: Artenschutz in der Straßenplanung FSt 180, 559
- Klassifizierung einer Straße als Staatsstraße FSt 227, 714

- Rechtliche Grundlagen der Klassifizierung FSt 227, 714
- Bedeutung der Lage der Staatsstraße im Verkehrsnetz FSt 227, 715
- Einfluss planerischer Vorstellungen des Straßenbaulastträgers FSt 227, 716
- Kein maßgeblicher Einfluss der Quantität des von der Straße aufgenommenen Verkehrs FSt 227, 716
- Unerheblichkeit des Verlaufs nur auf dem Gebiet zweier Landkreise FSt 227, 716
- Überwiegen des örtlichen Verkehrs nicht maßgeblich FSt 227, 717
- Bestandskraft der Widmung von Bundesstraßen, die mit der strittigen Staatsstraße ein Verkehrsnetz bilden FSt 227, 718
- Planrechtfertigung des Vorhabens FSt 227, 719
- Raumordnung und Landesplanung FSt 227, 719

Straßen- und Wegegesetz

- Verwirkung eines Klagerechts gegen eine Eintragung in ein straßenrechtliches Bestandsverzeichnis FSt 192, 597
- Die Verwirkung enthält ein Zeit- und ein Umstandsmoment FSt 192, 597
- Bedeutung des Umstandsmoments im Rahmen der Verwirkung FSt 192, 598
- Überaus lange Untätigkeit im konkreten Fall FSt 192, 598
- Einwendungen gegen die Verwirkung FSt 192, 599
- Bedeutung des § 76 VwGO a.F. FSt 192, 599

Straßenausbaubeitrag

- Straßenausbaubeitrag: Anzahl der Vollgeschosse bei einem (Getreide-)Siloturm FSt 100, 294
- Anforderungen an die Beitragsabstufung FSt 100, 295
- Grundsätze für die Anwendung einer Satzungsbestimmung für die fiktive, auf der Höhe des Bauwerks basierende Ermittlung der Geschosshöhe FSt 100, 295
- Gewerbezuschlag für kulturelle Nutzung GK 141, 367
- Technischer Bauabschnitt und Abrechnungsabschnitt GK 163, 413
- Der Wille, den Ausbauaufwand für einen Abrechnungsabschnitt zu ermitteln und zu verteilen, muss von der Gemeinde deutlich und unmissverständlich bekundet werden GK 163, 413
- Der Beschluss, eine Straßenbaumaßnahme in mehreren „Bauabschnitten“ durchzuführen, enthält keine Willensbekundung zur abschnittweisen Abrechnung GK 163, 414

- Keine Abschnittsbildung zwischen Hauptstraße und unselbstständiger Stichstraße
GK 181, 451
- Eine Abschnittsbildung setzt ein konkretes Bauprogramm für die Fortführung des Ausbaus an der Reststrecke voraus und darf nicht willkürlich sein
GK 181, 451
- Eine Abschnittsbildung zwischen einem Hauptstraßenzug und einer 63 m langen unselbstständigen Stichstraße ist unzulässig
GK 181, 452

Straßenbau

- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen – Asphaltbauweisen (ZTV BEA-StB 09/13)
FSt 24, 65
- Merkblatt über die Verwendung von Hausmüllverbrennungssache im Straßenbau (M HMVA) Ausgabe 2014
FSt 51, 146
- Anweisung Straßeninformationsbank, Segment Bauwerksdaten ASB-ING, Ausgabe 2013
FSt 66, 192
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Entwässerungseinrichtungen im Straßenbau, Ausgabe 2014 (ZTV Ew-StB 14)
FSt 106, 313
- Fortschreibung der Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten (ZTV-ING – Ausgabe Dezember 2014)
FSt 201, 626
- Berücksichtigung der Verkehrssicherheit bei Neu-, Um- und Ausbaumaßnahmen sowie bei größeren Erhaltungsmaßnahmen; Anwendung der „Empfehlungen für das Sicherheitsaudit von Straßen (E SAS)“
FSt 276, 877
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau, Ausgabe 2004/Fassung 2007 (ZTV SoB-StB 04), Änderungen 2014
GK 9, 16
- Technische Lieferbedingungen für Baustoffgemische und Böden zur Herstellung von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau, Ausgabe 2004/Fassung 2007 (TL SoB-StB 04), Änderung 2014
GK 10, 18
- Technische Lieferbedingungen für Baustoffe und Baustoffgemische für Tragschichten mit hydraulischen Bindemitteln und Fahrbahndecken aus Beton, Ausgabe 2007, Änderung/Ergänzung 2014 TL Beton-StB 07
GK 41, 94
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fahrzeug-Rückhaltesysteme (ZTV FRS 13)
GK 48, 116
- Merkblatt über die Verwendung von Boden ohne und mit Fremdbestandteilen im Straßenbau (M BomF)
GK 138, 359

- Technische Liefer- und Prüfbedingungen für transportable Warnschwellen (TLP-Warnschwellen 2014)
GK 166, 423
- Konstruktion und Einsatz der Warnschwellen
GK 166, 423
- Empfehlungen für die landschaftspflegerische Ausführung im Straßenbau (ELA) Ausgabe 2013
GK 220, 523
- Übersicht über die verschiedenen Regelungen der Landschaftspflege im Straßenbau
GK 220, 523

Straßenbaulast

- Übergang dinglicher Belastungen beim Wechsel der Straßenbaulast
FSt 275, 873

Straßenbeleuchtung

- Nochmals: Straßenbeleuchtung ist nicht von Stromsteuer entlastet
GK 86, 223

Straßenunterhaltung

- Vogelschutz im Straßenunterhalt
FSt 190, 595

Straßenverkehr

- Radwegbenutzungspflicht
FSt 214, 675
- Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung (VwV-StVO) ist für Behörden, nicht aber für Gerichte bindend
FSt 214, 676
- Besondere örtliche Verhältnisse, die die Anordnung einer Radwegbenutzungspflicht rechtfertigen, können insbesondere bei einer deutlich überdurchschnittlichen Verkehrsbelastung, bei einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h und beim Vorhandensein eines Bussonderstreifens vorliegen
FSt 214, 676
- Eine Abweichung von den Mindestanforderungen der VwV-StVO an die Beschaffenheit eines Radwegs kommt dann in Betracht, wenn die Mitbenutzung der Fahrbahn durch Radfahrer zu einer Gefährdungssituation führen würde, die auch mit Blick auf den Ausbauzustand des Radwegs nicht hinnehmbar ist
FSt 214, 677
- Die grundsätzlichen Voraussetzungen für die Anordnung einer Radwegbenutzungspflicht sind in der Rechtsprechung geklärt
FSt 214, 678
- Bewohnerparkausweis „Wechselnde Kennzeichen“; prozessuale Fragen
FSt 240, 756
- Eine restriktive Handhabung der Erteilung von Bewohnerparkausweisen für wechselnde Kennzeichen durch eine Behörde ist schon deshalb gerechtfertigt, weil ein möglicher Missbrauch durch Weitergabe an Nichtberechtigte auf der Hand liegt
FSt 240, 759

Straßenverkehrsordnung

- Ausnahmegenehmigung zum Befahren eines beschränkt öffentlichen Wegs FSt **252**, 796
- Die Gewährung einer straßenverkehrsrechtlichen Ausnahmegenehmigung i.S. von § 46 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 StVO steht im pflichtgemäßen Ermessen der Behörde FSt **252**, 796
- Bei einer Ausnahmegenehmigung muss es sich grundsätzlich um eine besonders dringliche Ausnahmesituation handeln FSt **252**, 797
- Eine Verkürzung einer Fahrtstrecke und eine damit verbundene Kostenersparnis stellen keine dringliche Ausnahmesituation dar FSt **252**, 798
- Bei schmalen Straßen ist die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung unzweckmäßig FSt **252**, 798
- Der Anspruch auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung ergibt sich auch nicht daraus, dass ein größerer Kreis von Verkehrsteilnehmern ein Interesse an ihrer Erteilung hätte FSt **252**, 799
- Ausreichende Ermessenserwägungen einer Behörde im streitgegenständlichen Bescheid FSt **252**, 799
- Eine illegale straßenverkehrsrechtliche Nutzung ist von der zuständigen Behörde regelmäßig zu unterbinden, ggf. durch Inanspruchnahme der Polizei FSt **252**, 800
- Eine straßenrechtliche Sondernutzungserlaubnis für einen beschränkt-öffentlichen Weg ist nicht von der Konzentrationswirkung einer straßenverkehrsrechtlichen Ausnahmegenehmigung umfasst FSt **252**, 800

Stromversorgung

- Neue Musterkonzessionsverträge Strom und Gas GK **99**, 257
- Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Photovoltaik- und KWK-Anlagen GK **107**, 270
- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für das Jahr 2015 GK **109**, 280
- Bekanntgabe der vorzeitigen Beendigung eines Konzessionsvertrages; § 46 Abs. 3 Satz 3 EnWG GK **110**, 283
- Die Systematik von § 46 Abs. 3 Satz 3 EnWG verlangt die öffentliche Bekanntmachung der vorzeitigen Beendigung eines Konzessionsvertrages im Bundesanzeiger GK **110**, 283
- Auch der Zweck von § 46 Abs. 3 Satz 3 EnWG spricht für eine öffentliche Bekanntmachung im Bundesanzeiger GK **110**, 284
- Ein Verstoß gegen die Bekanntmachungsvorschrift des § 46 Abs. 3 Satz 3 EnWG führt i.d.R. zur Nichtigkeit des Konzessionsvertrages GK **110**, 285

- Eine nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 KAV unzulässige Nebenleistung führt im Regelfall nicht zur Nichtigkeit des Konzessionsvertrages GK **144**, 373
- (Un-)Zulässigkeit einer Energiekonzessionsklausel GK **144**, 373
- (Un-)Zulässigkeit der Unterstützung der Gemeinde bei der Eigenenergieerzeugung GK **144**, 375
- § 3 Abs. 2 Nr. 1 KAV ist eine Bestimmung des Preisrechts GK **144**, 376
- Schutzzweck von § 3 Abs. 1 Nr. 1 KAV GK **144**, 377
- Gesamtnichtigkeit eines Konzessionsvertrages nach § 139 BGB; hier nicht festgestellt GK **144**, 377
- Gesamtnichtigkeit eines Konzessionsvertrages zum Schutz der Mitbewerber GK **144**, 378
- Neuer Leitfaden für die Vergabe von Wegerechten für Strom- und Gasnetze GK **154**, 399

T

Tarifverträge

- Arbeitnehmerüberlassungsgesetz: TVöD und TV-Ärzte/VKA als Abweichungstarifvertrag FSt **16**, 45
- TVöD: Bezahlte Freistellung wegen Pflege erkrankter Kinder FSt **81**, 240
- Tarifabschluss 2014 im öffentlichen Dienst: Dynamisierung der Erschwerniszuschläge GK **7**, 13
- Tarifabschluss 2014 im öffentlichen Dienst – Erhöhung der tariflichen Entgelte ab 1.3.2015 GK **46**, 101
- Tarifabschluss für Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern zum 1.12.2014 und 1.12.2015 GK **129**, 329
- Änderung des Tabellenentgelts GK **129**, 330
- Einsatzzuschlag im Rettungsdienst GK **129**, 333
- Besitzstandszulage für kinderbezogene Entgeltbestandteile GK **129**, 333
- Erhöhung des Bereitschaftsdienstentgelts GK **129**, 333
- Bemessungsgrundlage für die Entgeltfortzahlung GK **129**, 334
- Erholungsurlaub GK **129**, 334
- Arbeitsmarktzulage – Neuer Beschluss des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Bayern e.V. vom 24.3.2015 GK **136**, 357

Teilzeitarbeit

- Teilzeitarbeit wegen Kinderbetreuung – Verteilung der reduzierten Arbeitszeit FSt **283**, 884

Telekommunikation

- Hinweise für die Anwendung des Trenching-Verfahrens bei der Verlegung von Glasfaserkabeln in Verkehrsflächen in Asphaltbauweise (H Trenching) GK 57, 137

Tiefbau

- Empfehlungen für die Planung und Ausführung von lärmtechnisch optimierten Asphaltdeckschichten aus AC D LOA und SMA LA (E LAD) GK 66, 167
- Richtzeichnungen für Ingenieurbauten (RiZ-ING); Fortschreibung Dezember 2013 GK 90, 235
- Merkblatt für den Entwurf und die Bemessung von Stütz- und Lärmschutzkonstruktionen aus Betonelementen, Blockschichtungen oder GK 101, 260
- Merkblatt für Flächenbefestigungen mit Pflasterdecken und Plattenbelägen in ungebundener Ausführung sowie für Einfassungen (M FP) GK 155, 400

Tierhaltung

- Umgang mit Wildtieren, insbesondere Reptilien FSt 40, 115
- Haltung gefährlicher Tiere: Die neue Vollzugsbekanntmachung (VollzBek) zu Art. 37 LStVG FSt 117, 350
- Neuordnung der Vorgaben zur Haltung gefährlicher Tiere FSt 117, 351
- Haltereigenschaft FSt 117, 351
- Gefährliche Tiere wildlebender Arten FSt 117, 351
- Kampfhunde FSt 117, 352
- Ist das konkrete Tier ein Kampfhund oder ein gefährliches Tier wildlebender Art, so braucht der Halter eine Erlaubnis FSt 117, 356

U

Umsatzsteuer

- Unternehmereigenschaft einer Gemeinde bei Verpachtung eines Schwimmbades unter Gewährung eines Zuschusses an den Pächter GK 26, 63
- Neuere höchstrichterliche Rechtsprechung beantwortet Frage der Unternehmerschaft GK 26, 65
- Behandlung der entgeltlichen Verpflegung von Lehrern und Schülern durch Schulfördervereine – Auswirkungen des Urteils des BFH vom 12.2.2009 GK 38, 83

- Auswirkungen des BFH-Urteils vom 12.2.2009 (BSTBl II 2009, 677) GK 38, 83
- Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 23 UStG GK 38, 83
- Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 18 UStG GK 38, 85
- Schulfördervereine, für die eine Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 18 oder Nr. 23 UStG nicht in Betracht kommt GK 38, 85
- Zuschüsse der Kommunen an Schulfördervereine GK 38, 87
- Umsatzsteuerrechtliche Behandlung der Unterbringung von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern GK 80, 208
- Umsatzsteuerliche Behandlung eines weitergeleiteten Zuschusses zur Errichtung kommunaler Abwasserentsorgungsanlagen GK 89, 233
- Abgrenzung von steuerbaren Leistungen und nicht steuerbaren Zuschüssen GK 89, 233
- Ob der Zuschuss einer Pflichtaufgabe oder dem Nutzen der Allgemeinheit dient, ist unerheblich, wenn ein steuerbarer Leistungsaustausch gegeben ist GK 89, 234
- Ermäßigter Umsatzsteuersatz auf Eintrittsgelder für ein Dorffest GK 98, 253
- Richtlinienkonforme Auslegung von § 12 Abs. 2 Nr. 7 Buchst. d UStG und Gebot der Steuerneutralität GK 98, 254
- Der Begriff des Schaustellers ist tätigkeits- und nicht personenbezogen auszulegen GK 98, 254
- Leistungen i.S. des § 12 Abs. 2 Nr. 7 Buchst. d UStG setzen nicht voraus, dass die Leistungen von der Gemeinde selbst oder an ständig wechselnden Orten erbracht werden müssen GK 98, 255
- Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Photovoltaik- und KWK-Anlagen GK 107, 270
- Verpflegungsleistungen bei Beherbergungsumsätzen GK 118, 301
- Steuersatz auf Umsätze aus der Verabreichung von Heilbädern; Regelsteuersatz auf Saunaleistungen GK 165, 420
- Zusammenreffen von Schwimmbad- und Saunaleistungen GK 165, 421
- Leistungen der Heilbäder GK 165, 421
- Steuerfreiheit von Leistungen der Tagespflegepersonen GK 203, 497
- Baukostenerstattungen durch juristische Personen des öffentlichen Rechts, Baukostenerstattungen bei Kreuzungsanlagen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz und bei Umleitung von Versorgungsleitungen durch Versorgungsunternehmen GK 212, 510
- Begriff des Schwimmbades i.S. des § 12 Abs. 2 N. 9 UStG GK 231, 539

- Saunaleistungen in Schwimmbädern – Auswirkungen aufgrund der Änderung des Anwendungsbereiches des ermäßigten Steuersatzes bei Saunaleistungen GK 232, 540

Umweltverträglichkeitsprüfung

- Sprengungen im Steinbruch und Umweltverträglichkeit FSt 67, 194

Unfallversicherung

- Gesetzlicher Unfallschutz bei Rufbereitschaft – Abgrenzungsfragen FSt 163, 491
- Dienstliches Telefonieren bei Rufbereitschaft als versicherte Tätigkeit FSt 163, 491
- Spaziergehen während eines dienstlichen Telefonats lässt versicherte Tätigkeit nicht entfallen, da zumindest eine „gemischte Tätigkeit“ vorliegt FSt 163, 492
- Die Abgrenzung zwischen gemischten Tätigkeiten und gemischten Motivationslagen führt zu einer differenzierten Schwerpunktprüfung der Voraussetzungen eines Arbeitsunfalls FSt 163, 494
- Gesundheitsschaden muss „infolge“ der Verrichtung der versicherten Tätigkeit eintreten FSt 163, 495

Unterhaltsrecht

- Auch bei getrenntlebenden, verheirateten und gemeinsam sorgeberechtigten Eltern ist eine Vertretung des Kindes durch das Jugendamt als Beistand zur gerichtlichen Geltendmachung von Kindesunterhalt zulässig FSt 247, 775

Unterrichtswesen

- Das Verbot des Tragens eines gesichtsverhüllenden Schleiers im Unterricht verstößt nicht gegen die Religionsfreiheit FSt 9, 28
- Zur Beschränkung der Glaubensfreiheit durch das staatliche Bestimmungsrecht im Schulwesen im konkreten Fall FSt 9, 31
- Zur besonders gravierenden Intensität der Beeinträchtigung der Glaubensfreiheit FSt 9, 32
- Zur gesetzlichen Grundlage zur Einschränkung der freien Religionsausübung FSt 9, 33

Urlaub

- Gesetzlicher Urlaubsanspruch nach unbezahltem Sonderurlaub FSt 112, 331
- Arbeitgeberwechsel: Darlegungs- und Beweislast für nicht genommenen Urlaub – Änderung der Rechtsprechung FSt 246, 773
- Zusatzurlaub für Bereitschaftsdienste in den Nachtstunden FSt 294, 920

Urlaubsabgeltung

- Nochmals: Abgeltung krankheitsbedingt nicht in Anspruch genommenen Erholungsurlaubs; hier: Beamte GK 8, 13
- Auch bei Entlassung auf eigenen Antrag ist der nicht genommene Erholungsurlaub abzugelten GK 8, 14
- Für den Anspruch auf Abgeltung des nicht genommenen Schwerbehindertenzusatzurlaubs nach § 125 Abs. 1 Satz 1 SGB IX bietet das innerstaatliche Recht für Beamte keine Grundlage GK 8, 15
- Urlaubsanspruch/Urlaubsabgeltungsanspruch bei Tod des Beamten GK 27, 67
- Rechtliche Einordnung des EuGH-Urteils vom 12.6.2014 GK 27, 67
- Grundsätze für die Behandlung von Urlaubsabgeltungsansprüchen durch Hinterbliebene GK 27, 68

Urlaubsverordnung

- Änderung der Urlaubsverordnung FSt 254, 806
- Anspruch auf Elternzeit wird den Regelungen des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (BEEG) angepasst (§ 12 UrIV) FSt 254, 806
- Übergangsregelung für die vor dem 1.7.2015 geborenen Kinder (§ 24 a UrIV) FSt 254, 807
- Dienstbefreiung und Sonderurlaub zur Organisation oder zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Pflege (§ 16 Abs. 4 UrIV) FSt 254, 808
- Urlaubsdauer für Beamte auf Widerruf oder Probe im Vorbereitungsdienst sowie für Dienstanfänger FSt 254, 808

V

Veränderungssperre

- Nichtanrechnung der Geltungsdauer einer Zurückstellung eines Baugesuchs, wenn das Baugesuch vor Inkrafttreten einer Veränderungssperre zurückgenommen wurde FSt 248, 778

Vergabe öffentlicher Aufträge

- In-House-Vergaben erfordern eine umfassende Kontrolle des öffentlichen Auftraggebers über die beauftragte Einrichtung FSt 2, 4
- Die Mindeststundenentgelte eines Vergabelandes gelten nicht für einen Nachunternehmer, der in einem anderen Mitgliedstaat der EU tätig ist FSt 15, 43

- Vergabeverfahren auf der Grundlage der HOAI 2009 können seit 17.7.2013 nicht fortgesetzt werden; sie sind nach der HOAI 2013 neu auszuschreiben **FSt 22, 59**
- Nur nationale statt gebotener europaweiter Ausschreibung führt zur Nichtigkeit des Vertrages **FSt 28, 79**
- Zu Anträgen im Zusammenhang mit der Aufhebung eines Vergabeverfahrens **FSt 35, 98**
- Öffentliche Auftraggeber können in einem begonnenen Vergabeverfahren auch dann von einer Auftragsvergabe absehen, wenn dafür kein in den Vergabe- und Vertragsordnungen anerkannter Aufhebungsgrund vorliegt **FSt 35, 100**
- Mögliche Rechtsfolgen einer Aufhebung der Ausschreibung **FSt 35, 100**
- Ob ein schwerwiegender, die Aufhebung des Vergabeverfahrens rechtfertigender Grund vorliegt, ist aufgrund einer umfassenden Interessenabwägung zu entscheiden **FSt 35, 101**
- Erneute, unmittelbar aus dem EU-Recht resultierende Frist für die Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens **FSt 45, 126**
- Zur Frage, wann ein Vergabeverfahren wegen einer beträchtlichen Abweichung des Angebots von einer vertretbaren Kostenschätzung aufgehoben werden darf **FSt 50, 143**
- Grundlegendes zur Zulässigkeit, eine Ausschreibung aufzuheben **FSt 50, 144**
- Eine ganz beträchtliche Abweichung von der Kostenschätzung und ein unangemessen hoher Preis stehen einander bei der Wertung gleich **FSt 50, 144**
- Erkannte Ausschreibungsfehler sind gegenüber allen Bietern aufzuklären; zulässige Zurücksetzung des Vergabeverfahrens **FSt 64, 188**
- Änderungen des Bieters am Ausschreibungstext sind klar und unzweideutig vorzunehmen **FSt 65, 191**
- Projektsteuerung: Schätzung des Auftragswerts nach Kündigung; Vergabe im Verhandlungsverfahren **FSt 76, 221**
- Eignung, Bestätigung eines Referenzauftraggebers, Auswahlkriterien im Verhandlungsverfahren **FSt 84, 245**
- Preisprüfung bei unangemessenem Gesamtpreis **FSt 89, 266**
- Dem Auftraggeber steht für das Einleiten eines Preisprüfungsverfahrens (für die sog. Aufgreifschwelle) ein Entscheidungsspielraum zu **FSt 89, 266**
- Im Rahmen der Preisprüfung muss dem Bieter Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden **FSt 89, 267**
- Fallgestaltungen, bei denen ein Missverhältnis von Preis und Leistung nicht vorliegt **FSt 89, 267**
- Wiederholung eines Vergabeverfahrens; eventuelle Schadensersatzansprüche **FSt 104, 305**
- Das Vergaberecht verpflichtet die Vergabestelle nicht, Aufträge für Leistungen zu vergeben, die sie so nicht haben möchte **FSt 104, 306**
- Voraussetzungen von Schadensersatzansprüchen auf entgangenen Gewinn wegen Nichterteilung des Zuschlags **FSt 104, 307**
- Nachweis der Höhe des entgangenen Gewinns und zur Nichtanwendbarkeit des § 649 BGB **FSt 104, 308**
- Anspruch auf Ersatz des vergeblichen Aufwands für die Angebotsbearbeitung, wenn die Ausschreibung rechtswidrig aufgehoben wurde **FSt 104, 309**
- Offensichtliche, für den Auftraggeber erkennbare Unrichtigkeiten des Angebots dürfen korrigiert werden **FSt 114, 335**
- Werden zwei gleichwertige Fabrikate angeboten, kann im Aufklärungsgespräch festgelegt werden, welches Fabrikat eingebaut werden soll **FSt 114, 336**
- Unklarheiten in der Leistungsbeschreibung gehen nicht zu Lasten der Bieter **FSt 114, 337**
- Dem Auftraggeber ist es nicht gestattet, im Rahmen der Wertung Anforderungen in der Leistungsbeschreibung fallen zu lassen **FSt 120, 361**
- Grundsätzliches zum Verbot, die Vergabeunterlagen zu ändern **FSt 120, 361**
- Die Bieter können bei einer Änderung des Leistungsinhalts einen Anspruch darauf haben, ein neues Angebot abzugeben **FSt 120, 362**
- Ausschluss vom Vergabeverfahren wegen fehlender Erklärung **FSt 128, 394**
- Bietergemeinschaften sind grundsätzlich zulässig **FSt 135, 403**
- Der Bauherr darf den Bieter nicht an einem Preis festhalten, der auf einem erheblichen Kalkulationsirrtum beruht **FSt 189, 591**
- Die Beauftragung eines Bieters, dessen Angebot einen erheblichen Kalkulationsirrtum enthält, verletzt die in § 241 Abs. 2 BGB enthaltene Pflicht zur Rücksichtnahme auf die Rechte, Rechtsgüter und Interessen des Vertragspartners **FSt 189, 591**
- Inhalt der Rücksichtnahmepflicht aus § 241 Abs. 2 BGB **FSt 189, 592**
- Generelle Kriterien, wann ein Kalkulationsirrtum eine Auftragsvergabe ausschließt **FSt 189, 593**

- Voraussetzung, unter der ein Bieter im Einzelfall nicht an seinem Angebot festgehalten werden kann FSt **189**, 594
- Sektorenverordnung: Wer nicht am vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb teilnimmt, kann nicht zur Angebotsabgabe aufgefordert werden FSt **210**, 661
- Ein Interimsauftrag ist ein zusätzlicher Auftrag mit eigenständigem Auftragswert FSt **216**, 680
- Rechtsfolgen der Zurückversetzung eines Vergabeverfahrens FSt **222**, 693
- Grundsätzliche Bindung des Auftraggebers an eine bejahte Eignung eines Bieters FSt **222**, 694
- Die Zurückversetzung des Vergabeverfahrens dient dazu, festgestellte Fehler zu korrigieren FSt **222**, 695
- Die Zurückversetzung des Vergabeverfahrens gibt nicht das Recht, das Verfahren insgesamt neu zu gestalten FSt **222**, 696
- Eingangsvermerk, Typenfestlegung, Bietergemeinschaft, Leistungsveränderung, Lärmschutzwand als eigenes Fachlos FSt **244**, 765
- Eingangsvermerke sind mit dem Namenszug zu versehen FSt **244**, 765
- Verbindliche Typenfestlegung bei produktneutraler Ausschreibung FSt **244**, 766
- Nur die Bietergemeinschaft als solche, nicht ein einzelnes Mitglied kann einen Nachprüfungsantrag stellen FSt **244**, 767
- Vereinbaren Vergabestelle und Wettbewerbsgewinner vor oder nach der Auftragserteilung erhebliche Leistungsveränderungen, liegt eine unzulässige De-Facto-Vergabe vor FSt **244**, 768
- Lärmschutzwand als eigenes Fachlos FSt **244**, 769
- Übersicht zu Mindestentgeltregelungen aktualisiert FSt **265**, 840
- Produktbezogene Ausschreibung, Gleichwertigkeit mit dem Leitfabrikat, wirksame Rüge gegen Vergabeverstoß FSt **267**, 842
- Leistungsbestimmungsrecht und Dokumentationspflicht FSt **282**, 882
- Referenzen eines neu gegründeten Architekturbüros; Markteintrittshürde für Newcomer; Nachverhandlung; Nachforderung von Unterlagen FSt **286**, 894
- Beschleunigungsmöglichkeiten in Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten FSt **287**, 897
- Bek des StMI vom 23.10.2014 – Fortschreibung des Handbuchs für die Vergabe und Durchführung von Bauleistungen durch Behörden des Freistaates Bayern (Vergabehandbuch Bayern für Bauleistungen – VHB Bayern) GK **21**, 48

- Sektorenverordnung (SektVO): Unzulässige Einbeziehung einer Bietergemeinschaft in das Verhandlungsverfahren GK **60**, 143
- Bedeutung des Mindestlohngesetzes GK **102**, 262
- Bek des StMI vom 9.4.2015 – Fortschreibung des Vergabehandbuchs Bayern für Bauleistungen GK **123**, 312

Verjährung

- Beseitigungsansprüche aus einer Grunddienstbarkeit verjähren in 30 Jahren FSt **108**, 320
- Ein „Berliner Verbau“ unterliegt in der Regel nicht der fünf-, sondern der zweijährigen Gewährleistungsverjährung FSt **236**, 742
- Ein Berliner Verbau ist kein eigenständiges Bauwerk i.S. des § 634a Abs. 1 Nr. 2 BGB FSt **236**, 742
- Ein Berliner Verbau ist für ein anderes Bauwerk in der Regel nicht von wesentlicher Bedeutung FSt **236**, 743
- Unterbrechung der Zahlungsverjährung einer steuer- und abgabenrechtlichen Geldforderung durch eine EMA-Online-Anfrage GK **199**, 481
- Unterbrechung der fünfjährigen Zahlungsverjährung durch ‚Ermittlungen der Finanzbehörde nach dem Wohnsitz oder dem Aufenthaltsort des Zahlungspflichtigen‘ GK **199**, 482
- Anlass und Außenwirkung einer EMA-Online-Anfrage GK **199**, 483

Verkehr

- Kein Mitverschulden wegen Nichttragens eines Fahrradhelms bei nichtsportlicher Betätigung FSt **71**, 204

Verkehrssicherungspflicht

- Keine besonderen Schutzmaßnahmen bei Weichholzbäumen FSt **80**, 236
- Die Straßenverkehrssicherungspflicht erstreckt sich auf den Schutz vor Gefahren durch Bäume FSt **80**, 237
- Ein Astbruch, für den vorher keine besonderen Anzeichen bestanden, ist zunehmendes Lebensrisiko FSt **80**, 238
- Einzelne frühere Astbrüche bedingen nicht, dass deshalb über das übliche Maß hinausgehende verkehrssichernde Maßnahmen vorzunehmen wären FSt **80**, 239

Vermessung

- Gesetz zur Änderung des Vermessungs- und Katastergesetzes sowie weiterer Rechtsvorschriften vom 17.7.2015 GK **184**, 456

Versammlungsfreiheit

- Protestversammlung gegen eine Veranstaltung auf einem Friedhof FSt 143, 429
- Der Widmungszweck des Friedhofes allein kann den Schutzbereich des Art. 8 Abs. 1 GG nicht begrenzen; insofern kommt es vielmehr darauf an, inwieweit tatsächlich allgemeine Kommunikation eröffnet ist oder nicht FSt 143, 430
- Eingriffe in die Versammlungsfreiheit durch Verhängung von Bußgeldern bedürfen der eingehenden Rechtfertigung FSt 143, 431
- Rechtmäßigkeit einer Lärmschutzauflage bei Versammlungen FSt 291, 913
- Auch bei Polizeibeamten im Einsatz ist auf die Lärm- und Vibrations- Arbeitsschutzverordnung abzustellen FSt 291, 914
- Verhältnismäßigkeit einer Lautstärkenbeschränkung in Bezug auf die Außenkommunikation FSt 291, 914
- Zur Güterabwägung mit Rechten von Anwohnern und Gewerbetreibenden sowie zum Einsatz eines mildereren Mittels FSt 291, 915

Versorgung

- Nichtigkeit von Art. 85 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 BayBeamtBVG (Anrechnung von sonstigen Versorgungsleistungen) FSt 118, 360

Vertrag

- Nochmals: Lieferung und Installation einer Photovoltaikanlage – Kauf- oder Werkvertrag? FSt 97, 283
- Ob ein Kauf- oder ein Werkvertrag vorliegt, bestimmt sich nach dem Schwerpunkt der Leistung FSt 97, 284
- Die Anpassung an spezielle Wünsche des Bestellers kann für einen Werkvertrag sprechen FSt 97, 284
- Überwiegende Materialkosten und geringe statische Anforderungen sprechen für einen Kaufvertrag FSt 97, 285
- Steuerrechtliche Vorgaben legen den zivilrechtlichen Vertragstyp nicht zwingend fest FSt 97, 286
- Zum notwendigen Bauwerksbezug der Photovoltaikanlage als Voraussetzung, einen Werkvertrag anzunehmen FSt 97, 286

Verwaltungsgerichtsordnung

- Aussetzung eines Verpflichtungsklageverfahrens wegen vorgreiflichen Normenkontrollverfahrens FSt 96, 281

- Hängt der Ausgang eines Rechtsstreits von der Wirksamkeit einer mit einem Normenkontrollantrag angegriffenen Rechtsnorm ab, kann ihn das Verwaltungsgericht in entsprechender Anwendung des § 94 VwGO aussetzen FSt 96, 281
- Vorgreiflich kann auch ein Normenkontrollantrag gegen einen Bebauungsplan sein FSt 96, 282
- Hat der klagende Bauherr den Bebauungsplan mit dem Normenkontrollantrag angegriffen, ist die Aussetzung des Verpflichtungsklageverfahrens ihm gegenüber regelmäßig ermessensfehlerfrei FSt 96, 282

Verwaltungsverfahrensgesetz

- Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und anderer Rechtsvorschriften FSt 181, 561
- Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung: Art. 25 Abs. 3 BayVwVfG n.F. FSt 181, 562
- Öffentliche Bekanntmachung im Internet: Art. 27a BayVwVfG n.F. FSt 181, 565
- Verzinsung: Art. 49a Abs. 3 Satz 1 BayVwVfG n.F. FSt 181, 566
- Anhörungsverfahren: Art. 73 BayVwVfG n.F. FSt 181, 566
- Planfeststellungsbeschluss und Plangenehmigung: Art. 74 BayVwVfG n.F. FSt 181, 569
- Rechtswirkungen der Planfeststellung: Art. 75 BayVwVfG n.F. FSt 181, 571
- Übergangsregelungen: Art. 96a BayVwVfG n.F. FSt 181, 572
- Änderung des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes (LStVG): Art. 12 und 15 LStVG FSt 181, 572

VOB

- Ist der Austausch der Straßenbeleuchtung Bau- oder Lieferauftrag? FSt 167, 511
- Die Rechtsnatur eines typengemischten Vertrages bestimmt sich nach seinem Hauptgegenstand FSt 167, 512
- Ein Nebenangebot kann nur ausnahmsweise in ein Hauptangebot umgedeutet werden FSt 249, 780
- Zum Unterschied von Haupt- und Nebenangebot FSt 249, 780
- Zur Bedeutung von DIN-Toleranzen FSt 249, 782
- Ist Zuschlagskriterium ausschließlich der niedrigste Preis, sind Nebenangebote nicht wertbar FSt 249, 782
- Auswirkungen der Schlussrechnungsprüfung und der Schlusszahlung auf spätere Forderungen auf Preisanpassung FSt 257, 815

- Unwirksamkeit einer Regelung, wonach Abschlagsrechnungen im VOB-Vertrag zu weniger als 100 % zu bezahlen sind FSt **278**, 879
- Keine Pflicht der Vergabestelle, alle Angebote zu werten GK **19**, 45
- Die Vergabestelle kann sich auf das niedrigste Angebot konzentrieren, wenn der Preis das alleinige Zuschlagskriterium ist GK **19**, 45
- Ein Bieter kann sich in aller Regel nicht darauf berufen, dass der Preis eines Konkurrenten unangemessen niedrig sei GK **19**, 46
- Angebotsausschluss bei fehlender Nachunternehmererklärung GK **40**, 91
- Die Abgabe einer Nachunternehmererklärung ist ein kalkulationserheblicher, Eignung, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit berührender Vorgang GK **40**, 91
- Fehlende Nachunternehmererklärungen sind weder nachzufordern noch in sonstiger Weise aufzuklären GK **40**, 93
- Macht der Auftragnehmer nach einer Bedenkenanmeldung einen eigenen Ausführungsvorschlag, übernimmt er damit keine Planungsverantwortung GK **47**, 114
- Mangelhafte Leistung einer Baufirma, die ein detailliertes Leistungsverzeichnis ausführt, ohne auf Bedenken hinzuweisen GK **47**, 114
- Durch die Anmeldung von Bedenken und Kundgabe eines Alternativvorschlags übernimmt die Baufirma nicht die Planungsverantwortung GK **47**, 115
- Zur Frage erneuter Bedenkenanmeldung gegen einen freigegebenen Änderungsvorschlag GK **47**, 115
- Nicht eindeutige Erklärung, Nachforderung von Unterlagen, Auswirkung von Mengenfehlern GK **56**, 135
- Angebote mit mehrdeutigen Angaben führen zum Angebotsausschluss, das gilt auch für Nachunternehmererklärungen GK **56**, 135
- Die Nachforderungspflicht in § 16 EG Abs. 1 Nr. 3 VOB/A bezieht sich nur auf fehlende Erklärungen oder Nachweise, die bis zur Angebotsabgabe vorzulegen waren GK **56**, 136
- Bei der Wertung erkannte Mengenfehler erfordern nicht zwingend die Aufhebung der Ausschreibung GK **56**, 136
- Änderung des Beschaffungsbedarfs als Aufhebungsgrund GK **65**, 164
- Änderungen des Beschaffungsbedarfs oder Unklarheiten in den Vergabeunterlagen sind kein zur Aufhebung berechtigender Grund i.S. des § 17 EG Abs. 1 VOB/A GK **65**, 166

- Geht aus der Kalkulation eines Bieters hervor, dass dieser eine vom Leistungsverzeichnis abweichende Variante auszuführen gedenkt, kann das Angebot nicht gewertet werden GK **65**, 166
- Vergütung für zusätzliche Leistungen GK **120**, 304
- Eine Abrechnung zusätzlicher Leistungen auf Stundenlohnbasis erfordert eine ausdrückliche Vereinbarung GK **120**, 304
- Die Höhe der Vergütung für im Vertrag nicht vorgesehene Leistungen ergibt sich durch vorkalkulatorische Preisfortschreibung GK **120**, 305
- Macht eine Baufirma einen Mehrvergütungsanspruch für geänderte oder zusätzliche Leistungen geltend, hat sie die Urkalkulation vorzulegen GK **182**, 453
- Schwellenwert, vorbefasster Bieter GK **218**, 521
- Schwellenwertberechnung: Bauabschnitte und Lose einer Gesamtbaumaßnahme sind als Einheit zu betrachten GK **218**, 521
- Ein Bieter, der zur Vorbereitung einer Ausschreibung Prototypen herstellt, „unterstützt“ den Auftraggeber, mit der Gefahr einer Wettbewerbsverfälschung GK **218**, 521
- Mehrvergütung wegen verzögerter Vergabe auch beim Baukonzessionsvertrag GK **235**, 548

VOF

- Verspätet eingereichte Teilnahmeanträge sind nicht zu berücksichtigen, auch wenn den Einreichenden an der Verspätung kein Verschulden trifft GK **58**, 139
- Die nicht rechtzeitige Vorlage eines Teilnahmeantrags hat zwingend die Nichtberücksichtigung zur Folge GK **58**, 140
- Dass den Bewerber an der verspäteten Vorlage eines Teilnahmeantrags kein Verschulden trifft, ist unbeachtlich GK **58**, 140
- Teilnehmer zu „setzen“ ist zulässig; sie müssen nicht ins Losverfahren einbezogen werden GK **91**, 237
- Voraussetzungen für eine Verringerung der Zahl der Bewerber durch Losentscheid GK **156**, 402
- Die Beschränkung der Teilnehmerzahl erfordert, dass der Auftraggeber gleichzeitig die Kriterien für deren Auswahl angibt GK **219**, 522

VOL

- Umweltauflagen an Abschleppdienste GK **11**, 21

- Der öffentliche Auftraggeber kann vorgeben, dass die Leistung ausschließlich mit Hilfe umweltfreundlicher Fahrzeuge erbracht wird
GK 11, 21
- Die für die Ausführung des Vertrags erforderliche technische Ausrüstung muss den Bietern erst bei Beginn der Auftragsausführung zur Verfügung stehen
GK 11, 22
- Dokumentation des Vergabeverfahrens und Zulässigkeit von Bietergemeinschaften
GK 76, 190
- Der Auftraggeber kann für die Wertung Schulnoten, Punkttabellen oder andere Kriterien verwenden, entscheidend sind nachvollziehbare Transparenz und Gleichbehandlung
GK 76, 190
- Bietergemeinschaften sind in der Regel zulässig und nur ausnahmsweise unzulässig
GK 76, 191
- Wird ein Angebot von einer Bietergemeinschaft eingereicht, führt ein Wechsel im Mitgliederbestand zum Angebotsausschluss
GK 92, 238
- Angebotsausschluss, wenn der Bieter im Aufklärungsgespräch mitteilt, die Leistung anders ausführen zu wollen, als sie ausgeschrieben ist
GK 112, 287
- Eine vergaberechtsfreie kommunale Zusammenarbeit erfordert ein bewusstes Zusammenwirken zur Erreichung eines gemeinsamen Ziels
GK 146, 381
- Auffällig niedriger Gesamtpreis – zulässige Prüfung erst bei einem Preisabstand von 10 bis 20 %
GK 168, 428
- Zur Aufklärung, ob ein ungewöhnlich niedriger Preis vorliegt
GK 168, 428
- Ein Aufklärungsverlangen verletzt den Bieter in seinen Rechten, wenn die Voraussetzungen für eine Prüfung nicht vorliegen
GK 168, 429
- Hohe Preise wegen nicht produktneutraler Ausschreibung
GK 236, 549

Vorbescheid

- Allgemeines Sachbescheidungsinteresse
FSt 75, 219
- Eine wirksame artenschutzrechtliche Auflage für ein früheres Vorhaben, die auch das jetzige Baugrundstück erfasst, kann im Rahmen des allgemeinen Sachbescheidungsinteresses der Erteilung eines Vorbescheids entgegenstehen
FSt 75, 219

- Das allgemeine Sachbescheidungsinteresse steht dann der Erteilung eines Vorbescheids nicht entgegen, wenn es nicht ausgeschlossen werden kann, dass der Bauherr bis zur Erteilung einer Baugenehmigung für das Vorhaben eine Abänderung der artenschutzrechtliche Auflage erreicht
FSt 75, 220

Vorkaufsrecht

- Zur Ausübung eines Vorkaufsrechts bei förmlich festgelegtem Sanierungsgebiet
FSt 20, 52
- Rückwirkende Bekanntmachung einer Sanierungssatzung
FSt 20, 53
- Zur Frage der erforderlichen Konkretisierung von Sanierungszielen in einem Nutzungskonzept
FSt 20, 53
- Zur Ermessensausübung im Rahmen der Ausübung eines Vorkaufsrechts
FSt 20, 54

Vormundschaft

- Bei der Auswahl eines Vormunds für ein Kind sind Großeltern in Betracht zu ziehen
FSt 55, 160

Vorschüsse

- Bek des StMFLH vom 17.7.2015 – Bayerische Richtlinie für die Gewährung von Vorschüssen in besonderen Fällen (Bayerische Vorschussrichtlinie – BayVR)
GK 184, 456

W

Waffenrecht

- Unzuverlässigkeit im Sinne des Waffenrechts nach Alkoholgenuss
FSt 273, 868
- Rechtsgrundlage für den Widerruf waffenrechtlicher Erlaubnisse
FSt 273, 869
- Nachträgliches Eintreten von Tatsachen, aus denen sich die Unzuverlässigkeit ergibt
FSt 273, 869
- Der Schusswaffengebrauch unter Alkoholeinfluss stellt ein Fehlverhalten dar, das bereits für sich genommen die Annahme der Unzuverlässigkeit begründet
FSt 273, 870
- § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 WaffG sperrt die Anwendung von § 5 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b WaffG nicht
FSt 273, 870
- Die Regelungen des StVG hinsichtlich des Alkoholgenusses im Straßenverkehr sind im Waffenrecht nicht anwendbar
FSt 273, 871
- Blockierpflicht für Erbwaffen
FSt 295, 920

Wahlen

- Landeswahlgesetz: Einführung von Volksbefragungen
FSt 109, 321

- Stimmrecht: Art. 1 Abs. 1, 3 Abs. 3 Satz 2
LWG n.F. FSSt 109, 321
- Wahlorgane: Art. 6 Nr. 3 LWG n.F. FSSt 109, 321
- Volksbefragung: Art. 88a Abs. 1 und 3 LWG
n.F. FSSt 109, 322
- Durchführung der Volksbefragung: Art. 88a
Abs. 2 LWG n.F. FSSt 109, 322

Wasserrecht

- Alte Rechte im Wasserrecht; Entfallen der
Rechtmäßigkeit der gesamten Anlage, auch
wenn nur Teile der Anlage geändert werden
FSSt 25, 66
- Außerkrafttreten der wasserrechtlichen Gestat-
tung in ihrer Gesamtheit FSSt 25, 66
- Wertung der Eigentumsbelange nur im Rah-
men eines Antrags auf Neuerteilung FSSt 25, 67
- Rückwirkendes Entfallen der Rechtmäßigkeit
der Anlage durch eine Abhilfeentscheidung
nach § 72 VwGO FSSt 25, 68
- Keine materielle Legalität ohne formelle Lega-
lität FSSt 25, 69
- Behandlung konkurrierender Vorhaben im
Wasserrecht FSSt 130, 396
- Begriff des Zusammentreffens zweier Anträge
auf wasserrechtliche Bewilligung FSSt 130, 396
- Tatbestandsmerkmal der Bedeutung der
beabsichtigten Benutzung für das Wohl der
Allgemeinheit FSSt 130, 397
- Wasserrechtliche Anordnungen bei der Besorg-
nis einer Gewässerverunreinigung durch Sila-
gesickersäfte; Adressat FSSt 213, 671
- Rechtlicher Rahmen für wasserrechtliche
Einzelfallmaßnahmen FSSt 213, 672
- Konkrete Gefahr, dass aufgrund des baulichen
Zustands eines Fahrtilos eine Gewässerverun-
reinigung zu besorgen ist FSSt 213, 672
- Einwendungen des Adressaten der Anordnung
zur Gefahrenlage FSSt 213, 673
- Richtiger Adressat einer wasserrechtlichen An-
ordnung FSSt 213, 673

Wasserversorgung

- Kontrollpflicht des Versorgers bis zur Wasseruhr
FSSt 44, 123
- Auswirkung von Teilbefreiungen vom Benut-
zungszwang auf die Wassergebühr; Zumutbar-
keitsgrenze FSSt 57, 161
- Einstellung der Wasserlieferung wegen eines
Gebührenrückstands FSSt 194, 601
- Bei der (schlichten) Einstellung der Wasser-
lieferungen handelt es sich um einen Realakt
FSSt 194, 601

- Einstweilige Anordnung im Hinblick auf
große Wahrscheinlichkeit einer bevorstehen-
den rechtswidrigen Einstellung der Wasser-
lieferung FSSt 194, 602
- Die Einstellung der Wasserversorgung wegen
rückständiger Gebühren steht im Ermessen der
Gemeinde und darf nicht mit Rückständen aus
anderen Abgabenverhältnissen begründet
werden FSSt 194, 602
- Zum Anspruch auf Abschluss einer Sonder-
vereinbarung, um ein Außenbereichsgrund-
stück an die Wasserversorgung einer Ge-
meinde anzuschließen FSSt 217, 681
- Ein Anschluss- und Benutzungsrecht für eine
Wasserversorgung besteht nur, wenn die An-
lage an das Grundstück heranreicht FSSt 217, 682
- Eine staatliche Förderung des Baus einer
Wasserversorgung und das Vorhandensein von
Schiebern für den Anschluss weiterer Grund-
stücke vermitteln kein Anschlussrecht
FSSt 217, 682
- Ein Anspruch auf Abschluss einer Sonder-
vereinbarung gemäß der WAS besteht nicht
FSSt 217, 683
- Zum Anspruch auf Anschluss wegen Verdich-
tung der gemeindlichen Erschließungspflicht
FSSt 217, 684
- Anordnung an eine Wohnungseigentümer-
gemeinschaft, im Sondereigentum stehende
Wasserarmaturen, die keine DVGW-Zulassung
haben, aus Gründen des Trinkwasserschutzes
zu erneuern FSSt 272, 861
- Anforderungen an die Erhebung eines Verbes-
serungsbeitrags GK 44, 97
- Der Verbesserungsbeitrag beruht auf dem
Grundsatz der Einmaligkeit der Beitrags-
erhebung GK 44, 97
- Werden nicht nur Aufwendungen für den Ver-
besserungsaufwand, sondern auch für weiter
entstandenen Herstellungsaufwand aufgenom-
men, ist die sogenannte Differenzrechnung
nicht möglich GK 44, 98
- Herstellungsaufwand und Verbesserungsaf-
wand müssen dieselben Flächen betreffen
GK 44, 99
- Anschlussmöglichkeit an früher privatrechtlich
betriebene Einrichtung ist keine „Vorteilslage“,
bei der verfassungsrechtlich eine Ausschluss-
frist für eine spätere Beitragsfestsetzung erfor-
derlich ist GK 53, 122
- Anwendungsbereich der Regelungen über den
Beginn der Festsetzungsverjährung bei vorhan-
dem Satzungsrecht GK 53, 124

- Die Beitragsschuld entsteht erst mit dem Inkrafttreten der Satzung, wenn das Entgelt zuvor auf privatrechtlicher Basis erhoben wurde GK 53, 124
- Grundstücke, für die schon vor Inkrafttreten der satzungsrechtlichen Grundlage eine Vorteilslage entstanden war, unterliegen der Beitragspflicht GK 53, 125
- Das bloße Vorhandensein einer Vorteilslage (bzw. eines „Blindanschlusses“) bei privatrechtlichem Regime ist irrelevant GK 53, 126
- Der Grundstückseigentümer muss sich unter der Geltung des Privatrechts bewusst sein, dass er zu Entgelten herangezogen wird GK 53, 128
- Auch aufgrund der Organisationshoheit der Gemeinde muss eine Rückkehr in das öffentliche Recht ohne erhebliche finanzielle Risiken möglich sein GK 53, 129

Werbeanlage

- Rechtsweg bei Vermarktung von Werbeflächen auf öffentlichem Grund durch die Gemeinde FSt 274, 871

Winterdienst

- Wie kann eine Kommune einen ordnungsgemäßen Winterdienst belegen? FSt 30, 81
- Haftung bei der Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgabe des Winterdienstes durch Privatunternehmen FSt 183, 574
- Musterleistungsbeschreibung für das Räumen und Streuen im Winterdienst GK 158, 406
- Herstellung und Lagerung von Tausalzlösungen für den Winterdienst GK 222, 526

Z

Zinsen

- Zinsen für die Verzinsung des Anlagekapitals GK 124, 313

Zinssätze

- Änderung des Basiszinssatzes zum 1.1.2015 GK 29, 70

Zivilprozessordnung

- Bekanntmachung zu § 115 der Zivilprozessordnung (Prozesskostenhilfebekanntmachung 2015 – PKHB 2015) vom 9.12.2014 GK 31, 71
- Bekanntmachung zu den §§ 850c und 850f der Zivilprozessordnung (Pfändungsfreigrenzenbekanntmachung 2015) vom 14.4.2015 GK 113, 288

Zuwendungen, Zuschüsse

- Bek des StMUV vom 19.12.2014 – Richtlinien für die Förderung von Umweltstationen GK 67, 168
- Bek des StMELF vom 19.12.2014 – Richtlinie zur Förderung von Schülerunternehmen für eine gesundheitsförderliche Schulverpflegung GK 67, 168
- Bek des StMELF vom 22.12.2014 – Dorferneuerungsrichtlinien zum Vollzug des Bayerischen Dorfentwicklungsprogramms (DorfR) GK 67, 168
- Bek des StMAS vom 29.12.2014 – Richtlinien für die Förderung neuer Konzepte für ein selbstbestimmtes Leben im Alter (Förderrichtlinie Selbstbestimmt Leben im Alter – SeLA) GK 67, 168
- Bek des StMAS vom 14.01.2015 – Änderung der Förderrichtlinie Neues Seniorenwohnen GK 67, 168
- Bek des StMI vom 23.1.2015 – Änderung der Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien GK 84, 216
- Bek des StMGP vom 15.1.2015 – Hinweise zum Vollzug von Teil 8 Abschnitte 5 bis 8 AVSG – Anerkennung und Förderung von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten; Förderung von Betreuungsangeboten ehrenamtlich Tätiger und der Selbsthilfe sowie von Modellvorhaben nach den §§ 45c, 45d SGB XI GK 84, 216
- Bek des StMI vom 4.2.2015 – Verwaltungsvereinfachung; Ergebnisse des Vorschlagswesens 2014; Vollzug der Innovationsrichtlinie Moderne Verwaltung GK 84, 216
- Bek des StMUV vom 3.3.2015 – Aufruf zur Einreichung von Projektanträgen Europäische territoriale Zusammenarbeit Alpenraumprogramm 2014–2020 GK 84, 216
- Richtlinie für Zuwendungen des Freistaats Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit GK 94, 240
- Bek des StMI vom 13.3.2015 – Richtlinien für Zuwendungen des Freistaats Bayern zur Förderung des kommunalen Feuerwehrwesens (Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien – FwZR) GK 104, 264
- Bek des StMWi vom 27.2.2015 – Richtlinien zur Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen (RÖFE) GK 104, 264
- Bek des StMWi vom 12.3.2015 – Richtlinien zur Durchführung des Bayerischen Programms zum verstärkten Ausbau von Tiefengeothermie-Wärmenetzen (Richtlinien Geothermie-Wärmenetze – BayGW) GK 104, 264

- Förderung von Klimaschutzmaßnahmen der Kommunen und anderer Körperschaften des öffentlichen Rechts **GK 115, 291**
- Bek des StMELF vom 17.3.2015 – LEADER-Förderrichtlinie für den Zeitraum 2014 bis 2020/23 im Rahmen der Maßnahmenbeschreibung LEADER gemäß Art. 32 bis 35 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 und Art. 42 bis 44 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 **GK 123, 312**
- Bek des StMELF vom 23.3.2015 – Änderung der Fischereiabgaberrichtlinie **GK 123, 312**
- Bek des StMAS vom 2.4.2015 – Richtlinie zur Förderung der Einführung von Arbeitsschutzmanagementsystemen auf der Grundlage von OHRIS in kleinen und mittleren Unternehmen (Förderrichtlinie OHRIS-KMU) **GK 123, 312**
- Bek des StMELF vom 30.4.2015 – Richtlinie für Zuwendungen zu waldbaulichen Maßnahmen im Rahmen eines forstlichen Förderprogramms (WALDFÖPR 2015) **GK 148, 384**
- Bek des StMUV vom 12.6.2015 – Änderung der Förderrichtlinien für Wanderwege, Unterkunftshäuser und Grün- und Erholungsanlagen **GK 160, 408**
- Bek des StMELF vom 20.5.2015 – Änderung der Dorferneuerungsrichtlinien zum Vollzug des Bayerischen Dorfentwicklungsprogramms **GK 160, 408**
- Bek des StMELF vom 3.12.2014 – Richtlinie zur Förderung projektbezogener Maßnahmen der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse im Rahmen eines forstlichen Förderprogramms (FORSTZUSR 2015) **GK 197, 480**

Zwangsvollstreckung

- Grundsteuer in der Zwangsverwaltung – Abgrenzung laufender Beträge der öffentlichen Lasten von Rückständen **GK 105, 265**
- Der Pfändungsschutz für sonstige Einkünfte erfasst alle eigenständig erwirtschafteten Einkünfte **GK 114, 289**
- Übertrag von Guthaben auf einem Pfändungsschutzkonto (P-Konto) in den übernächsten Monat **GK 185, 457**
- Nochmals: Allgemeines zum P-Konto **GK 185, 457**

- Die Möglichkeit, Guthaben nach Maßgabe des § 850k Abs. 1 Satz 3 ZPO pfändungsfrei in den Folgemonat zu übertragen, besteht auch für gesperrtes Guthaben i.S. von §§ 835 Abs. 4, 850k Abs. 1 Satz 2 ZPO **GK 185, 458**

Zweitwohnungssteuer

- Nochmals: Kein Innehaben zur persönlichen Lebensführung bei jahrelangem nachgewiesenem Leerstand der Zweitwohnung **GK 97, 248**
- Eine steuerpflichtige Zweitwohnung muss der persönlichen Lebensführung dienen und nicht der reinen Geld- oder Vermögensanlage in der Form des Immobilienbesitzes **GK 97, 249**
- Die Gemeinde darf grundsätzlich an das Verhalten einer Zweitwohnung, auch wenn diese nicht tatsächlich genutzt wird, zunächst die Vermutung knüpfen, dass die Wohnung für die persönliche Lebensführung vorgehalten wird; diese Vermutung kann aber durch den Wohnungsinhaber erschüttert werden **GK 97, 249**
- Ein langer nachgewiesener Leerstand der Wohnung in der Vergangenheit kann einen wichtigen Anhaltspunkt für das Verhalten des Wohnungsinhabers in der Zukunft bieten und das Vorliegen einer reinen (nicht zweitwohnungssteuerrelevanten) Kapitalanlage belegen **GK 97, 251**
- Die Behauptung erheblichen Verwaltungsaufwandes zur Prüfung der Leerstandsfälle und das Anliegen der Gemeinde, sogenannte „Rollladensiedlungen“ zu unterbinden, rechtfertigen die Steuererhebung nicht **GK 97, 252**
- Für die Befreiung geltende Einkünftegrenze bei nicht getrennt lebenden Ehegatten und Lebenspartnern **GK 126, 315**
- Die Befreiung von der Zweitwohnungssteuer ist Gegenstand eines besonderen Verwaltungsakts, der mit der Steuerfestsetzung äußerlich verbunden werden kann, aber nicht muss **GK 126, 316**
- Eine Auslegung des Art. 3 Abs. 3 Satz 3 KAG dahingehend, dass das Einkommen beider nicht getrennt lebender Ehegatten zusammenzurechnen sei, scheidet aus verfassungsrechtlichen Gründen aus **GK 126, 317**
- Die erhöhte Einkünftegrenze von 33.000 Euro greift nicht, wenn der nicht zweitwohnungssteuerpflichtige Ehegatte bzw. Lebenspartner über eigene Einkünfte verfügt, die den Erhöhungsbetrag von 8.000 Euro übersteigen **GK 126, 319**

II. Verzeichnis der Entscheidungen, geordnet nach der zeitlichen Reihenfolge

Die Zahlen bedeuten Randnummern

Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH)

Urteil	v. 08.05.2014	Rs. C-15.13.....FSt	2
Urteil	v. 08.05.2014	Rs. C-161.13.....FSt	45
Urteil	v. 10.07.2014	Rs. C-213.13.....GK	82
Urteil	v. 18.09.2014	Rs. C-549.13.....FSt	15
Urteil	v. 06.11.2014	Rs. C-42.13.....FSt	128
Urteil	v. 11.11.2014	Rs. C-333.13.....FSt	197

Bundesverfassungsgericht

Beschluss	v. 20.06.2014	1 BvR 980.13FSt	143
Beschluss	v. 24.06.2014	1 BvR 2926.13FSt	55
Urteil	v. 07.10.2014	2 BvR 1641.11FSt	170

Bayerischer Verfassungsgerichtshof

Entscheidung	v. 15.05.2014	Vf. 8-VII-12, 24-VII-12.....FSt	37
Entscheidung	v. 30.09.2014	Vf. 1-VII-14FSt	203
Entscheidung	v. 11.02.2015	Vf.-1-VII-13FSt	118

Bundesverwaltungsgericht

Urteil	v. 14.11.2013	3 C 32.12.....FSt	53
Urteil	v. 22.01.2014	8 C 26.12.....FSt	69
Urteil	v. 20.02.2014	4 CN 1.13FSt	34
Urteil	v. 27.02.2014	2 C 1.13.....FSt	3
Urteil	v. 27.03.2014	2 C 2.13.....GK	28
Urteil	v. 27.03.2014	4 CN 3.13FSt	165
Beschluss	v. 03.04.2014	4 B 12.14.....FSt	63
Urteil	v. 09.04.2014	3 C 5.13.....FSt	144
Beschluss	v. 10.04.2014	2 B 80.13.....FSt	59
Urteil	v. 30.04.2014	2 A 8.13.....GK	8
Urteil	v. 07.05.2014	4 CN 5.13FSt	87
Urteil	v. 14.05.2014	9 C 1.13.....GK	70
Urteil	v. 14.05.2014	9 C 7.12.....GK	105

Urteil	v. 03.06.2014	4 CN 6.12.....	FSt	141
Urteil	v. 05.06.2014	10 C 2.14.....	FSt	262
Urteil	v. 05.06.2014	2 C 22.13.....	FSt	29
Urteil	v. 25.06.2014	4 CN 4.13.....	FSt	113
Urteil	v. 26.06.2014	2 C 23.13.....	FSt	133
Beschluss	v. 31.07.2014	4 BN 12.13.....	FSt	151
Beschluss	v. 25.08.2014	4 B 20.14.....	FSt	103
Urteil	v. 11.09.2014	4 CN 1.14.....	FSt	174
Urteil	v. 11.09.2014	4 CN 3.14.....	FSt	199
Urteil	v. 08.10.2014	4 C 30.13.....	FSt	234
Beschluss	v. 13.10.2014	4 B 11.14.....	FSt	248
Urteil	v. 15.10.2014	9 C 5.13.....	GK	97
Urteil	v. 15.10.2014	9 C 8.13.....	GK	85
Urteil	v. 22.10.2014	6 C 30.13.....	FSt	273
Urteil	v. 12.11.2014	9 C 4.13.....	GK	96
Urteil	v. 12.11.2014	9 C 7.13.....	GK	79
Urteil	v. 27.11.2014	2 A 10.13.....	FSt	242
Urteil	v. 04.12.2014	4 CN 7.13.....	FSt	269
Urteil	v. 09.12.2014	5 C 32.13.....	FSt	233
Urteil	v. 17.12.2014	6 C 28.13.....	FSt	261
Urteil	v. 19.02.2015	9 C 10.14.....	GK	210
Urteil	v. 02.03.2015	9 C 9.14.....	GK	151
Urteil	v. 16.03.2015	6 C 31.14.....	FSt	295
Urteil	v. 05.05.2015	9 C 14.14.....	GK	187

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

Beschluss	v. 17.10.2013	11 CS 13.1469.....	FSt	27
Beschluss	v. 16.12.2013	11 CS 13.2107.....	FSt	41
Urteil	v. 30.06.2014	5 BV 14.173, 5 B 12.2271, 5 B 13.992.....	FSt	169
Beschluss	v. 08.01.2014	4 ZB 13.1928.....	FSt	139
Urteil	v. 27.01.2014	22 BV 13.260.....	FSt	107
Beschluss	v. 15.05.2014	8 ZB 12.2077.....	FSt	14
Urteil	v. 06.02.2014	2 BV 13.1039.....	FSt	62
Urteil	v. 06.02.2014	2 B 13.2570.....	FSt	20
Beschluss	v. 06.02.2014	8 ZB 12.2096.....	FSt	79
Beschluss	v. 11.02.2014	4 ZB 13.2225.....	FSt	83

Beschluss	v. 19.02.2014	8 ZB 12.966	FSt	25
Urteil	v. 20.02.2014	22 BV 13.1909	FSt	92
Beschluss	v. 26.02.2014	2 ZB 14.101	FSt	6
Beschluss	v. 27.02.2014	8 B 12.2268	FSt	156
Beschluss	v. 27.03.2014	22 ZB 13.692	FSt	39
Beschluss	v. 02.04.2014	4 ZB 13.2496	FSt	1
Urteil	v. 03.04.2014	4 B 13.2455	FSt	57
Beschluss	v. 15.04.2014	8 B 12.1457	FSt	10
Urteil	v. 16.04.2014	22 A 10.40044	FSt	116
Urteil	v. 17.04.2014	6 B 13.382	GK	4
Beschluss	v. 22.04.2014	7 C 13.2593	FSt	9
Beschluss	v. 28.04.2014	22 CS 14.182	FSt	11
Beschluss	v. 30.04.2014	8 C 13.1584	FSt	93
Urteil	v. 07.05.2014	3 BV 12.2594	FSt	195
Beschluss	v. 13.05.2014	22 CS 14.851	FSt	33
Urteil	v. 16.05.2014	4 B 13.1161	GK	62
Beschluss	v. 26.05.2014	22 CS 14.640	FSt	26
Beschluss	v. 27.05.2014	15 ZB 13.105	FSt	21
Beschluss	v. 10.06.2014	11 C 14.218	FSt	264
Urteil	v. 11.06.2014	2 B 13.2555	FSt	75
Beschluss	v. 30.06.2014	5 ZB 14.118	FSt	70
Beschluss	v. 08.07.2014	17 P 14.559	FSt	60
Urteil	v. 24.07.2014	20 B 14.744	GK	127
Urteil	v. 24.07.2014	20 BV 14.29	GK	133
Beschluss	v. 28.07.2014	15 C 14.992	FSt	96
Beschluss	v. 31.07.2014	6 CS 14.660	GK	25
Beschluss	v. 04.08.2014	10 ZB 11.1920	FSt	263
Beschluss	v. 05.08.2014	3 CE 14.771	FSt	207
Beschluss	v. 11.08.2014	15 CS 14.740	FSt	175
Beschluss	v. 13.08.2014	22 CS 14.1224	FSt	159
Beschluss	v. 19.08.2014	22 CS 14.1597	FSt	88
Beschluss	v. 19.08.2014	8 CS 14.1300	FSt	52
Beschluss	v. 20.08.2014	22 ZB 14.9	FSt	67
Beschluss	v. 03.09.2014	20 ZB 14.1531	GK	200
Beschluss	v. 03.09.2014	8 CS 13.2535	FSt	213
Beschluss	v. 10.09.2014	22 ZB 14.1756	FSt	168
Urteil	v. 11.09.2014	1 B 14.169	FSt	126

Beschluss	v. 17.09.2014	22 CS 14.2013.....	FSt	212
Beschluss	v. 23.09.2014	12 CE 14.1833 u. 12 CE 14.1865	FSt	187
Urteil	v. 25.09.2014	20 B 14.477.....	FSt	243
Beschluss	v. 29.09.2014	20 CS 14.1663.....	FSt	272
Beschluss	v. 30.09.2014	22 ZB 13.579	FSt	225
Urteil	v. 30.09.2014	8 B 13.72.....	FSt	227
Urteil	v. 02.10.2014	2 B 14.816.....	FSt	221
Beschluss	v. 07.10.2014	22 ZB 14.1062	FSt	155
Beschluss	v. 09.10.2014	8 B 12.1546.....	FSt	192
Beschluss	v. 16.10.2014	10 ZB 13.2621	FSt	291
Beschluss	v. 22.10.2014	4 ZB 14.1260	GK	3
Beschluss	v. 29.10.2014	11 ZB 13.2323.....	FSt	252
Urteil	v. 30.10.2014	15 B 13.2028.....	FSt	208
Urteil	v. 03.11.2014	4 N 12.2074.....	FSt	147
Urteil	v. 12.11.2014	4 BV 13.1239.....	GK	126
Beschluss	v. 17.11.2014	22 ZB 14.1633	FSt	148
Beschluss	v. 20.11.2014	22 ZB 14.1829	FSt	154
Urteil	v. 26.11.2014	10 B 14.1235.....	FSt	250
Beschluss	v. 27.11.2014	22 CS 14.2378.....	FSt	178
Urteil	v. 03.12.2014	1 B 14.819.....	FSt	256
Urteil	v. 03.12.2014	1 N 12.1228.....	FSt	285
Urteil	v. 03.12.2014	4 N 14.2046.....	FSt	171
Beschluss	v. 04.12.2014	11 ZB 14.189.....	FSt	214
Beschluss	v. 04.12.2014	22 CS 14.2157 (u.a.).....	FSt	289
Urteil	v. 05.12.2014	4 B 14.435.....	GK	117
Beschluss	v. 08.12.2014	8 B 14.1668 (u.a.).....	FSt	140
Beschluss	v. 09.12.2014	20 CS 14.2399.....	GK	44
Beschluss	v. 12.12.2014	3 ZB 13.668	GK	214
Beschluss	v. 16.12.2014	10 ZB 13.61	FSt	204
Beschluss	v. 17.12.2014	8 ZB 14.661	FSt	130
Beschluss	v. 19.12.2014	11 ZB 13.909.....	FSt	240
Beschluss	v. 21.3.2014	10 ZB 12.740	FSt	251
Beschluss	v. 08.01.2015	6 ZB 13.577	GK	141
Beschluss	v. 16.01.2015	3 BV 13.157.....	FSt	206
Beschluss	v. 23.01.2015	22 ZB 14.42 (u.a.).....	FSt	290
Beschluss	v. 04.02.2015	22 CS 14.2872.....	FSt	102
Beschluss	v. 13.02.2015	6 B 14.2372.....	GK	163

Beschluss	v. 19.02.2015	22 CS 14.2495.....	FSt	188
Beschluss	v. 23.02.2015	6 B 14.2435.....	GK	181
Urteil	v. 03.03.2015	4 B 14.415.....	FSt	217
Beschluss	v. 04.03.2015	22 CS 15.33 (u.a.).....	FSt	260
Urteil	v. 11.03.2015	6 BV 14.280.....	GK	152
Urteil	v. 12.03.2015	20 B 14.1441.....	GK	164
Beschluss	v. 12.03.2015	22 ZB 15.32.....	FSt	292
Urteil	v. 23.04.2015	6 BV 14.1621.....	GK	201
Beschluss	v. 18.05.2015	8 ZB 14.2565.....	FSt	293

Andere Verwaltungsgerichtshöfe und Oberverwaltungsgerichte

OVG Bremen	Beschluss	v. 30.01.2014	2 B 258.13.....	FSt	4
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 05.12.2013	4 S 52.13.....	FSt	5
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 31.03.2014	2 S 2366.13.....	GK	53

Verwaltungsgerichte

VG Augsburg	Urteil	v. 10.04.2014	Au 2 K 13.1116.....	FSt	100
VG Bayreuth	Urteil	v. 05.02.2014	B 4 K 12.756.....	GK	188
VG Freiburg	Beschluss	v. 04.09.2014	4 K 1748.14.....	FSt	194
VG Regensburg	Urteil	v. 14.01.2015	RN 3 K 14.1045.....	FSt	229

Bundesgerichtshof

Urteil	v. 06.03.2014	III ZR 352.13.....	FSt	80
Beschluss	v. 20.03.2014	X ZB 18.13.....	FSt	35
Urteil	v. 04.04.2014	V ZR 275.12.....	FSt	110
Urteil	v. 08.04.2014	VI ZR 197.13.....	GK	121
Urteil	v. 10.04.2014	VII ZR 241.13.....	FSt	7
Urteil	v. 24.04.2014	VII ZR 64.13.....	FSt	49
Urteil	v. 07.05.2014	VIII ZR 234.13.....	GK	20
Beschluss	v. 07.05.2014	XII ZB 630.12.....	FSt	61
Urteil	v. 14.05.2014	VII ZR 334.12.....	FSt	65
Beschluss	v. 03.06.2014	EnVR 10.13.....	GK	64
Urteil	v. 17.06.2014	VI ZR 281.13.....	FSt	71
Beschluss	v. 26.06.2014	IX ZB 88.13.....	GK	114
Beschluss	v. 26.06.2014	IX ZB 87.13.....	GK	161

Urteil	v. 03.07.2014	III ZR 502.13	FSt	95
Urteil	v. 18.07.2014	VZR 151.13.....	FSt	108
Urteil	v. 01.10.2014	VII ZR 344.13.....	FSt	166
Urteil	v. 07.10.2014	EnZR 86.13	GK	144
Urteil	v. 09.10.2014	III ZR 68.14	FSt	183
Beschluss	v. 29.10.2014	XII ZB 250.14.....	FSt	247
Urteil	v. 11.11.2014	X ZR 32.14.....	FSt	189
Urteil	v. 18.11.2014	EnZR 33.13	GK	110
Urteil	v. 04.12.2014	IX ZR 115.14	GK	185
Urteil	v. 10.12.2014	VIII ZR 9.14.....	GK	167
Urteil	v. 17.12.2014	VIII ZR 88.13.....	GK	183
Urteil	v. 18.12.2014	VII ZR 60.14	GK	220
Urteil	v. 18.12.2014	VII ZR 350.13.....	FSt	200
Urteil	v. 16.01.2015	V ZR 110.14.....	GK	157
Beschluss	v. 22.01.2015	I ZB 77.14.....	GK	210
Urteil	v. 22.01.2015	VII ZR 120.14.....	FSt	209
Urteil	v. 18.03.2015	VIII ZR 185.14.....	GK	207
Urteil	v. 23.04.2015	VII ZR 131.13.....	FSt	235
Urteil	v. 28.04.2015	XI ZR 378.13	GK	150
Urteil	v. 06.05.2015	VIII ZR 193.14.....	GK	222

Andere Zivil- und Straferichte

KG Berlin	Beschluss	v. 01.09.2014	Verg 18.13	FSt	22
KG Berlin	Beschluss	v. 27.01.2015	Verg 9.14	GK	218
LG Berlin	Urteil	v. 30.07.2014	65 S 12.14.....	GK	130
LG Berlin	Beschluss	v. 03.02.2015	67 T 29.15.....	GK	196
OLG Bremen	Beschluss	v. 20.06.2014	1 W 19.14	FSt	68
OLG Bremen	Beschluss	v. 04.11.2014	2 W 53.14	FSt	274
OLG Celle	Beschluss	v. 24.04.2014	13 Verg 2.14.....	FSt	84
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 07.04.2014	Verg 46.13	GK	11
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 30.04.2014	Verg 41.13	FSt	89
OLG Düsseldorf	Urteil	v. 04.11.2014	23 U 33.14	FSt	257
OLG Düsseldorf	Urteil	v. 21.11.2014	22 U 37.14	GK	182
OLG Düsseldorf	Urteil	v. 25.11.2014	21 U 172.12	FSt	278
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 17.12.2014	Verg 22.14.....	FSt	135
OLG Hamburg	Beschluss	v. 31.03.2014	1 Verg 4.13.....	GK	92

OLG Hamm	Urteil	v. 19.11.2014	12 U 58.14	FSt	127
OLG Hamm	Urteil	v. 24.02.2015	24 U 94.13	FSt	236
OLG Jena	Urteil	v. 12.11.2013	4 U 537.12	FSt	30
OLG Karlsruhe	Beschluss	v. 06.08.2014	15 Verg 7.14.....	GK	168
OLG Koblenz	Urteil	v. 17.04.2014	1 U 1281.12	FSt	44
OLG Koblenz	Beschluss	v. 30.04.2014	1 Verg 2.14.....	FSt	64
OLG Koblenz	Beschluss	v. 03.12.2014	Verg 8.14.....	GK	146
OLG Koblenz	Beschluss	v. 24.03.2015	Verg 1.15.....	FSt	216
OLG Köln	Urteil	v. 28.01.2014	24 U 199.12	FSt	23
OLG Köln	Urteil	v. 27.03.2014	16 U 51.11	FSt	270
OLG Köln	Urteil	v. 07.05.2014	16 U 135.13	FSt	176
OLG Köln	Urteil	v. 28.05.2014	11 U 99.10	FSt	90
OLG Köln	Urteil	v. 23.07.2014	11 U 104.13	FSt	104
OLG Köln	Beschluss	v. 27.10.2014	11 U 70.13	GK	145
OLG München	Beschluss	v. 28.08.2013	34 Wx 223.13	FSt	31
OLG München	Urteil	v. 12.12.2013	1 U 498.13	FSt	50
OLG München	Urteil	v. 24.06.2014	9 U 4193.11	GK	47
OLG München	Beschluss	v. 03.07.2014	31 Wx 263, 264.14	FSt	134
OLG München	Beschluss	v. 11.12.2014	34 Wx 193.14	FSt	275
OLG München	Beschluss	v. 09.04.2015	Verg 1.15.....	FSt	244
OLG Naumburg	Urteil	v. 20.02.2014	1 U 86.13	FSt	97
OLG Naumburg	Beschluss	v. 14.03.2014	2 Verg 1.14.....	FSt	76
OLG Naumburg	Urteil	v. 30.04.2014	2 U 126.13	GK	100
OLG Nürnberg	Urteil	v. 20.6.2012	6 U 1643.09	FSt	105
OLG Nürnberg	Beschluss	v. 02.04.2014	4 U 42.14	FSt	58
OLG Nürnberg	Urteil	v. 19.08.2014	4 U 874. 14.....	FSt	230
OLG Nürnberg	Urteil	v. 23.10.2014	13 U 1907.12	GK	120
OLG Saarbrücken	Beschluss	v. 29.01.2014	1 Verg 3.13.....	FSt	28
OLG Stuttgart	Urteil	v. 21.10.2014	10 U 70.14	FSt	152

Bundesarbeitsgericht

Urteil	v. 19.02.2014	7 AZR 260.12.....	FSt	146
Urteil	v. 18.03.2014	1 AZR 807.12.....	FSt	13
Urteil	v. 19.03.2014	7 AZR 527.12.....	FSt	54
Urteil	v. 20.03.2014	2 AZR 1037.12.....	FSt	47
Urteil	v. 20.03.2014	8 AZR 1.13.....	FSt	82

Urteil	v. 09.04.2014	10 AZR 635.13.....	GK	18
Urteil	v. 09.04.2014	10 AZR 637.13.....	FSt	32
Urteil	v. 10.04.2014	2 AZR 684.13.....	FSt	73
Urteil	v. 16.04.2014	4 AZR 745.13.....	FSt	158
Urteil	v. 06.05.2014	9 AZR 678.12.....	FSt	112
Urteil	v. 06.05.2014	9 AZR 724.12.....	FSt	72
Urteil	v. 22.05.2014	8 AZR 662.12.....	FSt	46
Beschluss	v. 25.06.2014	7 ABR 70.12	FSt	145
Urteil	v. 25.06.2014	7 AZR 847.12.....	FSt	42
Urteil	v. 16.07.2014	10 AZR 752.13.....	FSt	294
Urteil	v. 23.07.2014	7 AZR 771.12.....	FSt	172
Urteil	v. 23.07.2014	7 AZR 853.12.....	FSt	193
Urteil	v. 31.07.2014	2 AZR 434.13.....	FSt	228
Urteil	v. 31.07.2014	2 AZR 505.13.....	FSt	215
Urteil	v. 05.08.2014	9 AZR 878.12.....	FSt	81
Urteil	v. 20.08.2014	7 AZR 924.12.....	FSt	160
Urteil	v. 10.09.2014	10 AZR 651.12.....	GK	63
Urteil	v. 13.11.2014	8 AZR 817.13.....	FSt	205
Urteil	v. 18.11.2014	1 AZR 257.13.....	FSt	231
Urteil	v. 18.11.2014	9 AZR 584.13.....	FSt	280
Urteil	v. 20.11.2014	2 AZR 512.13.....	FSt	241
Urteil	v. 20.11.2014	2 AZR 755.13.....	FSt	232
Urteil	v. 10.12.2014	7 AzR 1009.12	FSt	279
Urteil	v. 11.12.2014	8 AZR 1010.13.....	FSt	245
Urteil	v. 16.12.2014	9 AZR 295.13.....	FSt	246
Urteil	v. 16.12.2014	9 AZR 915.13.....	FSt	283

Landesarbeitsgerichte

LAG Mecklenburg-Vorpommern	Urteil	v. 17.04.2014	3 Sa 305.11	FSt	136
LAG Schleswig-Holstein	Urteil	v. 17.04.2014	5 Sa 385.13	FSt	12

Bundesfinanzhof

Urteil	v. 27.02.2014	VI R 23.13.....	GK	39
Beschluss	v. 19.03.2014	XI B 126.13.....	GK	26
Beschluss	v. 06.05.2014	XI B 4.14.....	GK	89
Urteil	v. 20.05.2014	VII R 46.13	GK	69

Urteil	v. 25.06.2014	I R 41.12.....GK	202
Urteil	v. 26.06.2014	III R 21.13.....FSt	119
Beschluss	v. 17.09.2014	VIII R 8.13.....GK	199
Urteil	v. 24.09.2014	VII R 39.13.....GK	86
Urteil	v. 25.03.2015	I R 52.13.....GK	219

Bundessozialgericht

BSG	Urteil	v. 27.05.2014	B 8 SO 1.13 R.....FSt	150
BSG	Urteil	v. 26.06.2014	B 2 U 4.13 R.....FSt	163
BSG	Urteil	v. 06.08.2014	B 4 AS 57.13 R.....FSt	268

Landessozialgerichte

LSG Sachsen-Anhalt	Urteil	v. 24.06.2014	L 4 AS 98.11.....FSt	198
--------------------	--------	---------------	----------------------	-----